

# Stenographischer Bericht

## 41. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 8. April 2003

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: Abg. Gennaro, Abg. Mag. Zitz.

1. Angelobung.
2. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
3. Wahl von Mitgliedern der Landesregierung.  
Redner: Landesrat Dörflinger, Landesrat Dr. Hirschmann, Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Landeshauptmann Klasnic. Wahlvorgang: Abg. Mag. Drexler, Wahl, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, Abg. Schrittwieser, Wahl, Landesrat Mag. Erlitz.
4. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1258/1, Beilage Nr. 163, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde an Dritte (Steiermärkisches Gemeindebediensteten-Zuweisungsgesetz) erlassen wird sowie die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird.  
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.  
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1308/1, betreffend Überprüfung des bodengebundenen Notarztrettungs-dienstes des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark.  
Berichterstatter: Abg. List.  
Redner: Abg. List, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dirnberger.  
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1259/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2001.  
Berichterstatter: Abg. Dr. Rauch.  
Redner: Abg. Dr. Rauch, Abg. Kröpfl, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dr. Rauch, Abg. Mag. Drexler, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.  
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1240/1, der Abgeordneten Wicher, Stöhrmann, Tschernko, Hammerl, Ing. Ober, Straßberger, Hamedl, Detlef Gruber und Gross, betreffend barrierefreie Gehsteige.  
Berichterstatter: Abg. Ing. Ober.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.  
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 936/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Umfahrung Neumarkt.  
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Grabner.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.  
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 897/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der L 114, Schanzsattelstraße, Einbindung in die L 115, Allerheiligenstraße und Thermalbohrung.  
Berichterstatter: Abg. Stöhrmann.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.  
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1250/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Kreuzung Roseggergasse–Dr.-Karl-Widdmann-Straße“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.  
Beschlussfassung.

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1251/1, betreffend Grund- und Objektseinlösungen für das Bauvorhaben „Feldkirchner Straße–Flughafen“ der L 379, Thalerhofstraße.  
Berichterstatter: Abg. List.  
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 12.  
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1260/1, betreffend Grund- sowie Objektseinlösung 8965 Pruggern Nr. 125 für das Bauvorhaben „Begleitweg Assach–Pruggern“ der Landesstraße B 320, Ennstalstraße.  
Berichterstatter: Abg. Wiedner.  
Redner zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 12: Abg. Margarethe Gruber, Abg. Stöhrmann, Abg. Ing. Ober, Abg. Straßberger, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Stöhrmann.  
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1252/1, Beilage Nr. 158, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflegegeldgesetz geändert wird.  
Berichterstatterin: Abg. Gross.  
Redner: Abg. Tschernko, Abg. Gross, Abg. Lechner-Sonnek.  
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1309/1, betreffend Überprüfung Marktgemeinde Unterpremstätten, Objekt Hauptstraße 136 A und 138.  
Berichterstatter: Abg. Petinger.  
Redner: Abg. Petinger, Abg. Hagenauer, Landesrat Pörtl.  
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 999/2, zum Beschluss Nr. 671 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Ferstl, Bacher, Beutl, Bittmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Dr. Forenbacher, Gangl, Gödl, Hamedl, Hammerl, Kasic, Ing. Kinsky, Köberl, Mag. Koller, Kreisl, Majcen, Ing. Ober, Purr, Dr. Rauch, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko, Wicher und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Lehrlingsausbildung in der Fliegerwerft 2 in Zeltweg.  
Berichterstatter: Abg. Rieser.  
Redner: Abg. Rieser, Abg. Margarethe Gruber.  
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1248/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma LOGIM Software GmbH., 8142 Wundschuh, Neuschloß 1 in Höhe von 900.000 Euro.  
Berichterstatter: Abg. Tschernko.  
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1249/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung an der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Eikon AG., 8054 Graz, Andritzer Reichsstraße 66 in Höhe von einer Million Euro.  
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.  
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1263/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2003).  
Berichterstatter: Abg. Bacher.  
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1068/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Tiertransporte.  
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.  
Rednerin: Abg. Dietrich.  
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 895/1, der Abgeordneten Halper, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend die Neueinfügung des Paragraphen 17 a des Forstgesetzes auf Grund der Novelle 2002 (bewilligungsfreie Rodung bis zu 1000 Quadratmeter).  
Berichterstatterin: Abg. Halper .  
Redner: Abg. Erwin Gruber, Abg. Köberl.  
Beschlussfassung.

21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1019/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend steirische Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz.  
Berichterstatlerin: Abg. Hagenauer.  
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. Gödl, Abg. Riebenbauer, Abg. Stöhrmann, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Landesrat Pörtl.  
Beschlussfassung.
22. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.
23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1264/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfel, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine neue Chance für die Südbahn durch eine Revision der Transeuropäischen Netze und eine Überarbeitung des unausgewogenen Generalverkehrsplans und über den Antrag, Einl.-Zahl 1265/1, der Abgeordneten Straßberger und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Ausbau der „Neuen Südbahn“.  
Berichterstatler: Abg. Dipl.-Ing. Grabner.  
Redner: Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Abg. Straßberger, Abg. Hagenauer, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl, Abg. Dipl.-Ing. Grabner.  
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

**Präsident Purr:** Hohes Haus!

Heute findet die 41. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates mit ihrem Präsidenten Herwig Hösele.

Entschuldigt sind Frau Abgeordnete Mag. Zitz und Herr Abgeordneter Gennaro.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz hat mit Ablauf des 7. April 2003 sein Mandat als Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag zurückgelegt.

Für die Besetzung dieses nunmehr frei gewordenen Mandates wurde von der Landeswahlbehörde Herr Werner Breithuber in den Steiermärkischen Landtag berufen.

Herr Werner Breithuber ist heute erschienen und kann die gemäß Paragraph 11 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche die Schriftführerin, Landtagsabgeordnete Walburga Beutl, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf Herr Werner Breithuber mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten hat.

**Abg. Beutl:** Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

**Werner Breithuber:** Ich gelobe.

**Präsident:** Ich begrüße Herrn Werner Breithuber als neuen Abgeordneten im Hohen Haus und bitte ihn, seinen Platz einzunehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek beging am 30. März 2003 einen runden Geburtstag. Im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich die herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Ich freue mich so viele Besucherinnen und Besucher heute begrüßen zu dürfen.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Sankt Margarethen an der Raab unter der Leitung von Herrn Obmann Anton Paierl.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Heiligenkreuz am Waasen unter der Leitung von Herrn Obmann Josef Kurzmann.

Ich begrüße die Damen und Herren der Ortsgruppe Wolfsberg im Schwarzaental unter der Leitung von Frau Obfrau Theresia Schutte. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte es nicht verabsäumen, den langjährigen Präsidenten des Steiermärkischen Landtages Herrn Präsident in Ruhe Franz Wegart zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Mit Schreiben vom 25. März 2003, eingelangt am 26. März 2003, teilte Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler mit, dass Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber Mitglied des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei ist.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zehn schriftliche Anfragen und zwei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag um 9.30 Uhr der Ausschuss für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1264/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine neue Chance für die Südbahn durch eine Revision der Transeuropäischen Netze und eine Überarbeitung des unausgewogenen Generalverkehrsplans und über den Antrag, Einl.-Zahl 1265/1, der Abgeordneten Straßberger und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Ausbau der „Neuen Südbahn“ beraten hat und zu diesen beiden Anträgen den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahlen 1264/3 und 1265/2, enthaltenen Ausschussantrag gefasst hat.

Die Zweite Lesung des Schriftlichen Berichtes darf gemäß Paragraf 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Anträge, Einl.-Zahlen 1264/1 und 1265/1, als Tagesordnungspunkt 23 zu behandeln, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes vor dem Tagesordnungspunkt 7 erfolgt.

Gemäß Paragraf 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist sowie die Ergänzung der Tagesordnung in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie Landtagssitzung im Anschluss an diese Landtagssitzung:

Nach dem Tagesordnungspunkt 3 findet eine zehninminütige Unterbrechung der Landtagssitzung statt.

In dieser Zeit berät der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft im „Steinernen Saal“ über nachstehende Regierungsvorlagen: Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1310/1, betreffend Anmietung von Räumlichkeiten im Hause Entenplatz 1 b durch das Land Steiermark und Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1311/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Austrian Energy & Environment AG., 8020 Graz, Waagner-Biró-Straße 105 in Höhe von 3 Millionen Euro.

Im Anschluss an diese Landtagssitzung werde ich die 42. Landtagssitzung einberufen. Gegenstand sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die genannten Regierungsvorlagen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

Mit Schreiben vom 1. April 2003, bei mir eingelangt am selben Tag, wurde mitgeteilt, dass Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann sowie Herr Landesrat Günter Dörflinger am 8. April 2003 zu Beginn der Landtagssitzung ihre Funktionen als Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung zurücklegen werden.

Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann wurde am 28. April 1951 in Gnas in der Oststeiermark geboren. Nach Absolvierung der Volksschule in Gnas und Besuch des Ersten Bundesgymnasiums in Graz trat Gerhard Hirschmann während seines Jusstudiums als Vorsitzender der Katholischen Hochschuljugend in Graz erstmals in die Öffentlichkeit.

Nach Beendigung seines Studiums mit der Promotion zum Doktor der Rechte im Jahre 1975 studierte Hirschmann als Stipendiat der Französischen Regierung an der Universität Straßburg, leitete über vier Jahre das Afroasiatische Institut in Graz, betätigte sich in der politischen Redaktion der „Kleinen Zeitung“ und wurde schließlich Geschäftsführer des „Modells Steiermark“ der Steirischen Volkspartei.

Seit Dezember 1981 bekleidete Dr. Hirschmann, unter Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, die Funktion des Landesgeschäftsführers der Steirischen Volkspartei. Seit 1983 war er dann Mitglied unseres Hauses, von 1989 bis 1993 Obmann des Landtagsklubs der Volkspartei.

1993 wurde Dr. Hirschmann schließlich in die Steiermärkische Landesregierung gewählt, dies ursprünglich mit den Kompetenzen „Personal, Naturschutz und Sport“. Seit 1995 betreute Dr. Hirschmann zusätzlich das „Tourismusressort“. Mit den Landtagswahlen 2000 wurde die Ressortverteilung dahin gehend geändert, dass Dr. Hirschmann seit diesem Zeitraum für den Sport, den Tourismus, den Geschossbau im Wohnbaubereich sowie die Kultur und Landesbeteiligungen verantwortlich zeichnet.

Dr. Gerhard Hirschmann ist es in all seinen Funktionen, die er bisher ausübte, gelungen, mit einer sehr persönlichen und engagierten Note die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen. Dr. Hirschmann gelang es immer wieder sehr kontroversiell diskutierte Themen pointenhaft in die Öffentlichkeit zu bringen, was ihm weit über unsere Landesgrenzen hinaus politische Anerkennung und Bekanntheit brachte.

Genauso wie Landesrat Dr. Hirschmann ist auch das zweite heute aus der Regierung scheidende Mitglied, nämlich Landesrat Günter Dörflinger, ein in höchstem Maß Professioneller im Umgang mit den Medien und der öffentlichen Diskussion.

Günter Dörflinger wurde am 31. März 1957 in Graz geboren. Da sein Vater kurz nach seiner Geburt verstarb, wuchs Günter Dörflinger bei seinen Großeltern in Neumarkt in bescheidensten Verhältnissen auf.

Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule in Neumarkt und des musisch-pädagogischen Gymnasiums in Graz knüpfte Dörflinger auch schon sehr früh Kontakte zu Medien und Politik. Als redegewandter Bundeschulsprecher begann Dörflingers berufliche Laufbahn. Nach der Matura arbeitete Dörflinger bei ORF und „Kleiner Zeitung“. Bei seiner Tätigkeit in der „Kleinen Zeitung“ hatte er bereits die ersten Berührungspunkte mit dem heute ebenfalls ausscheidenden Landesrat Dr. Hirschmann. 1979 wurde Dörflinger nach Wien geholt, um dort den Jugendwahlkampf für Dr. Kreisky zu managen.

Nach mehreren Auslandsaufenthalten in Mittelamerika, USA, im Nahen Osten und Nordafrika wurde Dörflinger 1981 zum Jugendsekretär der SPÖ Steiermark ernannt. Dörflinger war schließlich auch Wahlkampfbetreuer und engster Mitarbeiter von Bürgermeister Stingl. 1990 wurde Dörflinger schließlich von Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek zum Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark ernannt.

Seit 1991 wirkte Landesrat Dörflinger in unserem Haus; zuerst als Abgeordneter und Gesundheitssprecher der SPÖ-Fraktion, seit 1996 als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung. Seit diesem Zeitpunkt ist Landesrat Dörflinger für den Bereich „Gesundheit und Spitäler“ verantwortlich. Bis 2000 betreute er auch noch das Referat „Jugend“.

Mit Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann und Landesrat Günter Dörflinger verlassen somit heute zwei prägende Persönlichkeiten der steirischen Landespolitik die Landesregierung. Sowohl Landesrat Dr. Hirschmann als auch Landesrat Dörflinger übernehmen nunmehr wichtige Funktionen in der Wirtschaft im Interesse des Landes Steiermark.

Im Namen des Steiermärkischen Landtages sowie in eigenem Namen darf ich sowohl dir, lieber Gerhard Hirschmann, als auch dir, lieber Günter Dörflinger, alles Gute bei der Erfüllung eurer neuen Funktionen wünschen. Ich danke für eure politische Arbeit. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dörflinger** (10.23 Uhr): Meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann!

Herr Präsident, du hast gesehen, dass wir selbst im Abgang nicht alles akzeptieren, was du oben sagst und uns gleich auch in die Tagesordnung ein bisschen einmischen.

Wenn man, meine Damen und Herren, nach zwölf Jahren in diesem Haus geht, dann schaut man natürlich ein bisschen zurück. Ich sage dazu, ich schaue mit ein bisschen Schmetterlingen im Bauch zurück, weil es doch sehr schöne Jahre waren, eine sehr schöne Zeit war.

Ich erinnere mich noch an meine erste Rede, die ich in diesem Haus gehalten habe. Ich habe damals den Versuch unternommen, dem damaligen Sportreferenten, damaligen Landesrat Franz Hasiba, bei seinem Bemühen um mehr Geld für den Sport in einer Budgetdebatte unter die Arme zu greifen, und ich habe ihm über die Parteigrenzen hinweg angeboten, dass wir doch gemeinsam für dieses Anliegen kämpfen. Es war um 2 Uhr in der Früh bei einer Landtagsdebatte. Es war unten schon ziemlich lustig. Und der Kollege, der heute mit mir gemeinsam ausscheidet, hat durch viele Zwischenrufe diese Wortmeldung unterbrochen. Gerhard Hirschmann hat gemeint, zu viel Geld verdirbt im Sport den Charakter. Sie sehen, dass er dann als Sportreferent die normative Kraft des Faktischen umgedreht und gesehen hat, dass es doch anders ist.

Man gibt auch einen Beruf auf, der wahrscheinlich viel mehr als jeder andere Beruf fordert und der auch viel mehr an Identifikation von jedem Einzelnen erfordert und der sehr, sehr ambivalent ist. Das spüren Sie, das haben wir jeden Tag gespürt. Wenn man sich so die Beliebtheitsskalen der Umfragen anschaut, welche Berufe haben ein großes Ansehen, welche haben ein geringes, befinden sich Politiker – ich sage zum Glück mit Journalisten gemeinsam – immer am ganz unteren Ende dieser Skala. Was nicht ganz zusammenpasst ist, dass, wenn man als Politiker dann irgendwo nicht hinkommt, wo man eingeladen worden ist, die Leute dann alle ziemlich böse sind und sagen, da war er nicht und dort war er nicht. Also, so schlecht dürften die Politiker in der Gesellschaft nicht angeschrieben sein, wie es vielleicht in manchen Umfragen ausschaut. Und das ist auch gut so.

Wenn ich zurückschaue, meine Damen und Herren, bin ich stolz darauf und glücklich, dass im Ressort – und ich sage das dazu – gemeinsam doch einiges oder sehr viel gelungen ist. Ich habe mir da eine Liste zusammengeschrieben. Ob das die Spitalsneubauten in Hartberg, in Weiz, das LKH West ist, ob das der Versuch war oder der gelungene Versuch ist, zum Beispiel Krebsbehandlungen in die Regionen hinauszubringen mit höchstem Niveau, ob das in Fürstenfeld oder in Leoben der Fall war, gemeinsam der Versuch, auch jenen Teil der Gesundheitspolitik in die Öffentlichkeit zu bringen, über den man nicht so gerne redet und der nicht so spannend zum Verkaufen ist, wenn es um das Ende des Lebens geht, um die Palliativmedizin, wo wir in der Steiermark sehr



viele, sehr positive Erfolge erreicht und zusammengebracht haben. Es geht um sehr viele regionale Projekte, es geht zum Glück auch um bereits erfolgte Beschlüsse, etwa für die letzten Lückenschlüsse in der Spitalversorgung der Steiermark, für die Krankenhäuser in Schladming, in Bad Aussee.

Ich habe mich sehr darüber gefreut und es war eine sehr lange Debatte, die wir in diesem Haus geführt haben, dass wir doch zu einer Drogentherapiestation gekommen sind. Ich habe dort – und ich habe das auch bei meiner Abschlusspressekonferenz gesagt – so beide Seiten der Politik kennen gelernt. Die eine, die grausliche Seite, dass man nämlich für ein Projekt, von dem jeder sagt, es ist notwendig und es ist wichtig und es ist gut, auf der anderen Seite aber keine Unterstützung findet, wenn man es zu realisieren versucht. Wir sind durch Graz geprügelt worden, durch das Grazer Umland geprügelt worden. Es war dann eigentlich wieder dem Mut und auch der Zivil- courage von einem so genannten kleinen Landbürgermeister und einem so genannten kleinen Gemeindekassier in einer Landgemeinde zu verdanken, dass wir in Kainbach bei Graz etwas zustande gebracht haben, was leider in Graz nicht möglich war, weil dort auch die Unterstützung in vielen Bereichen gefehlt hat.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, einen Finanzierungsvertrag mit den Ordensspitalern zusammenzubringen, weil die Ordensspitäler auch einen sehr wichtigen Teil der Krankenversorgung in der Steiermark darstellen.

Und es war ein langer Weg und mit Dornen auch gekrönt und umrankt, als es um die Neuregelung der Sondergebühren in der Steiermark für die Ärzte in den Spitälern gegangen ist, wo ich ganz einfach auch aus meinem persönlichen Empfinden heraus der Meinung war, dass es nicht gerecht ist, wenn etwa ein Radiologe zusätzlich zu seiner Gage im Monat 300.000 oder 400.000 Schilling bekommt, der Leiter der Kinderkrebstation 1300 Schilling zusätzlich bekommt. Wir haben das gleichgestellt und wir haben hier auch einiges zusammengebracht.

Ich sage SKAFF. Ich sage viele Sachen im Bereich der Vorsorge, Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, der plötzliche Säuglingstod, ein Diabetisprogramm, Schulungen für Bauarbeiter und, und, und. Das sind so die sachlichen Geschichten.

Worum es mir in der Politik aber auch immer gegangen ist, und das hat mit Parteipolitik nichts zu tun, sondern mit einem persönlichen Zugang zu den Menschen, sind drei Punkte:

Das eine ist der Stil, wie man Politik macht. Und da glaube ich, dass Toleranz ganz einfach wichtig ist, gegenseitige Akzeptanz. Ich habe immer gesagt, ich halte Ausgrenzen für eine der schlimmsten Geschichten in der Politik. Ob die Ausgrenzung Schwarzafrikaner trifft, dann ist sie falsch und ist sie nicht in Ordnung, auch wenn sie politische Parteien trifft, ist sie falsch. Ich stehe dazu, ich habe das für richtig gehalten und ich halte das nach wie vor für richtig.

Das Zweite ist, dass man in der Politik schauen soll, nicht irgendetwas zu zerstören, sondern versuchen soll, selber etwas aufzubauen, selber etwas weiterzubringen. Und ich glaube, dass uns da hier auch einiges gelungen ist.

Der dritte Punkt: Man soll sich selber nicht zu wichtig und die Politik selber nicht so wichtig nehmen. Ich habe das bei meiner Abschlusspressekonferenz oder bei der Bilanz gesagt, wie vergänglich alles ist oder wie wenig wichtig es außerhalb von Graz ist, was in Graz passiert – und das gilt für alle anderen Bereiche auch. Das habe ich gesehen, als ich zu dieser Pressekonferenz am Glockenspielplatz gegangen bin und vor mir eine Gruppe Wiener Pensionisten marschiert ist und einer sich furchtbar darüber echauffiert hat, dass die Lampen im Zuge von 2003 blau eingehüllt sind. Dem Idiom und der Sprachweise des Pensionisten, der sich aufgeregt hat, habe ich entnommen, er muss ein Ottakringer oder ein Favoritener sein. Er hat gesagt: „Schau dir das an, in Graz machen's sogar die Lichter blau, weil sie einen blauen Bürgermeister haben!“ Dann sagt der andere: „Nein, nein, die haben keinen blauen Bürgermeister, das ist ein schwarzer, der dünne, weißt eh!“

Also man sieht schon, dass das, was bei uns so wichtig ist, vielleicht über die Grenzen nicht so ganz hinausgeht.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren, bei den Vertretern der Medien, die, wie auch im Kino üblich, auf den teuersten und auf den besten Plätzen sitzen, weil sie am weitesten vom Geschehen weg sind und deswegen das auch am besten sehen können.

Ich bedanke mich bei den Stenographinnen und Stenographen, die mit mir ein ziemliches Leid gehabt haben, weil ich prinzipiell keine Manuskripte gehabt habe, keine vorgeschriebenen Reden gehabt habe. Sie mussten alles das mitschreiben, was ich da so von mir gegeben habe. Dass das immer gerade Sätze waren, daraus schließe ich, dass sie nicht nur stenografiert haben, sondern mir auch zeitweise ein bisschen geholfen haben, gewisse Geschichten zu überbrücken.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern der KAGES, stellvertretend bei den Vorstandsdirektoren. Ich bedanke mich bei meinen, noch meinen, sage ich dazu, sie werden bald Wolfi Erlitz Abteilungen sein, beim Hofrat Müller, beim Hofrat Feenstra. Ich bedanke mich aber auch beim Hofrat Rajakovics, der nicht mehr im Dienst ist, der auch gezeigt hat, dass man bei unterschiedlichem politischem Zugang trotzdem gemeinsame Ziele verfolgen kann und eine große Loyalität hat.

Ich bedanke mich ganz, ganz herzlich bei den Mitarbeitern meines Büros, bei meinem Fahrer, dem Erwin Nast, bei dem es oft sehr spät geworden ist und der das sehr mannhaft und ordentlich immer ertragen und getragen hat, bei der Sabine, beim Reinhard und bei der Roswitha. Ihr seid weit mehr als Mitarbeiter, das war, glaube ich, eine sehr tolle und schöne und gute Zusammenarbeit.

Ich bin auch, meine Damen und Herren, wirklich stolz darauf – und erlauben Sie mir, dass ich das heute sage –, dass viele Mitarbeiter aus meinem Büro in sehr verantwortungsvolle Positionen gekommen sind. Das zeigt auch, dass sie über ihre eigene Arbeit hinaus akzeptiert wurden und akzeptiert sind. Ob das der stellvertretende Landesamtsdirektor ist, ob das der Chef der Gesundheitsabteilung ist, ob das die Uschi Lackner, die jetzt als Abgeordnete und als Obmann der Kinderfreunde eine sehr, sehr gute Arbeit macht, oder ob das einer ist, der stellvertretender Chefredakteur in einer Wochenzeitung geworden ist, es zeigt schon, dass auch die Qualität der Menschen, die in diesem Büro arbeiten, akzeptiert wurde.

Ich bedanke mich bei den politischen Mitbewerbern, bei der Fraktion der Grünen. Wir haben in vielen Bereichen gemeinsame Wege gefunden, in manchen Bereichen nicht. Ich bin sehr, sehr dankbar für die Arbeit bei der Drogentherapiestation. Da haben sie in einer sehr tollen Form mitgearbeitet.

Ich bedanke mich bei den Freiheitlichen, wo ich durchaus, aus einer großen Tradition, von Michael Schmid angefangen, heraus – auch wenn es manchem bei uns nicht immer so gepasst hat – einen sehr guten Kontakt gehabt habe. Ich bin auch sehr stolz darauf, dass ich das auch gegen Widerstände durchgezogen habe.

Ich bedanke mich bei der ÖVP, bei Ihnen, Frau Landeshauptmann, für, glaube ich, eine sehr gute Zusammenarbeit. Ich habe es mir so überlegt, was eigentlich einmal dazu geführt hat, dass es diese Ebene auch gegeben hat. Wahrscheinlich war es in Deutschlandsberg, als wir bis 4 Uhr in der Früh bei dem Busunglück, wo viele ungarische Kinder gestorben sind, mit den Eltern dort gewesen sind und mehr gemacht haben, als eigentlich von Politikern erwartet wird.

Ich bedanke mich auch für Ihre Art, wie Sie mit mir persönlich in einer Situation umgegangen sind, wo es mir nicht sehr, sehr gut gegangen ist.

Ich bedanke mich bei meiner Gesinnungsgemeinschaft, bei dir, Herr Landeshauptmann, uns verbindet seit vielen Jahren eine persönliche Freundschaft. Ich kann nachfühlen, welche Aufgabe du hast, wie schwierig sie ist, aber ich bin überzeugt davon, dass du sie hervorragend machen wirst und dass du auch mit deiner Art und Weise Politik zu machen, Erfolg haben wirst.

Ich bedanke mich und freue mich, dass Wolfgang Erlitz mein Nachfolger ist, er ist durch seinen Sohn verdeckt da hinten. Er ist ein langjähriger Freund, uns verbindet sehr, sehr viel und ich habe immer gesagt, wenn ich mir einen Nachfolger hätte aussuchen können, ich hätte mir den Wolfgang gewünscht. Er bringt nicht nur die fachliche Qualifikation mit, sondern auch die menschliche und politische und ich bin überzeugt, dass das ein sehr guter Weg werden wird, den du gehst.

Ich bedanke mich zuletzt bei meiner Familie, bei meiner Mutter stellvertretend für meine Großeltern, bei der Gabi, bei meinen Kindern.

Wie gesagt, Schmetterlinge im Bauch! Ich freue mich auf die Zukunft! Danke und alles Gute! (Allgemeiner Beifall. – 10.35 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Herr Landesrat, bitte.

**Landesrat Dr. Hirschmann** (10.36 Uhr): Lieber Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, liebe Kollegen in der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste!

Ich freue mich sehr, dass meine Brigitte auch da ist und meine Mutter. Günter Dörflinger hat vieles schon vorweg genommen. Er hat irgendwie eine erste Wegkreuzung über die „Kleine Zeitung“ mit mir genommen, ihm hat es genützt, mir nicht, aber immerhin, so ist das in unserem Leben. Trotzdem der Styria-Verlag ist ein großer Verlag dieses Landes und ich bleibe auch allen tüchtigen Menschen dort sehr verbunden. Das gilt natürlich für alle anderen Damen und Herren im Bereich des Journalismus, Freunde von der „Kronenzeitung“ und alle kann ich jetzt nicht aufzählen vom ORF bis zur APA, aber ich habe das in den letzten Wochen mehrfach sagen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Günter hat die Werteskala in der Bevölkerung angesprochen, was das Image anlangt, aber es gilt dort auch das, was wir sonst wissen, über die Dinge, über die heftig geschimpft wird, die werden dann doch sehr begehrt. Ein kleiner Trost und eine wahre Befindlichkeit für die Garde der Politik, aber auch für den Journalismus und ich möchte das heute hier von der Stelle aus nochmals sagen, ich bin sehr dankbar, was ich an Zuspruch erfahren habe, aber auch für den einen oder anderen Widerspruch, weil es natürlich das Wesen der Demokratie ausmacht.

Meine verehrten Damen und Herren, das ist heute der Tag der Kristina Edlinger und des Wolfgang Erlitz. So ist es und es ist auch schön und ich darf beiden in freundschaftlicher Verbundenheit sagen, es ist vielleicht der schönste Tag eurer Regierungstätigkeit, genießt diese 24 Stunden oder was noch davon verbleibt, wenngleich es viele schöne Tage auch noch geben wird, aber es wird sehr viele harte Tage geben und ich freue mich, liebe Kristina – ich kenne die Kristina, als sie ungefähr so hoch war, von ihren Kindesbeinen an sozusagen. Lieber Klaus, ich freue mich, ein Baum auf deinem Grundstück gehört mir, wie du weißt, das ist mein einziger wirklicher Besitz an Immobilien, den ich habe. Für jene, die nicht wissen, was das heißt, wir haben in unserer Jugend viel Karten gespielt, nachdem wir mit dem Geld nie zu Rande gekommen sind, haben wir uns eben auf deine Immobilien gestürzt. Danke jedenfalls auch dir für deine persönliche Freundschaft.

Liebe Frau Landeshauptmann, ich habe keine Ahnung gehabt, wen du auf meinen Sessel hierher beordern wirst. Ich freue mich deswegen, dass das Kristina Edlinger ist, meine verehrten Damen und Herren, weil die heutige Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts hat ein schönes Erbe zu verwalten. Es ist Europa gelungen, in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren Wohlfahrtsstaaten zu errichten, die phantastisch sind und die wir welt-

weit allen anderen Menschen auch wünschen würden. Diese Wohlfahrtsstaaten bedürfen aber am Anfang dieses Jahrhunderts einer völligen Neuordnung. Ich bin meinem Freund Schützenhöfer dankbar, dass er in meiner Partei das immer wieder gesagt hat. Meine lieben Freunde in der Politik – und das gilt parteiübergreifend – der Klassenkampf des vergangenen Jahrhunderts, der etwas für sich gehabt hat, ist heute nicht mehr der zwischen Reich und Arm, zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, sondern zwischen den jungen und den älteren Menschen. Ich freue mich, dass mit Kristina Edlinger und mit meinem lieben Freund Christopher Drexler zwei Vertreter einer Generation – das gilt auch für einige andere, wenn ich die Frau Kollegin Halper hier sehe, und bitte alle, die sich jung fühlen, mögen sich angesprochen fühlen –, aber ich meine, es ist schön, dass diese Generation in dieser Phase auch mit Macht – und es ist Macht, wenn man ein politisches Amt ausüben darf – und mit Verantwortung ausgestattet werden. Wir müssen in den nächsten Jahren – und das ist ein mühsamer Prozess, das, was soziale Gerechtigkeit meint, neu buchstabieren und wir müssen schauen, dass wir jenen 10 oder 15 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft, die der Hilfe der Politik bedürfen, dass wir die ausfindig machen und denen helfen. Der Rest kann sich selbst helfen, meine verehrten Damen und Herren! Das ist das erfreuliche Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist die Kardinalaufgabe der Politik, einer dynamischen Wirtschaft, neue politische Rahmenbedingungen zu setzen, einer entfesselten Wirtschaft, die weltweit die Grenzen der Politik und die Grenzen der Nationalstaaten überschritten hat und das wird die Aufgabe auch für kleine Räume, wie unsere schöne liebe Steiermark, sein und das ist nicht leicht, aber es ist eine schöne Aufgabe. Es bedarf großer politischer Auseinandersetzungen. Nur, meine verehrten Damen und Herren, wer auf der Seite derer ist, die sagen, so wie es immer war, muss es immer bleiben, der ist auf der falschen Seite. Das ist meine Bitte an die Freunde, an die Kollegen in der Journalistik. Meine verehrten Damen und Herren, helfen Sie jenen, die die „Pfadfinder der Zukunft“ sind, die unterwegs sind zu schauen, wo geht es hin. Und dass es hier viele Fehler geben wird in der Umsetzung von Maßnahmen, das wissen wir. Aber wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir ihnen nicht Schuldenberg über Schuldenberg hinterlassen, sondern dass wir ihnen Zukunft ermöglichen. Da bin ich noch einmal Kristina bei dir. Ich freue mich, wie gesagt, dass du heute hier angelobt wirst und dass du auch mit einem großen Vertrauensvorschuss deine Arbeit aufnehmen darfst.

Ich freue mich auch für den Wolfgang Erlitz. Er ist auch ein junger Bursche, er ist ein charmanter Bursch. Das ist in einem Zeitalter wie diesem auch nicht unwichtig in der Politik. Er ist ein Mensch, der seinen Standpunkt hat, aber auch einer, der weiß, dass es um Zusammenarbeit geht und dass keiner allein in dieser Phase die vorhin angesprochenen Aufgaben umsetzen kann.

Und der Gesundheitsbereich ist einer der Kernbereiche, wo wir in den nächsten Jahren im Sinne des vorhin Angesprochenen große Aufgaben vor uns haben und wo man natürlich auch da oder dort sagen muss, wir sind am Plafond und wir müssen, wie gesagt, jenen helfen, denen zu helfen ist.

Ein Erstes, meine verehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang: Ich bin von Josef Krainer Ende der siebziger Jahre in die Politik geholt worden, und dafür danke ich ihm außerordentlich. Weil die Politik ist – und das weiß jeder, vor allem Bezirksabgeordnete, jeder Bürgermeister, die Frau Landeshauptmann an der Spitze – auf der einen Seite ein Privileg, in diesem Bereich arbeiten zu dürfen. Es ist kein Privileg vom Gehalt her, meine verehrten Damen und Herren, und den Pensionen und die Dinge, die wir da erleben. Ich weiß, wovon ich spreche. Aber es ist ein Privileg, hier arbeiten zu dürfen, weil man einfach für sein Land und für viele, viele Menschen ein bisschen etwas weiterbringen darf.

Meine verehrten Damen und Herren, wir sind heute aber in der Reparaturwerkstätte der siebziger und achtziger Jahre. Und damit ich das noch einmal sagen darf: Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind eine Welterungenschaft und wir müssen darum kämpfen, dass wir nicht die Substanz verlieren.

Aber ich erinnere mich, wie ich in die Politik gekommen bin, war es so, das Wirtschaftswachstum hat pro Jahr 2, 3 Prozentpunkte ausgemacht und die Budgetplusausgaben pro Jahr haben halt 4, 5 oder 6 Prozent ausgemacht. So ist es gegangen von Jahr zu Jahr, mit den heute angehäuften Schuldenbergen. Und Schulden darf man schon machen, meine verehrten Damen und Herren, man darf für Infrastrukturleistungen Schulden machen, aber man darf nicht für den täglichen Verbrauch – ich sage nicht Konsum – in der Politik Schulden machen, weil sonst müssen unsere Kinder dann einmal auswandern. Insofern hat – und das ist meine Bitte an die Journalistik, um ihre differenzierte Betrachtung – die heutige Politik eine schöne, aber ein bisschen eine schwierigere Aufgabe, als es vor Jahrzehnten war, als ich, wie gesagt, in die Politik kommen durfte.

Ein Zweites in dem Zusammenhang, auf unser Land bezogen: Es waren die achtziger Jahre, wo die Steiermark wirklich schwer gelitten hat. Wir haben binnen Jahren zehntausende Arbeitsplätze verloren, vor allem in der verstaatlichten Industrie. Wir waren zwar vielleicht nicht das Armenhaus der Republik, aber wir waren ganz hinten.

Und wenn ich heute mit Günter Dörflinger diese Regierung verlassen darf, dürfen wir festhalten, dieses Land ist überall vorne an der Spitze dabei, von der Wirtschaft bis zur Kultur, vom Sport bis zum Tourismus, und nicht, meine verehrten Damen und Herren, weil das das Verdienst der Regierung primär ist oder der Abgeordneten. Wir haben viele fleißige Menschen, die das bewerkstelligt haben und wir sind ein kreatives Land. Aber es sind auch die politischen Rahmenbedingungen, die dazu geführt haben. Dafür möchte ich, Frau Landeshauptmann, dir danken. Ich darf sagen, ich habe wahrscheinlich im besten Regierungsteam Österreichs mitarbeiten dürfen, zehn Jahre lang. Ich darf euch danken, dass, bei allen Konfrontationen und Auseinandersetzungen, die wir haben, das gemeinsam ein bisschen gelungen ist. Und das gilt selbstverständlich für alle Abgeordneten dieses Hauses.



Lassen Sie mich ein Drittes sagen, meine verehrten Damen und Herren – Landeshauptmann Krainer hat immer gesagt, wenn einer ein bisschen einen Deppscher hat und es hat ja fast, also ich darf das für mich etwas in Anspruch nehmen, jeder einen Deppscher, der hat einen Webfehler im Charakter –, ich persönlich liebe das Unkonventionelle, ich liebe das Widersprüchliche und ich habe es mir selber im Leben auch nicht immer leicht gemacht. Meine verehrten Damen und Herren, wenn ich euch in den letzten Jahren ein bisschen auf die Nerven gegangen bin, zum Beispiel mit der Frage der Rolle der Landtage, dann hat das einen Ursprung – mein Freund Hermann Schützenhöfer war dabei, der Franz Marhold, der auch da ist, ein persönlicher Freund von mir, der Johannes Pichler und ähnliche Menschen der Universität –, wir sind zusammengesessen, meine verehrten Damen und Herren, nicht um irgendetwas herunterzumachen, um irgendjemandem die Würde zu nehmen, um irgendjemandem seinen Aufgabenkreis zu nehmen, sondern weil wir gesagt haben, es müsste doch mehr drinnen sein.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist eine Vision von mir, ein Traum von mir und ich bin überzeugt davon, er wird aufgehen, die Jüngeren unter euch werden in 15 Jahren mit ihren Kollegen aus Ljubljana, aus Zagreb, aus Oberitalien, aus Westungarn zusammensitzen und europäische Regionalpolitik machen. Wir brauchen nicht noch mehr Gesetze. Und das war mein Ansatz. Ich betrachte die Politik eines Landes so – und mir braucht niemand zu erklären, Steirer sind Steirer und werden ewig Steirer bleiben, über alles –, es muss die Aufgabe, die Sie täglich einbringen, noch mehr Sinn machen, noch mehr Zukunft haben und wir müssen Regionalpolitik machen. Uns verbindet, meine verehrten Damen und Herren, ob wir das wollen oder nicht wollen, mehr mit Slowenien, mehr mit Kroatien, mehr mit Oberitalien, mehr mit Ungarn – hoffentlich sage ich dazu – als mit München. Ich fahre auch gerne mit meinem Sohn nach München zu einem Fußballspiel, meine Vereine kicken nicht mehr so, wie ich mir das wünsche, lieber Günter, aber das ist ein- oder zweimal im Jahr. Aber, meine verehrten Damen und Herren, wir sind hier zu Hause und ohne dass man die Geschichte beschwört, diese Steiermark hat in diesem Raum vor Jahrhunderten eine führende Rolle gespielt, und ich wünsche Ihnen das und uns das, dass wir das wieder im Sinn einer politischen Aufgabe und Zukunftsverpflichtung wahrnehmen.

Meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen, und ich möchte auch – nicht als Pflichtübung – einige wenige Minuten Sie noch belästigen und mich einfach bedanken.

Ich fange bei der FPÖ zu meiner Rechten an. Lieber Leo Schögggl, ich habe dich kennen gelernt als einen sehr menschlichen Kollegen. Es fällt einem natürlich an einem Tag, wo man geht, leichter, so etwas auszusprechen, ohne dass es falsch verstanden wird. Ich bin dir dankbar dafür. Ich möchte mich sehr beim German Vesko bedanken, in Bad Aussee, ein toller Mann, der mir sehr geholfen hat in der Sache Formel 1. Lassen Sie mich das letztes auch noch sagen, wenn ich zu einer einzigen Sache noch etwas hier deponieren darf. Ich habe mit der Formel 1 so wenig am Hut wie nur irgendwas. Wie gesagt, mein Sohn ist der Einzige, der zur Formel 1 in meiner Umgebung eine Beziehung hat. Aber ich bin damals einem Anruf der Bürgermeister der Region gefolgt – wie ich allen gefolgt bin, die zu mir gekommen sind, in diesen zehn Jahren, und eine Idee gebracht haben – und habe gesagt, wir werden es probieren. Meine verehrten Damen und Herren, und die Freunde aus der Region wissen, dort war nichts, ein paar Geißböcke und ein paar Schafe sind dort herumspaziert. Es ist durch ein Wunder dann gelungen, dass wir die Formel 1 zurückgeholt haben. Meine Damen und Herren, und das ist der entscheidende Punkt, ob wir in Zukunft eine Formel 1 haben oder nicht haben – liebe Grüße an den Herrn Marcher und Frau Kollegin Dietrich –, das wissen wir nicht. Da haben die Österreichische Bundesregierung, die Steiermärkische Landesregierung nicht das Gewicht, das zu entscheiden. Aber wir haben sie einige Jahre gehabt, der Herr Finanzminister hat 1,5 Milliarden Schilling an Steuern eingehoben. Und ohne diese Aktivität, ohne diesen Zwischenschritt hätten wir den Herrn Mateschitz nicht einmal zu einem Kaffeegespräch bekommen.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist ein schöner Kreis, der sich schließt, ich durfte gestern die Vereinbarungen mit dem ÖAMTC und mit der Gruppe Mateschitz noch unterschreiben. Wir haben hier einen Steirer, der das größte Tourismus- und Sportprojekt Österreichs finanzieren wird. Und das ist für die Region und für dieses Land ein großer Segen, meine verehrten Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.)

Und wenn der Zirkus fährt und spielt, dann fährt er und spielt er und es will uns freuen, weil es für Österreich eine tolle Sache ist. Und wenn er nicht fährt und nicht spielt, ehrlich gesagt macht es auch nichts, weil es spielen dann ein paar andere, und zwar das Zehnfache. Danke jedenfalls!

Ich möchte auch dem Michael Schmid danken, der kein einfacher Mensch war, aber das bin ich selbst auch nicht. Ich möchte ihm deswegen danken – ich bin zwar in letzter Zeit wegen des Wohnbaues ein bisschen mit ihm übers Kreuz gekommen, aber das ist so –, weil er mir am Anfang sehr geholfen hat. Das hat mir an ihm imponiert, nicht politisch, meine verehrten Damen und Herren, sondern wenn ich an die Davis-Cup-Geschichte denke und an die Formel I wie gesagt und weil er auch einen positiven Zugang zur Politik gehabt hat und gesagt hat, ich möchte eigentlich, dass in dem Land etwas weitergeht. Das war mir damals, neben meiner eigenen Fraktion, eine große Hilfe und dafür bin ich dankbar. Das gilt auch an so einem Tag für die gesamte Fraktion selbstverständlich. Ich möchte mich auch bei den Kollegen der Grünen Fraktion sehr bedanken. Grün ist eine Qualitätsmarke, wo sonst, wenn nicht in der Steiermark. Ich bedaure, dass die Kollegin Zitz heute nicht da ist, aber liebe Frau Klubobmann und lieber Peter Hagenauer, ich freue mich, dass Peter Hagenauer und das teilen wir ab einem gewissen Alter, einen gewissen Humor gefunden hat und seine intellektuelle Brillanz ist ja ohnedies spürbar. Ich danke sehr für das, was Sie hier einbringen. Die Grünen haben Zukunft und wenn Sie zu Ihrem großen profunden Maß an Gesinnungsethik, das Sie haben, das Sie auszeichnet, aber nicht nur Sie, aber sie vor allem, auch das notwendige Maß an Verantwortungsethik – und Sie verstehen mich jetzt nicht falsch –, denn die Welt ist nicht so, wie wir sie uns erträumen und erwünschen, wenn Sie dieses Maß an Verantwortungsethik im Sinne von Max Weber auch noch auf Ihre Schultern laden, werden Sie schneller in einer Regierung sitzen als manchen von Ihnen

das lieb sein mag. Ich freue mich darauf und der Tag wird kommen und ich möchte Ihnen persönlich danken für Ihre Hilfe und Unterstützung beim Kunsthaus, für viele Anstöße, lieber Peter Hagenauer, beim Wohnbau und in vielen anderen Bereichen.

Ich komme zur Sozialdemokratie und darf mich auch hier bedanken. Liebe Kristina Edlinger, wie ich am 19. oder 20. Oktober des Jahres 1993 gewählt worden bin, hat mich ein Dissident der SPÖ gewählt, gegen die Parteiorder! Das war mir sehr viel wert. Weil erstens habe ich immer gedacht, das könnte ja jeder von euch gewesen sein. Aber es war mir etwas wert, weil ich weiß – ich war ja zeit meines Lebens Parteisekretär, liebe Frau Landeshauptmann – ,was es heißt, gegen eine Parteiorder zu verstoßen, weil es muss ja dann jeder dem Nachbarn auch über die Schultern schauen, also müssen es eigentlich zwei gewesen sein. Und ich bin deswegen dankbar, meine verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, wir haben wie gesagt viele Konfrontationen austragen müssen und ich halte das für wichtig, weil ich habe am Anfang heute einige Dinge gesagt, die meine Betrachtung dazu und Umstände sind, aber eine Demokratie lebt schon davon, dass es Auseinandersetzung gibt und nicht nur für die Galerie der Journalisten, sondern es muss eine echte und ehrliche Auseinandersetzung, ein Ringen um die Zukunft sein.

Die Sozialdemokratie hat neben der Österreichischen Volkspartei historisch die größten Verdienste in der Entwicklung dieses Landes und der Republik und dabei wird es auch bleiben. Ich habe das unlängst einmal gesagt, nach der Wahl des Ernest Kaltenegger, liebe Frau Landeshauptmann, wir in der Volkspartei sind im Herzen alle auch ein bisschen Kommunisten, sonst könnten wir im gut verstandenen Sinn des Wortes die Sorgen und Nöte der Menschen nicht tagtäglich auch so transportieren, wie sie transportiert werden. Ich danke Ihnen jedenfalls auch für dieses Maß an respektvoller Konfrontation. Manchmal sind wir ein bisschen an der Grenze gewesen, aber ich weiß gar nicht, ob ich jemals einen Ordnungsruf in diesem Hause erhalten habe. Wenn nicht, dann war es ein Fehler. Herr Hofrat Anderwald verneint das. (Abg. Schrittwieser: „Das gibt es nicht für Regierungsmitglieder!“) Nein, früher, ich war ja lange genug Abgeordneter auch, wie du weißt.

Franz Voves habe ich über den Sport kennen gelernt und lieber Franz, ich habe das sehr geschätzt, weil wir auch dort – und ich freue mich, dass heute auch viele Freunde der Dachverbände und der Fachverbände da sind – sozusagen etwas gelebt haben, was die Politik dieses Landes braucht und Sport heißt Wettkampf, heißt Auseinandersetzung, heißt aber auch Teamgeist. Und ich weiß, dass du das lebst und dass du das gut leben wirst. Politisch darf ich dir nicht alles Gute wünschen, das wäre zu viel verlangt, aber persönlich, lieber Franz, bleibt das, was auch an Bindung und Verbindung entstanden ist.

Damit bin ich bei meinen Freunden. Ich habe mich bei meinen Freunden heute, am vergangenen Sonntag und immer wieder verabschiedet in den letzten Wochen und Monaten und das fällt mir schwer. Danke noch einmal an die Abgeordneten, an den brillanten Klubobmann, an seine Damen und Herren in der Mannschaft, an das phantastische Regierungsteam mit dem Erich, mit dem Herbert, mit dem Schützi und an der Spitze natürlich mit Frau Landeshauptmann. Es ist in Österreich ein Geschenk in der Steirischen Volkspartei arbeiten und ein wenig beheimatet sein zu dürfen. Ich war sehr viel menschlich beheimatet bei allen Dingen, die ich euch abverlangt habe und die ihr mir abverlangt habt. Liebe Frau Landeshauptmann, ich habe das heute im Klub gesagt und ich möchte das hier auch in aller Öffentlichkeit noch einmal sagen. Ich habe das Glück und das Geschenk gehabt unter zwei großen Persönlichkeiten, Josef Krainer und in seiner Nachfolge unter dir, hier ein wenig in diesem Lande und auch in meiner Steirischen Volkspartei mitarbeiten zu dürfen. Es ist ein Geschenk, dass es dich für diese Partei und dass es dich für die Menschen dieses Landes gibt. Wo immer man hinkommt, du wirst geliebt und zu Recht geliebt. Ich habe in meinem ganzen Leben keinen so fleißigen Menschen und keinen solchen Menschen, der in jeder Sekunde des Tages ein Gespür für das Gegenüber hat, ob es ein Universitätsprofessor oder eine Bergbäuerin ist, wie das unsere Frau Landeshauptmann eben lebt.

Ich freue mich wie gesagt, dass meine Mutter da ist, meine Schwester, eine Tante von mir, ich freue mich sehr, dass mein alter väterlicher Freund Franz Wegart da ist. Drei Reihen dahinter links oben Richard Kanduth, der mir immer ein Vorbild war, für das, wie man eine Partei führt. Wir waren ein paar kleine Stalinisten, das ist schon richtig, so gehört es sich auch. Ich freue mich sehr, dass meine Brigitte da ist, die mir den Ausstieg nicht nur eingeredet hat, sondern auch erleichtert. Ich freue mich darauf! Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.02 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves** (11.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, liebe Angehörige, geschätzte Damen und Herren!

Es ist mir ein persönliches Anliegen, auch von dieser Stelle aus im Namen meiner Fraktion, aber auch in meinem persönlichen Namen natürlich, beiden scheidenden Kollegen ein kurzes aber sehr herzliches Dankeschön zu sagen.

Dir, lieber Gerhard Hirschmann, für die vielen Visionen, das wirklich tolle Kreative, das Unkonventionelle, wie du es selbst bezeichnet hast, das du eingebracht hast. Dass dir meine Fraktion nicht bei all deinen großen Zielen und auf dem Weg dorthin folgen konnte, das hast du auch gut verstanden. Aber ich möchte dir vor allem auch sagen, das, was man vielleicht in diesem ersten Jahr, das wir beide nur erleben durften, vielleicht missinterpretiert hat, nämlich dass hier eine persönliche Freundschaft über die Parteigrenze hinweg gewachsen ist.

Und wie ist diese Freundschaft entstanden? Die Kollegen der Dach- und Fachverbände sind da. Es war vor einigen Jahren im Sport. Im Stenogrammstil: Meine Kollegen aus den Dachverbänden, die wir den Breitensport vertreten, wir haben den Sportlandesrat als unseren Vorsitzenden des Landessportpräsidiums immer ein bisschen zu sehr in Richtung Großevents und medienwirksamen Spitzenprofisport gesehen und ich habe mich mit meinen Kollegen gemeinsam sehr stark gemacht, dass wir auch die Breite nicht vergessen. Und so wie es dem Gerhard Hirschmann seine Art ist, nach drei, vier Jahren meines Lästigseins, mit meinen Kollegen gemeinsam, hat er dann gesagt, pass auf, jetzt sind wir per du, Franzl, mir taugt einfach, wie du dich für deine Idee zum Sport einsetzt. Und diese Akzeptanz der beiden Meinungen, der Einstellung und der Zugänge zu diesem Thema hat dann eigentlich zu dieser Freundschaft – wie ich es durchaus und gerne bezeichne – geführt, nämlich die Akzeptanz, die Sicht des Anderen auch zu sehen, ihn zu verstehen. Heute bin ich dir auch, bis September ist es ja noch so, als einer der Dachverbandspräsidenten im Sport sehr dankbar, dass du auch in deiner Subventionspolitik dann letztlich auch auf diese andere Meinung Rücksicht genommen hast und sich etwas verändert hat. So ist diese Freundschaft, die manche vielleicht nicht ganz verstanden haben, zu erklären, nämlich die gegenseitige Akzeptanz des anderen Gedankens, des anderen Zugangs.

Ich glaube, meine Damen und Herren, weil wir in den letzten Wochen die fürchterlichen Bilder des Irakkrieges via TV ins Haus geliefert bekommen, sollten wir in unseren wunderbaren Demokratien daran denken, dass das der richtige Weg ist, Politik bei allen unterschiedlichen Auffassungen zu betreiben.

Gerhard, ich wünsche dir privat persönlich alles Gute und ich weiß, dass diese Freundschaft erhalten bleiben wird. Alles Gute! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ein herzliches Dankeschön natürlich auch meinem Kollegen Günter Dörflinger, der, glaube ich, über alle Parteigrenzen hinweg im Generellen bekannt war für seine Politik des Konsens, für seine Politik des Überzeugens. Und mit diesem Stil hat er im Bereich des Gesundheitspolitischen, des Spitalswesens viele, viele tolle Projekte auf die Schiene bekommen, die er ohnedies schon selbst angesprochen hat.

Ich möchte nur noch einmal das Projekt LKH West erwähnen, das sehr umstritten war, wo du aber in deiner Überzeugung, zu Recht, wie wir heute wissen, draufgeblieben bist – eine einmalige Partnerschaft mit zwei anderen Krankenhausträgern, UKH und Barmherzige Brüder. Du bist draufgeblieben, und das war richtig so.

Ich bin überzeugt, lieber Günter, dass viele Projekte noch viele Jahre deine Spuren klar darlegen werden. Du hast ganz tolle Arbeit geleistet.

Dass er, beruflich bedingt, ein Medienprofi daneben war, dem es gelungen ist, seine Leistungen auch gleich selbst hervorragend zu verkaufen, da können sich einige noch etwas abschneiden. Ich werde auch noch ein bisschen eine Anleihe nehmen. Aber du hast wirklich hervorragende Arbeit eingebracht.

Ich möchte auch dir von dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank sagen, auch dir persönlich im neuen beruflichen Umfeld alles Gute und vor allem privat viel Erfolg und Gesundheit wünschen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 11.09 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Klasnic** (11.09 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt in unserem Leben Stunden, die man nicht bestellen, die man nicht kaufen kann, die nicht wiederholbar sind, Stunden der Veränderung, aber vor allem auch Gott sei Dank Stunden, wo Dankbarkeit und wo vor allem gemeinsame Verantwortung im Vordergrund stehen.

Wenn der Kollege Voves jetzt das Wort des Krieges in den Mund genommen und damit auch an unsere Gemeinsamkeit appelliert hat, dann möchte ich auch in Gedanken dort hingehen, wo dieses Österreich viel stärker ist, als wir glauben, wenn es um gemeinsame Verantwortung geht. Ich bin stellvertretend für die Länder Österreichs als derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz im nationalen Sicherheitsrat. Und wann immer wir die Zeitung lesen oder in den Fernseher schauen, zuhören was im Radio kommt, hat man das Gefühl, in diesem Österreich kann man sich auf vieles nicht einigen. Aber auf eines bin ich stolz und ich möchte es in dieser Stunde auch sagen, weil es die Welt bewegt und weil es auch jede und jeden von uns bewegt, in der Erklärung der Republik Österreich gab es eine Einstimmigkeit. Alle vier Parteien haben sich an einen Tisch gesetzt, haben formuliert, in Verantwortung für die Zukunft, und haben gezeigt, dass es neben Alltagspolitik noch etwas ganz Großes gibt, nämlich Verantwortung wahrnehmen, Verantwortung leben und nach außen mit einer Stimme sprechen. Dafür bin ich dankbar.

Wenn man heute hier ist – und ich darf, wie manch andere, schon sehr lange in diesem Haus sein –, muss ich sagen, es ist eigentlich so etwas wie eine Mischung zwischen Bewegung, und gestatten Sie, dass ich auch das Wort Stolz in den Mund nehme. Wir alle miteinander dürfen dankbar und stolz auf die Menschen in unserem Land sein.

Wir sind aber auch bewegt und stolz auf die Form und auf die Art, wie man Politik gemeinsam im Lande machen kann. Jetzt gehe ich in die nächste Stufe und sage, ich bin stolz und bewegt über die Politikerinnen und vor allem aber auch über die Politiker in diesem Land, die den Menschen ja etwas geben und vermitteln wollen. Gerhard Hirschmann hat gemeint, er ist im besonderen Regierungsteam – ich habe das jetzt ein bisschen abgeschwächt – Österreichs gewesen. Aber man muss dazu sagen, dass man hier auch spürt, und ich möchte es

öffentlich tun, gerade deshalb, weil heute viele Menschen hier sind, die es erfahren haben, aus der älteren Generation, Familienangehörige und Freunde von den beiden, die heute sagen, wir wechseln unsere Position und von den beiden, die auf diese Bank kommen, ich habe hier das Gefühl, im Land, dass man Politik nicht als Beruf und als Job sieht, sondern dass jede und jeder spürt, dass es auch eine Berufung, dass es eine Auszeichnung und – ich überhöhe es und sage – auch eine Gnade ist, in seiner Heimat verantwortlich sein zu dürfen. Wenn dieses Land über 1,2 Millionen Einwohner hat, dann gibt es 56 Damen und Herren, die sagen können, ich bin Abgeordnete, ich bin Abgeordneter und es gibt neun Mitglieder in der Landesregierung. Das ist schon etwas Besonderes.

So möchte ich auch danke sagen, stellvertretend als Landeshauptmann, zum Kollegen Günter Dörflinger – ich brauche nichts aufzuzählen –, aber ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und für das, was an Wurzeln gelegt wurde. Ich nehme ein Beispiel heraus, weil es mich auch besonders begleiten wird in der alltäglichen Arbeit, weil wir ja die Antwort geben müssen. Das Thema Gesundheit ist nicht etwas, wo man sagt, da ist ein Mensch zuständig, da sind wir alle zuständig. Und Günter Dörflinger hat auch verstanden, uns alle einzubinden. Ich hoffe, dass wir in weiten Ausmaßen auch mit seinen Vorschlägen mitgehen, dass wir sie befolgen, dass wir sie unterstützen konnten, dass es aber wahrscheinlich für unsere Jugend und für unsere Zukunft eine der wichtigsten Schritte war, dass es gelungen ist vorzusorgen, mitzusorgen, dort, wo die Drogentherapie notwendig ist.

Etwas, das wir nicht ansprechen, etwas, das oft nicht im Mittelpunkt steht, wo aber niemand von uns weiß, ob er nicht heute oder morgen jemandem helfen möchte. Und wir, die wir in der Politik Verantwortung tragen, begegnen immer wieder verzweifelten Eltern, aber auch verzweifelten Betroffenen, denen man dann vielleicht ein Stück helfen kann. Nehmen Sie es mit, ein fröhlicher, ein guter, ein erfolgreicher Landesrat wechselt seinen Sessel, geht aber dem Land nicht verloren. So wünsche ich Ihnen persönlich mit Ihrer Familie, aber auch für Ihr neues Berufsbild vom Herzen alles Gute, viel Glück und die Umsetzung der eigenen Vorstellungen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich zähle nicht auf, weil die beiden selber vieles sagen konnten. Ich möchte aber dazu sagen, dass es Gerhard Hirschmann war, dem ich persönlich eigentlich ja dieses Pult und diesen Platz verdanke. 17./18. Dezember 1995, manche wissen, wovon ich rede. Gerhard wünscht sich und das ist eigentlich auch ein Auftrag und so etwas wie ein „Tut weiter“ – ich rede nicht von einem Vermächtnis, dafür ist er viel zu jung – du hast gemeint, dein Traum und deine Vision, dass sich Menschen aus bestimmten Teilen in diesem Mitteleuropa, wo wir jetzt Herzstück sein werden im Sinne der Zukunftsregion, dass wir uns zusammensetzen und miteinander Entscheidungen treffen. Genau dieses Herzstück ist die Zukunftsregion! Du hast auch einen Traum – und weil ich ihn sehe bei der Tapetenwand stehen, den Dr. Lehner – mit umsetzen geholfen, dass junge Menschen aus diesem Teil Europas vor einigen Tagen zusammengekommen sind und zuhören und erleben konnten, wie sich manches von Zeitzeugen entwickelt hat, nämlich dass Gorbatschow und Kohl hier gewesen sind und direkt etwas weitergeben wollten. Ist auch ein Auftrag, wenn Menschen in einer späteren Generation den Jüngeren sagen, wie es sein soll. Ich könnte vieles aufzählen, wir wissen um das, was du in diesem Land und in dieser Stadt mitgetragen und umgesetzt hast. Ich sage dir danke im Namen unserer Gesinnungsgemeinschaft, unserer politischen Familie Volkspartei. Ich habe das in den letzten Tagen gemeinsam mit anderen oftmals sagen können. Durchhalten, eine Strecke gemeinsam gehen, um etwas ringen und dabei nie vergessen, dass der andere den anderen braucht und dass jede Frau und jeder Mann auch jemanden braucht, wo er sich anlehnen kann. Das ist in der Politik so, das ist im Beruf so und das ist vor allem auch in der Familie notwendig. So weiß ich, weil die Brigitte es mir gesagt hat, sie hat ihre Blumen schon gestern am Abend bekommen, dass es für dich heute einer der schönsten Momente ist, dass auch deine Mutter hier ist. Das möchte ich den Familien grundsätzlich sagen, es ist unendlich schwer für Familienmitglieder mitzutragen, was man manchmal liest und manchmal hört, weil man nicht unterscheiden will und auch nicht unterscheiden soll zwischen dem Amt und dem Menschen, den man gern hat. Aber eines möchte ich sagen, auf den Menschen kann und konnte man sich immer verlassen und wenn es auch manchmal anders geschrieben war, im Endeffekt zählt das Ergebnis. Das Ergebnis, das wir schreiben dürfen, ist ein gutes, es ist ein solches, dass wir sagen, es hat unsere Steiermark verändert. Lieber Gerhard, weil du es nicht gewusst hast, habe ich dir die Blumen besorgt für deine Mutti. Das ist der zweite Teil, das ist die letzte Bitte, die ich dir übertrage.

Wir werden im Anschluss eine Landesrätin und einen Landesrat wählen und sie werden hier auf der Regierungsbank dann Platz nehmen, denen ich im Vorhinein schon von Herzen alles Gute wünsche und weil ich so manche Zeile sehr gut lese, sage ich, beide haben Kinder. Beide haben Kinder, die noch nicht in die Schule gehen, beide wissen, was es an Verantwortung wahrzunehmen heißt für die nächsten Generationen und es wird unserem Land gut tun.

Wir haben gemeinsam versucht, hier auch einen Weg zu finden – und wir werden es in Kürze beschließen – wie wir in der Geschäftseinteilung für das eine oder andere eine gute Konstruktion finden und sicherstellen können, dass es eine gute Entwicklung nimmt. Wenn sich das eine oder andere gut bewährt oder nicht bewährt, kann man es dann ja wieder ändern. Aber jetzt gehen wir einen guten Weg. Ich möchte mich in dem Sinne, weil sich viel verändert hat und auch viel an neuer Aufgabe bedeutet bei meinen Kollegen bedanken, die mir bei dieser Veränderung sehr, sehr geholfen haben. Und für alle jene, die es nicht wissen, man kann nur innerhalb der eigenen Fraktion verändern, ob es Erich Pörtl, Herbert Paierl oder Hermann Schützenhöfer gewesen ist, alle haben von liebgewordenen Aufgaben gesprochen, aber alle drei haben gesagt, das ändern wir, wir helfen mit, dass es zu einer neuen Konstruktion kommt, im Sinne und zum Wohle dieses Landes.



Ich selber konnte einen Beitrag leisten. Kollege Erlitz bekommt jetzt ein schönes Packerl und dazu wünsche ich Ihnen vom Herzen alles Gute! Ich wünsche Kristina, dass sie das alles umsetzen kann, was ich mit ihr erlebt habe und dass es ihr auch gelingt, dass sie solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter annehmen darf, wie es mir mit ihr in den letzten Jahren gegangen ist. Verlassen können und wissen, dass es ein waches Herz gibt und eine helfende Hand. So glaube ich, dass es in diesem Land gut weitergeht. Ich bin davon überzeugt und ich gehe zum Anfang zurück, wo ich von Bewegung und Stolz gesprochen habe.

Lieber Günter Dörflinger und vor allem lieber Gerhard, ihr könnt stolz von diesem Sessel Abschied nehmen, weil ihr eine Leistung, eine Lebensleistung vorzuweisen habt. Ihr könnt aber auch bewegt dieses Haus verlassen, weil ihr wisst, dass es viele gibt, die euch mit guten Gedanken begleiten und die sich immer wieder freuen werden, euch zu treffen, euch zu sehen, gemeinsam uns zu stützen und zu tragen. Erfolgreicher ist man im Leben immer, wenn man getragen wird, wenn man spürt, dass es diese Breite gibt und wenn man diese Wurzeln täglich annehmen kann. Das heißt, ein guter Weg, das heißt, eine gute Zukunft. Ich sage bewusst dazu, Glück und Segen, Kraft für eine Zeit! Alles Gute! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.21 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, bitte Platz zu nehmen. Da Herr Landesrat Dr. Hirschmann seine Funktion als Mitglied der Landesregierung zu Beginn der Sitzung zurückgelegt hat, gilt es nunmehr ein neues Regierungsmitglied zu wählen. Ich ersuche nun um Bekanntgabe eines Wahlvorschlages für ein neues Regierungsmitglied seitens der Österreichischen Volkspartei. Wortmeldung Klubobmann Mag. Drexler. Herr Klubobmann, bitte.

**Abg. Mag. Drexler** (11.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine Freude und Ehre Ihnen heute in der Nachfolge von Dr. Gerhard Hirschmann Frau Mag. Kristina Edlinger-Ploder als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung vorschlagen zu dürfen.

Ich darf Sie gleichzeitig einladen, diesen Vorschlag durch Ihre Stimme zu unterstützen und darf bei dieser Gelegenheit, ohne dem Kollegen Schrittwieser vorgreifen zu wollen, sagen, dass wir auch seinen Vorschlag entsprechend unterstützen werden.

Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für Kristina Edlinger-Ploder. (Beifall bei der ÖVP. – 11.23 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für den Wahlvorschlag.

Gemäß Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Beutl, Kröpfl und Graf je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraph 62 Absatz 2 GeoLT leere Stimmzettel ungültig sind. Ebenso sind nach Paragraph 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

Ich bitte die Abgeordneten Beutl, Kröpfl und Graf zu mir zu kommen.

Ich kann Ihnen das Wahlergebnis bekannt geben.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 54 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind zwei.

Gültige Stimmen sind 52.

Davon entfielen 52 Stimmen auf Mag. Kristina Edlinger-Ploder. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Es wurde daher Frau Mag. Kristina Edlinger-Ploder einstimmig zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Frau Mag. Kristina Edlinger-Ploder zu erklären, ob sie die Wahl annimmt.

**Mag. Kristina Edlinger-Ploder:** Ich nehme die Wahl sehr gerne an.

**Präsident:** Ich begrüße Frau Mag. Kristina Edlinger-Ploder als neu gewähltes Mitglied der Landesregierung und bitte sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Frau Landesrat Mag. Edlinger-Ploder hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr erstmals das Wort.

**Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder** (11.33 Uhr): Ich darf erstens dem Hohen Landtag, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, danken, dass Sie mir in so großem Maße die Zustimmung gegeben haben. Ich glaube, dass das ein gutes Zeichen ist.



Es ist schon angesprochen worden, ich stehe hier für zwei ganz große Gruppen. Das eine sind die Frauen, das andere ist zwar kein Verdienst, aber ist auf Grund meines Alters der Fall. Und ich glaube, dass es ein gutes Zeichen ist, hier eine politische Verantwortung in die Hände zu legen. Ich darf Ihnen versichern, ich werde diesen Auftrag mit sehr viel Respekt, Verantwortung, aber auch sehr viel Freude annehmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.33 Uhr.)

**Präsident:** Frau Landesrat, es begleiten dich meinerseits und namens des Landtages alle guten Wünsche.

Herr Landesrat Günter Dörflinger hat seine Funktion als Mitglied der Landesregierung am 8. April zu Beginn der Landtagssitzung zurückgelegt. Deshalb gilt es ein neues Regierungsmitglied zu wählen.

Ich ersuche um Bekanntgabe des Wahlvorschlages für ein neues Regierungsmitglied seitens der Sozialdemokratischen Partei.

Wortmeldung, Klubobmann Schrittwieser. Herr Klubobmann, bitte.

**Abg. Schrittwieser** (11.34 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorerst darf ich der neuen Landesrätin, Frau Mag. Edlinger-Ploder, herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Wir haben Ihnen deswegen das Vertrauen geschenkt, weil wir keine Vorurteile haben, sondern weil wir genau beobachten werden, wie Sie Ihre Arbeit verrichten. Das war ein Vertrauensvorschuss und wir hoffen, dass es auch Ihrerseits mit uns eine gute und sachliche Zusammenarbeit geben wird.

Ich freue mich ganz besonders, dass ich für meinen Klub als Nachfolger unseres Landesrates Günter Dörflinger Herrn Mag. Wolfgang Erlitz für die Wahl in die Landesregierung vorschlagen darf. Ich hoffe, dass dieser Vorschlag die Zustimmung dieses Hauses findet. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.34 Uhr.)

**Präsident:** Danke für den Wahlvorschlag.

Gemäß Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich ersuche nun die Abgeordneten Beutl, Kröpfl und Graf je einen Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten diesen wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen.

Auf den Stimmzettel ist der Name zu schreiben.

Ich weise darauf hin, dass gemäß Paragraph 62 Absatz 2 GeoLT leere Stimmzettel ungültig sind. Ebenso sind nach Paragraph 62 Absatz 5 GeoLT alle Stimmen, die nicht dem Parteivorschlag entsprechen, ungültig.

Ich bitte die Abgeordneten Beutl, Kröpfl und Graf zu mir zu kommen.

Ich kann das Wahlergebnis bekannt geben.

Meine Damen und Herren, die Stimmzählung hat ergeben:

Es wurden 54 Stimmen abgegeben.

Ungültige Stimmen sind zwei.

Gültige Stimmen sind 52.

Davon entfielen 52 Stimmen auf Mag. Wolfgang Erlitz. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Es wurde daher Herr Mag. Wolfgang Erlitz einstimmig zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt.

Ich ersuche Herrn Mag. Wolfgang Erlitz zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Mag. Wolfgang Erlitz:** Ich nehme die Wahl gerne an.

**Präsident:** Ich begrüße Herrn Mag. Wolfgang Erlitz als neu gewähltes Mitglied der Landesregierung und bitte ihn, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, meine Worte richten sich an die Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder und an den Landesrat Mag. Erlitz.

Namens des Hohen Hauses und auch in meinem Namen entbiete ich euch beiden meinen herzlichsten Glückwunsch aus Anlass eurer Wahl zu Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und wünsche beiden in den neuen Aufgaben einen guten Start sowie viel Freude und Erfolg im Interesse unseres Landes Steiermark. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Erlitz.

**Landesrat Mag. Erlitz** (11.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen!

Ich bin gefragt worden, ob es ein erhebendes Gefühl ist. Natürlich bewegt es einen, wenn man den Olymp betritt. Ganz hinauf kommt man nicht, da sitzt der Zeus klarerweise oben. Aber es ist ein erhebendes Gefühl, Mitglied zu sein. Es passiert einem ja nicht alle Tage und es wird auch nur wenigen zuteil, wie die Frau Landeshauptmann gesagt hat, Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung zu sein.

Ich darf mich jedenfalls ganz, ganz herzlich für dieses Votum bedanken, bei allen Damen und Herren meiner Fraktion, aber auch bei den Damen und Herren der beiden anderen Fraktionen, der ÖVP und der FPÖ, die mir diesen Vertrauensvorschuss gewährt haben. Ich werde mich bemühen, auch die Stimmen der Grünen noch zu erlangen. Ich hoffe, dass es mir gelingt, auch ihr Vertrauen zu gewinnen.

Ich bedanke mich aber auch bei allen Damen und Herren, die mich bis hierher begleitet haben, die mir auch geholfen haben, da herauf zu kommen. Natürlich am Beginn bei meinen Eltern, die mir das überhaupt ermöglicht haben, dass ich so weit gelangt bin, bei meiner Familie, bei meiner Gattin, bei meinem Sohn, bei meinen Verwandten, bei meinen vielen Freunden, auch Parteifreunden – das muss nicht immer etwas Schlechtes sein – und nicht zuletzt auch bei Günter Dörflinger, der mich in letzter Zeit fast fürsorglich in dieses neue Amt hineingeführt und mich auch in das eine oder andere Geheimnis eingeweiht hat.

Ich glaube, um das auch noch abschließend sagen zu dürfen, Gesundheitspolitik eignet sich nicht als Schlachtfeld für parteipolitische Auseinandersetzungen. Auf der Strecke bleiben Menschen, und ich glaube, das wollen wir alle zusammen nicht.

Ich nehme den Geist des Miteinanders für mich in Anspruch. Das heißt nicht, dass ich Konflikten aus dem Weg gehe, bei Gott nicht. Gerhard Hirschmann hat gesagt, Auseinandersetzungen sind auch so quasi das Rad des Fortschrittes, selbstverständlich. Aber trotzdem nehme ich den Geist des Miteinanders für mich in Anspruch und so sehe ich auch diese neue Geschäftseinteilung als ein Zeichen des Miteinanders, ein Zeichen der Kooperation. Und um diese Kooperation bitte ich ganz einfach, dass wir gemeinsam die Gesundheitspolitik weiter betreiben, die für die Menschen nur einfach dazusein hat, eine Gesundheitspolitik, die für alle da ist, für Alte und für Junge, dass auch in Zukunft alle Menschen dieses Landes die bestmöglich Versorgung, medizinische Versorgung aber auch pflegerische Versorgung in Anspruch nehmen dürfen. Dafür bitte ich und ich bedanke mich noch einmal ganz, ganz herzlich. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 11.46 Uhr.)

**Präsident:** Herr Landesrat, alle guten Wünsche begleiten dich.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung zur Durchführung einer Regierungssitzung im Rittersaal.

Weiters ersuche dich die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sich zur Beratung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1310/1, betreffend Anmietung von Räumlichkeiten im Haus Entenplatz 1 b durch das Land Steiermark und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1311/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallschaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Austrian Energy & Environment AG., 8020 Graz, Waagner-Biró-Straße 105 in Höhe von 3 Millionen Euro in den Steinernen Saal zu geben. (Unterbrechung der Sitzung: 11.46 bis 12.10 Uhr.)

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Vielleicht einige Gedanken zum Tag. Ein großes Ereignis, viel Freude, viel Glück! Und wir alle wollen eines dabei nicht übersehen, wir haben das Glück seit nahezu sechs Jahrzehnten in einem friedlichen Land zu leben, sodass sich ein Großteil unserer Bevölkerung gar nicht mehr vorstellen kann, was Krieg bedeutet. Wir kennen alle die furchtbaren Meldungen und Bilder aus den Medien, den wahren Krieg kennen wir nicht. 20 Tage währt nun der Krieg zwischen dem Irak auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten von Amerika und den Verbündeten auf der anderen Seite.

Ich bedaure, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den genannten Mächten einer Beschlussfassung des Welt sicherheitsrates entbehren. Der Wiederherstellung der vollen Autorität der Vereinten Nationen ist eine besondere Priorität zu geben. Der Dialog mit der arabischen Welt muss intensiviert werden, um eine Lösung des Nahostkonfliktes zu erreichen. Europa konnte bisher zu keinem gemeinsamen Standpunkt finden. Bedenklich!

Die Handlungsfähigkeit einer europäischen Union zu stärken muss Ziel und Aufgabe der künftigen europäischen Politik sein. Ich gebe an dieser Stelle, meine Damen und Herren, der Hoffnung Ausdruck, dass der Konflikt nur so wenig Menschenleben und Leiden wie möglich fordert und dass vor allem der Friede bald wieder hergestellt ist. Gedanken, die mich an diesem Tag auch begleiten, wenn es gilt, auch in diesem Landtag so schöne Stunden des Festes und der Freude, der Gratulationen mitzuerleben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich fahre nunmehr in der Tagesordnung fort. Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

**4. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1258/1, Beilage Nr. 163, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde an Dritte (Steiermärkisches Gemeindebediensteten-Zuweisungsgesetz) erlassen wird sowie die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Koller** (12.13 Uhr): Ich berichte zur Einl.- Zahl 1258/1, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde an Dritte erlassen wird sowie die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird.

In den vergangenen Jahren kam es wiederholt vor, dass Bedienstete der Gemeinde in Einrichtungen außerhalb der Gemeinde für einen längeren Zeitraum tätig waren. Eine Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde an andere Dienstgeber kann jedoch auch zum Zwecke eines Erfahrungsaustausches erfolgen. Mangels eines

allgemeinen Zuweisungsgesetzes ist die Bereitstellung von Bediensteten der Gemeinden nur nach den geltenden dienst- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen möglich, die jedoch nicht für eine derartige Zuweisung ausgerichtet sind.

Der vorliegende Gesetzesentwurf beinhaltet die allgemeinen Bestimmungen um eine Zuweisung von Bediensteten der Gemeinden zu Einrichtungen außerhalb des Dienstes bei der Gemeinde dienst- und besoldungsrechtlich korrekt durchführen zu können. Die Zuweisung soll unter Wahrung der Rechte und Pflichten der Bediensteten erfolgen. Es gibt drei Anlassfälle. Beim ersten Fall betreffend eine Änderung des Arbeitsumfanges oder den Entfall eines Arbeitsbereiches zur Gänze soll eine amtswegige Zuweisung für den Dienstgeber möglich sein. Die weiteren Fälle sind die besondere Qualifikation des Gemeindebediensteten oder die Verwendung eines Bediensteten bei einem anderen Rechtsträger zum Zweck der Aus- und Weiterbildung nur mit schriftlicher Zustimmung des Bediensteten möglich. Der Bedienstete verbleibt während der Zuweisung im Dienststand der Gemeinde. Die besoldungsrechtliche Stellung ändert sich nicht. Die Diensthoheit soll bis auf wenige Ausnahmen das beim jeweiligen Rechtsträger für Personalangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied ausüben. Der Instanzenzug soll an den Gemeinderat gehen. Das für Personalangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied unterliegt dem Aufsichts- und Weisungsrecht des Gemeinderates. Ich bitte um Beschlussfassung. (12.15 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 4 liegt mir nicht vor, daher schreite ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme darf ich eine Begrüßung vornehmen.

Im Auditorium sind die Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse der Volksschule Zwaring-Pöls unter der Leitung von Frau Volksschullehrerin Elisabeth Winter. Einen herzlichen Gruß! (Allgemeiner Beifall.)

Nunmehr bekomme ich die Notiz, dass die Schülerinnen des vierten Jahrganges der HLB Schrödingerstraße unter der Leitung von Mag. Werner Hainzl im Hause sind. Ich begrüße Sie im Auditorium und freue mich über Ihren Besuch! (Allgemeiner Beifall.)

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

**5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1308/1, betreffend Überprüfung des bodengebundenen Notarzttretungsdienstes des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. List** (12.16 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich berichte:

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 1. April 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 73, betreffend Überprüfung des bodengebundenen Notarzttretungsdienstes des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark, Einl.-Zahl 1308/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung des bodengebundenen Notarzttretungsdienstes des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (12.17 Uhr).

**Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter List. Ich erteile ihm das Wort, als Nächste Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

**Abg. List** (12.17 Uhr): Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Steiermärkischen Landtages!

Auf Regierungsebene wurde heute bereits ausreichend gedankt und gratuliert. Auf Landtagsebene habe ich jetzt für unsere Fraktion die Ehre, ein neues Mitglied bei uns recht, recht herzlich zu begrüßen. Es ist mir auch ein persönliches Anliegen. Er wurde schon vom Präsidenten und gemeinsam vom Landtag begrüßt. Es ist der Bürgermeister meiner Nachbargemeinde, Bürgermeister Werner Breithuber aus Seiersberg. Lieber Werner, herzliche Gratulation von unserer Seite und alles Gute für deine künftige Tätigkeit auch im Kreise von Graz-Umgebung.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zurück zur Tagesordnung, zum Tagesordnungspunkt 5. Hier darf ich beginnen. Rasche ärztliche erste Hilfe vor Ort leisten, um dadurch Menschenleben zu retten ist die oberste Aufgabe des bodengebundenen Notarzttretungsdienstes. Der Landesrechnungshof hat diesen Bereich des Roten Kreuzes unter die Lupe genommen und sehr genau geprüft. Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes ist eine Gebarungskontrolle und befasst sich ausschließlich mit dem bodengebundenen Notarzttretungsdienst in den Jahren 2000 und 2001 im Bundesland Steiermark. Dazu einige Anmerkungen aus freiheitlicher Sicht in diesem Haus im Landtag.

Die gesetzliche Grundlage ist das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz. Gemäß Paragraph 2 Absatz 3 hat das Land die überörtlichen Aufgaben des allgemeinen Rettungsdienstes wie hier den Notarztrettungsdienst wahrzunehmen. Im Prüfbericht werden das Österreichische Rote Kreuz und der Landesverband Steiermark in ihren Organisationen und Aufgabengebieten mit den möglichen zehn Leistungen und Diensten entsprechend den gültigen Satzungen dargestellt. Darauf gehe ich jetzt nicht näher ein, behaupte aber, dass das – dieses Spektrum – zu weitreichend gehalten ist. Die Prüfung, geschätzte Damen und Herren des Hauses, beschränkt sich nur auf den bodengebundenen Notarztrettungsdienst, das sind somit 13 Prozent des gesamten Rettungs- und Krankentransportes, eine dieser angebotenen und angeführten zehn Leistungen des Roten Kreuzes in der Steiermark. Umgerechnet auf den Gesamtumsatz des Österreichischen Roten Kreuzes, Landesverband Steiermark bezogen, beträgt der bodengebundene Notarztrettungsdienst zirka 7 Prozent.

Für die Gewährleistung des bodengebundenen Notarztrettungsdienstes hat das Land Steiermark mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark, seit 1991 Verträge abgeschlossen. Die Leistungen und Verpflichtungen des Vertrages zwischen Land Steiermark einerseits und Rotem Kreuz andererseits sind im Bericht detailliert angeführt.

Der Landesrechnungshof stellt fest, dass durch das weitgehend verwirklichte flächendeckende Notarztrettungssystem die notfallmedizinische Versorgung in der Steiermark gegeben ist. „Der Arzt wird zum Patienten gebracht!“ – Das ist auch das Ziel des steirischen Notarztrettungssystems. Der ausgebildete Notarzt kann bereits unmittelbar am Unfallort mit der notwendigen medizinischen Erstversorgung und Behandlung der Unfallopfer oder Patienten beginnen und anschließend ihre Transportfähigkeit herstellen. Das bedeutet für uns, ein Teil der medizinischen Behandlung wird vom Krankenhaus an den Unfallort, in den Notarztwagen oder in den eingesetzten Rettungshubschrauber verlagert.

Nach internationalem Standard muss ein Großteil aller Notfälle innerhalb von 15 Minuten von einem Notarzt mit dem eingesetzten Notarztwagen erreicht werden können. Diese 15-minütige Frist ist ausschlaggebend, vom Eingang der Notfallmeldung – Sie kennen alle die Notrufnummer 144 – in der zuständigen Einsatzleitstelle bis zum Eintreffen dieser Rettungsmittel am Notfallort, und bestimmt die Auswahl und die Anzahl der Stützpunktstandorte. Die Anfahrtszeit zum Einsatzort und die besondere topografische Situation unserer Steiermark waren Voraussetzungen für die Auswahl der insgesamt 23 Stützpunkte, um die Bevölkerung, die Steirerinnen und Steirer, notfallmedizinisch optimal versorgen zu können. Über die Gründung – das wissen Sie alle hier im Haus – und die Installierung der letzten vier Notarztrettungsstützpunkte, das sind Schladming, Weiz, Bad Aussee und Vorau, haben wir in den letzten Jahren öfters im Landtag diskutiert.

Zu diesen Stützpunkten wird zum Zeitpunkt der Überprüfung festgestellt, dass vom Stützpunkt Kalwang keine durchgehende Versorgung gegeben war. Das wurde zwischenzeitlich auch abgestellt und erledigt. Es gibt schon lange wieder die Versorgung vom Stützpunkt Kalwang aus. Auch die Situation im besonders sensiblen Aichfeld wird dargestellt. Die Bezirke Judenburg und Knittelfeld tragen dort die Kosten für drei Dienststellen. Für den Stützpunkt Zeltweg, dessen Vertrag mit Ende 2002 abgelaufen ist, wäre die Gesamtwirtschaftlichkeit unter Beachtung einer optimalen Versorgung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zu untersuchen. Ich hoffe, dass diese Beurteilung, die Prüfung und Abwägung auch mit dem Ergebnis geringer Einsparung zwischenzeitlich durchgeführt wurde.

Geschätzte Damen und Herren, die Beistellung der für den Notarztrettungsdienst ausgebildeten Notärzte und der Medikamente erfolgt durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft. Im Jahr 2001 betrug der Aufwand dafür 3,32 Millionen Euro. Der Rettungsbeitrag des Landes für den Notarztrettungsdienst betrug im überprüften Jahr 2001 1,42 Millionen Euro. Zu den Leistungen der Sozialversicherungsträger stellt der Landesrechnungshof im Bericht fest, dass diese in den Bundesländern unterschiedlich sind. Hier verlangt der Prüfer, der Landesrechnungshof, eine einheitliche sachlich gerechtfertigte Regelung der Beitragsleistungen.

Wir haben im Klub darüber diskutiert und werden diesbezüglich eine Initiative über den Bund starten. Wichtig ist, dass zuerst vorrangig geholfen wird und der Betroffene nicht gefragt wird, wer für die Leistungen später aufkommen wird. Ich glaube, das ist ein gutes System, „zuerst retten, helfen und dann erst die Kosten festlegen“ und den Kostenträger definieren.

Gleichzeitig aber zeigt der Landesrechnungshof auf, dass der Einsatz von Notfallsanitätern auf Grund der zeitaufwändigen Ausbildung immer größere Probleme bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern aufwirft. Er weist darauf hin, dass die Einhaltung der wesentlichen Vertragspunkte, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von Notfallsanitätern, in wiederkehrenden Zeitabständen überprüft werden sollte. Dazu müsste nach dem Rechnungshof ein Verzeichnis aller Sanitäter mit Notfallsausbildung vom Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Steiermark, erstellt und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

Ich hoffe und glaube, Sie sind meiner Überzeugung, dass es dieses Verzeichnisses unbedingt bedarf. Ich vermute, dass es dieses Verzeichnis bereits gibt und dass ebenfalls die weiteren Anregungen des Landesrechnungshofes, bezüglich Notfallsanitäter beim Notarztrettungsdienst, die im Bericht enthalten sind, ebenfalls umgesetzt werden.

Geschätzte Damen und Herren, ein paar Anmerkungen gestatten Sie mir noch. Im Jahr 2001 wurden vom Roten Kreuz in der Steiermark sage und schreibe 17.661 Notarzteinsätze durchgeführt. Diese 17.661 Notarzteinsätze haben wesentlich zur Lebenserhaltung von ungefähr 7000 Personen beigetragen. Umgelegt auf die Dreierteams, die im Einsatz sind – der Notarzt, sein Fahrer und der Notfallsanitäter –, sind das knapp 53.000 Helfer, die im Jahr 2001 eingesetzt waren. 53.000 Helfer für den Dienst an unseren Mitmenschen in der Steiermark.

Ich darf hier an dieser Stelle, und ich erlaube mir jetzt parteiübergreifend zu sprechen, allen diesen Helfern für diesen oft nicht leichten Dienst an der Allgemeinheit unsere Anerkennung ausdrücken. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Nochmals ein aufrichtiges Danke von dieser Stelle.

Für die 23 Stützpunkte, die in der Steiermark vorhanden sind, bedeutet das eine durchschnittliche tägliche Frequenz von zirka zwei bis drei Einsätzen. Pro Notarztinsatz fallen durchschnittliche Kosten von 207 Euro an. Der wesentliche Teil der Kosten jedes einzelnen Notarztstützpunktes resultiert aus dem Personalaufwand. Das sind 70 Prozent oder rund 160.000 Euro, der jährlich anfallenden Gesamtkosten jedes einzelnen Notarztstützpunktes. An Fahrzeugkosten werden 17 Prozent und weitere 13 Prozent für den Betrieb und Sonstiges beim Stützpunkt aufgewendet. Bei der Zuordnung der Kosten zu den jeweiligen Aufwendungsarten wird von den einzelnen Bezirksstellen nicht einheitlich vorgegangen. Das wird hier vom Landesrechnungshof bemängelt, weil dadurch auch kein exakter Kostenvergleich möglich ist. Die einheitliche Erstellung der Kostenrechnung für den gesamten Notarztrettungsdienst wird empfohlen. Aus Gründen der Kostenwahrheit und der Vergleichbarkeit der einzelnen Bezirksstellen untereinander wären alle tatsächlich anfallenden Kosten im Notarztrettungsdienst zu berücksichtigen. Durch die Erstellung einheitlicher Richtlinien und deren Anwendung kann dieser Mangel beseitigt werden. Auch hier hoffe ich im Sinne des Steiermärkischen Landtages, dass das bereits passiert.

Von den Gesamtkosten des Notarztendienstes betragen die geleisteten Rückersätze der Sozialversicherungen rund 32 Prozent. Der Beitrag des Landes betrug rund 40 Prozent und die Gemeindesubventionen rund 11 Prozent, die sich aus 9 plus 2 zusammensetzen.

Abschließend darf ich noch zur Finanzierung des Notarztendienstes feststellen, dass es insgesamt ein negatives Betriebsergebnis der letzten drei Jahre gibt, das sich auch in diesen drei Jahren gesteigert hat. Der Abgang liegt bereits bei rund 17 Prozent. Das sind 632.254 Euro im Jahr 2001. Pro Einsatz ist das ein Abgang von 36 Euro. Ich glaube und bin überzeugt diese Entwicklung muss begleitend beobachtet werden. Gegenwärtig werden die entstehenden Verluste im Notarztrettungsdienst durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, diverse Sammlungen und Veranstaltungen des Roten Kreuzes abgedeckt.

Auch die neue Mitgliederwerbaktion unter dem Motto „Hilfe in vielen Lebenslagen“ soll weitere Gelder bringen, und sei es nur durch eine Spende oder durch den jährlichen Mitgliedsbeitrag. Ich hoffe und wünsche mir, dass das Rote Kreuz viele, viele Mitglieder wirbt, denn es ist eine gute Sache, im Dienste des Roten Kreuzes tätig zu sein!

Geschätzte Damen und Herren, abschließend stelle ich zum Prüfbericht fest: Einige kleine Verbesserungen sind notwendig, um die Qualität unseres bodengebundenen Notarztrettungsdienstes zu steigern.

Insgesamt ist es für die Steiererinnen und Steierer ein beruhigendes Gefühl, sich im Bedarfsfall auf ein optimal funktionierendes Notarztsystem verlassen zu können. Wir alle hier im Hause können stolz sein auf die Leistungen dieser Menschen, die im Notarztrettungsdienst arbeiten! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.31 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Klubobfrau Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Eine weitere Wortmeldung gibt es derzeit nicht.

**Abg. Lechner-Sonnek** (12.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zwei Entschließungsanträge einbringen, als Folge dieses Rechnungshofberichtes.

Der Rechnungshofbericht hat darauf hingewiesen, dass im Bereich der Finanzierung die Rückersätze der Kosten der Rettung durch Sozialversicherung nur zu 32 Prozent gedeckt sind, dass der Rest durch Subventionen des Landes, und zwar in der Höhe von 40 Prozent der Kosten geleistet wird und dass die Gemeinden mit 11 Prozent mitfinanzieren, dass 17 Prozent der Gesamtkosten nicht gedeckt sind und überbleiben. Die jüngste Diskussion um die Wegekostenrichtlinien hat gezeigt, dass in Zukunft Unfallkosten aus einer Lkw-Maut auf Hochleistungsstraßen finanziert werden können. Uns ist das besonders wichtig, weil wir uns immer der Kostenwahrheit sehr verpflichtet fühlen und weil wir hier herinnen alle wissen, dass die tatsächlichen Kosten des Verkehrs meistens nicht sichtbar gemacht werden und deshalb Kosten der Allgemeinheit auferlegt werden, wo nach dem Verursacherprinzip andere Personengruppen beziehungsweise andere Institutionen eigentlich diese Kosten übernehmen müssten. Wir halten es im Sinne des Verursacherprinzips also für sinnvoll, die bestehenden Finanzierungsprobleme des Roten Kreuzes beziehungsweise des Rettungsdienstes zu verringern, indem man die Möglichkeit einer Finanzierung aus der Lkw-Maut nützt. Das gilt umso mehr, als man dem Roten Kreuz nicht zusätzlich zur ehrenamtlichen Tätigkeit im Rettungsdienst auch noch die Sorge für die Finanzierung einer Leistung aufbürden sollte, die ja uns allen zugute kommt und die die viel gepriesene Sicherheit des Bundeslandes Steiermark zu einem großen Teil ausmacht. Voraussetzung für diese Finanzierung des Rettungsdienstes ist aber eben diese klare Zuordnung der Kosten, also eine Kostenrechnung. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass diese Kostenrechnung bisher noch nicht ausreichend gegeben ist.

Der Antrag lautet daher:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Bundesregierung, den anderen Bundesländern, den Gemeinden und dem Roten Kreuz in Verbindung zu treten, um die Möglichkeiten einer Finanzierung des Rettungsdienstes aus Mitteln der Lkw-Maut im Zuge der Umsetzung der



Wegekostenrichtlinie zu nutzen und an das Rote Kreuz, Landesstelle Steiermark, heranzutreten, um die erforderlichen Voraussetzungen einer Finanzierung aus Mitteln der Lkw-Maut zu schaffen und dazu insbesondere eine entsprechende Kostenrechnung aufzubauen.

Ich ersuche Sie, diesen Antrag zu unterstützen, denn ich denke, es ist sehr wichtig, dass mit den realen Kosten gearbeitet wird und dass dem Verursacherprinzip entsprechend eine Kostenübernahme stattfindet. Das ist der Geist dieses Antrages.

Der zweite Entschließungsantrag befasst sich mit der fertig gestellten Focus-Studie über das Rote Kreuz. Wie Sie alle wissen hat das Beratungsunternehmen Focus im Auftrag und unter Mitfinanzierung der Landesregierung und des Roten Kreuzes eine Studie erstellt über Einsparungspotenziale beim Roten Kreuz. Diese Studie ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht worden. Ich war gestern bei einer Einsatzstelle des Roten Kreuzes in der Obersteiermark und habe dort dafür auch die Bestätigung erhalten, dass es ein Stillhalteabkommen oder eine Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Landesebene des Roten Kreuzes geben soll, dass diese Studie nicht öffentlich gemacht wird, sondern dass man daran unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten will.

Wir halten das insofern nicht für richtig, als schon jetzt absehbar ist, dass der Landtag mit diesem Thema befasst werden wird. Es steht ja die Frage im Raum, ob es zu einer Erhöhung des Rettungsschillings oder des Rettungseuros müsste man eigentlich sagen, kommen soll. Es scheint schon ziemlich sicher der Fall zu sein, dass wir uns mit dieser Frage hier beschäftigen werden müssen und wir halten es nicht für vertretbar, dass es hier eine Studie gibt, die das Land auch mitfinanziert hat, die diese Einsparungspotenziale aufzeigt, wir als jene, die damit weiter zu arbeiten haben, die die Situation dann beheben sollen, die Probleme beheben sollen, aber diese Informationen nicht bekommen, die für unsere Arbeit unerlässlich wären.

Wir haben deswegen folgenden Antrag einzubringen:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Focus-Studie über das Rote Kreuz unverzüglich den Landtagsklubs zu übermitteln.

Wir haben also den eigentlich erst eingereichten Text von Montag leicht abgeändert. Es geht uns jetzt darum, dass die Landtagsklubs, die sich mit diesem Thema eingehend auseinandersetzen müssen, diese Studie umgehend übermittelt bekommen sollen.

Ich ersuche Sie um Unterstützung dieses Antrages. Danke! (12.36 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dirnberger. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort, bitte.

**Abg. Dirnberger** (12.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf mich auch kurz zu diesem Thema zu Wort melden. Ich darf vorher den beiden neu gewählten und angelobten Landesräten alles Gute wünschen, Frau Mag. Edlinger-Ploder und Herrn Wolfgang Erlitz und auch dem neuen Kollegen von der SPÖ-Fraktion, ein Bürgermeister, ein Kollege von mir sozusagen, Herrn Breithuber, viel Erfolg wünschen.

Zu diesem Bericht hat Herr Kollege List schon sehr ausführlich Stellung genommen und er hat die Leistungen hervorgehoben und welche tolle Bereitschaft es in der Bevölkerung gibt, hier im Einsatz für die Mitmenschen tätig zu sein. Ich habe in diesem Bericht auch gesehen, dass es eigentlich in der Steiermark – und das war mir gar nicht so bewusst – drei Systeme gibt, das krankenhausgestützte System, wo der Notarztrettungswagen im Bereich des Krankenhauses bereitsteht und von dort ausfährt, das Rendezvous-System, wo der Notarzt einmal vorweg unterwegs ist zum Patienten und der Rettungswagen erst nachkommt, und dann gibt es auch gemischte Systeme. Die haben alle ihre Berechtigung im Lande, es hängt auch mit der Entfernung zusammen, weil grundsätzlich soll ja innerhalb von 15 Minuten der Notarzt beim Patienten sein.

Ich habe aber auch eines herausgelesen und das wurde auch vom Rechnungshof kritisch angemerkt, dass es bei der Notfallsanitäterausbildung im Bund eine Veränderung gegeben hat. Und es mag durchaus positiv sein, dass es eine bessere Ausbildung gibt, aber man sieht auch, welche Auswirkung so eine Gesetzesänderung hat, dass diese neue Ausbildung natürlich sehr zeitaufwendig ist und eigentlich die Bereitschaft, die Notfallsanitäterausbildung in der Freizeit zu machen, ständig abnimmt. Da sieht man, dass man bei solchen Gesetzesbeschlüssen auch sehr vorsichtig sein sollte.

Zu diesen beiden Entschließungsanträgen darf ich nur erwähnen, wir werden mit beiden mitgehen, wobei auf der einen Seite es sehr wichtig und richtig ist, dass natürlich die Kosten angepasst werden und das Rote Kreuz die dementsprechende Unterstützung bekommt.

Auch die Focus-Studie wird ja in den Landtag kommen, damit haben wir an sich kein Problem. Ich möchte aber nur betonen, dass natürlich auch auf Seiten des Roten Kreuzes Handlungsbedarf besteht und dass es durchaus auch möglich ist, schwarze Zahlen zu schreiben. Ich habe gestern im Bezirk Voitsberg eine Dienststellenausschuss-Sitzung gehabt, wo ich mit dabei sein durfte und hier wurde der Rechnungsabschluss des Jahres 2002 vorgelegt. Es konnte erfreulicherweise festgestellt werden und das ergibt auch der Rechnungsabschluss, dass wir seit einigen Jahren wieder eine Rücklage bilden und schwarze Zahlen schreiben konnten. Das ist darauf zurückzuführen, dass auf der einen Seite beim Personal wirklich ein Sparkurs gefahren wurde und wir nur eine Dienststelle im Bezirk haben. Vor einigen Jahren wurde ja vehement versucht, eine zweite Dienststelle zu errichten und wäre diese gekommen, dann bin ich mir völlig sicher, dass es nicht mehr möglich wäre, hier schwarze Zahlen zu

schreiben. Und eine Schließung einer einmal eröffneten Dienststelle ist in der heutigen Zeit fast unmöglich. So gesehen, glaube ich, ist es schon wichtig, auf der einen Seite, dass die öffentliche Hand wirklich schaut, wo kann man neue Finanzierungsquellen erschließen, auf der anderen Seite ist auch das Rote Kreuz gefordert, dementsprechende Sparmaßnahmen zu ergreifen, um genau zu durchleuchten, wo kann eingespart werden und dazu, nehme ich auch an, hat die Focus-Studie gedient.

In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit und wir werden beiden Entschließungsanträgen zustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.40 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Offenlegung der Focus-Studie über das Rote Kreuz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Finanzierung des Österreichischen Roten Kreuzes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

#### **6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1259/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2001.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Rauch** (12.42 Uhr): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Ich verlese den Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1259/1, betreffend den Wissenschaftsbericht 2001.

Der Fachabteilung 6A Wissenschaft und Forschung oblag auch im Jahr 2002 die Aufgabe, prägnante Berichte über die vorjährigen Wissenschafts- und Forschungsförderungen des Landes Steiermark zusammenzustellen und mit dem „Wissenschaftsbericht 2001“ in einem Band zu vereinen.

Der heuer vorgelegte Wissenschaftsbericht 2001, Bericht über die Wissenschafts- und Forschungsförderung des Landes Steiermark, zeichnet sich durch seinen Handbuchcharakter aus, soll seiner verstärkten Servicefunktion gerecht werden und entspricht auch in dieser Hinsicht jenem des Vorjahres; statistische und sonstige Daten wurden entsprechend aktualisiert. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit galt es hingegen, einzelne Abweichungen vorzunehmen: bedingt durch die Euroumstellung, die zwar erst mit 1. Jänner 2002 in Kraft trat, werden finanzielle Summen innerhalb des Textes sowohl in österreichischen Schilling als auch in Euro angegeben, ebenso sind die Dienststellen des Landes bereits mit ihren neuen Abteilungs- und Fachabteilungsbezeichnungen angeführt. Ergänzend zu den Beiträgen einzelner Dienststellen und Forschungsinstitute informiert der Bericht der Joanneum Research Forschungsgesellschaft über die Forschungslandschaft in Österreich und insbesondere in der Steiermark und setzt diese in Vergleich zu internationalen und europäischen Entwicklungen.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge zeichnen die jeweiligen Autorinnen und Autoren der Abteilungen, Dienststellen, wissenschaftlichen Vereine und Institutionen verantwortlich, für die redaktionelle Gesamtkoordination die Fachabteilung 6A. Für Layout und professionelle Aufbereitung der einzelnen Beiträge konnte, wie in den vorangegangenen Jahren, die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. gewonnen werden.

Nach Beschlussfassung der Steiermärkischen Landesregierung wird der Wissenschaftsbericht 2001 von der Fachabteilung 6A Wissenschaft und Forschung veröffentlicht und wäre sodann dem Landtag zur Kenntnis und Information vorzulegen.

Als Adressaten- und Rezipientenkreis wären neben den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern die wissenschaftlich interessierte Fachwelt und Medien angesprochen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt zufolge seines Beschlusses vom 1. April 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung für das Kalenderjahr 2001 über die Wissenschafts- und Forschungsförderungen des Landes Steiermark mit beigelegtem Geschäftsbericht der landeseigenen Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH. wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (12.45 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Ich danke. Herr Abgeordneter, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Bitte.

**Abg. Dr. Rauch** (12.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus!

Es ist natürlich schon ein bisschen ein Ärgernis, wenn im April 2003 der Wissenschaftsbericht 2001 beschlossen werden soll. Ich glaube, dass das auch im Zeitalter des Computers nicht mehr ganz selbstverständlich ist. Der Grund – und das sei mit Nachdruck hier betont – ist nicht in der Landesverwaltung zu suchen. Er liegt darin, dass wir bei diesem Bericht eine Fülle von unterschiedlichen Berichten von Universitäten, von Forschungseinrichtungen im Land, Technikum Joanneum, Joanneum Research, Campus Graz haben und vor allem, dass wir eine Fülle von statistischen Zahlen benötigen, die von der Statistik Austria geliefert werden. Diese, gerade die Zahlen der Statistik Austria, brauchen erfahrungsgemäß am längsten. Aber wir brauchen Zahlen, denn wir im Landtag sollen politisch auf solche Berichte reagieren können. Und das ist im Jahre N plus 2 deutlich schwieriger, als wenn wir im Folgejahr diese Zahlen hätten.

Nun aber zum Inhalt: Was sind die wichtigsten Punkte, die mir aufgefallen sind? Österreich liegt im Bereich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung noch immer unter dem Durchschnitt der EU und unter dem OECD-Durchschnitt. Das ist ein nationales Ärgernis. Ein Land wie Österreich sollte wirklich seinen Ehrgeiz daransetzen, zumindest den Durchschnitt dieser Ländergruppen zu erreichen. Aber – und das ist das Positive – in den letzten drei Jahren hat es einen deutlichen Sprung in der Statistik gegeben. Wir liegen jetzt mit 1,91 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wenigstens nicht mehr im hinteren Feld der Nachzügler sondern im guten Mittelfeld. Wir haben einige Länder – Kanada, Italien, Norwegen, Australien – mittlerweile auch überholen können. Das ist ein großer Erfolg der Wissenschaftspolitik in unserem Land, der in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet wird.

Forschungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen, und wenn wir hier verstärkt Akzente setzen, ist das nur zu begrüßen.

Das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung, auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kommen, und damit über EU- und über OECD-Schnitt zu liegen, wird nicht leicht werden. Dazu müssen vor allem die Unternehmen motiviert werden, nicht weil der Staat das Geld nicht ausgeben will, sondern weil in Österreich gerade dieser Unternehmensbereich im internationalen Vergleich besonders zu wünschen übrig lässt.

Soviel zur Lage österreichweit. Wo stehen wir im Bundesvergleich in der Steiermark? Nun, wir liegen bei den Forschungsaufgaben der Länder absolut seit Jahren nach Wien auf Platz zwei. Allerdings sind Oberösterreich und Kärnten uns schon relativ nahe gerückt. Wir sollten als Ziel haben, dass wir diesen zweiten Platz nicht verlieren.

Relativ, also pro Kopf der Bevölkerung oder in Prozenten des Budgets gerechnet, liegen wir auf dem dritten beziehungsweise vierten Platz. Hier sollten wir schon den Ehrgeiz aufbringen, unsere Position innerhalb von Österreich zu verbessern.

Dazu könnte und wird hoffentlich der Zukunftsfonds beitragen, der im Berichtszeitraum gegründet worden ist. Ich halte ihn für eines der wichtigsten Ereignisse im Jahr 2001. Dieser Fonds, der mit über 7 Millionen Euro, das waren damals noch 100 Millionen Schilling, dotiert ist, wird von Privatisierungserlösen und vom Zinsendienst gespeist. Es gab in der ersten Runde zirka 500 eingereichte Projekte, von denen 80 bewilligt werden konnten. Das ist, meine Damen und Herren, ein exzellentes Zeugnis für die Innovationskraft des Zukunftslandes Steiermark. Und es ist eine sinnvolle Politik, wenn wir diese Finanzierungserlöse in Chancen für unsere Jugend stecken.

Daneben muss es Ziel unserer Politik sein, Forschungsmittel des Bundes und der EU in unser Land umzuleiten. Hier liegen wir beim FWF, dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, gut im Rennen – zweiter Platz hinter Wien, das allein mehr als die Hälfte der Mittel bekommt.

Beim FFF, dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, sind wir hinter Wien und Oberösterreich am dritten Platz. Und im fünften EU-Rahmenprogramm, wo es darum geht, Mittel aus Brüssel in die Steiermark zu holen, liegen wir hinter dem uneinholbaren Bundesland Wien auf Platz zwei. Ich habe hier bewusst die sportliche Form der Plätze und Rangergebnisse gewählt, denn wir müssen uns daran gewöhnen – und das sage ich jetzt vor allem aus der Universität kommend –, dass Forschungsstätten in einen Wettbewerb treten um die besten Bedingungen für Forscherinnen und Forscher, für Studierende und für Mittel. Ich bin überzeugt, dass die Universitäten das auch sehr schnell lernen werden, weil wir durch die neue Universitätsgesetzgebung die Möglichkeit haben, sehr viel besser als in der Vergangenheit mit der Profilbildung der Universitäten auf die Herausforderungen von mehr Wettbewerb im Forschungsbereich zu reagieren.

Wer den Wissenschaftsbericht aufmerksam liest wird feststellen, dass die Universitäten schon jetzt auf die Möglichkeit, sich selbst darzustellen, sehr unterschiedlich reagieren. Glückwunsch an diejenigen Universitäten, die das erkannt haben und in prägnanter und umfangreicher Form hier mit ihren Darstellungen reagieren und jene, die bloß eine Seite Statistik abgeliefert haben, die werden sicher in Zukunft anders auf diese Möglichkeit antworten. In gewohnt professioneller Weise stellt sich Joanneum Research mit stetig wachsender Betriebsleistung bei eingefrorener Basisfinanzierung dar. Technikum Joanneum ist, wie der gesamte Fachhochschulsektor in Österreich auf dem Weg von einer Pionier- und Aufbruchsphase in eine Phase der Konsolidierung.

Ein gewisses Problem müssen wir wohl von Landesseite bei den Kompetenzzentren sehen. Hier wird das Land vom Bund laufend vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Bund beschließt Förderungen, bei denen das Land mitzahlen muss. In die Entscheidungsfindung des Bundes sind wir dagegen nicht eingebunden, vor allem bei den KPlus-Zentren. Diese finanzielle Problematik verschärft sich vor allem bei der Fortführung der Kompetenzzentren nach deren siebenjähriger Förderperiode, wenn sich der Bund aus der Finanzierung verabschiedet. Wir

in der Steiermark haben einige exzellente KPlus-Zentren, MCL in Leoben, ACC in Graz mit hervorragenden Zwischenevaluierungsergebnissen nach dem vierten Jahr und hier werden wir überlegen müssen, wie es weitergeht und den Bund auch aus seiner Verantwortung nicht entlassen können.

Trotzdem ein alles in allem sehr erfreulicher Bericht. Kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, aber weiterhin ein Anlass alles zu tun, um in der Forschung und Entwicklung in der Steiermark weitere Akzente zu setzen. Wir müssen Private ermuntern, wir müssen die Wirtschaft ermuntern, mehr zu tun, wohlwissend, dass die Hauptverpflichtung nach wie vor beim Staat liegt. Die Industrie investiert in die Gegenwart, der Staat investiert in die Zukunft. Ich schließe mit herzlichem Dank an alle Damen und Herren, die am Zustandekommen dieses Berichtes beteiligt waren, vor allem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilung 6A unter der Leitung von Hofrat Dr. Peter Piffel-Percevic (Beifall bei der ÖVP.), den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller anderen Dienststellen des Landes, die mitgewirkt haben, den Universitäten, Forschungseinrichtungen, Campus Graz, Technikum Joanneum und natürlich Joanneum Research. Sie alle machen Forschung oder sie machen Forschung möglich und Forschung ist die Zukunft für unser Land. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP und der FPÖ. – 12.55 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Kröpfel. Ich erteile es dir.

**Abg. Kröpfel** (12.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landesrat, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Prof. Rauch hat schon erklärt, warum dieser Wissenschaftsbericht 2001 uns erst jetzt erreicht. Ich habe schon vermutet, dass es an der Euroumstellung und Berechnung liegt, aber das wäre für einen Wissenschaftsbericht ja wirklich etwas Fatales gewesen. Insgesamt gesehen, muss ich sagen, ist dieser Bericht sehr umfangreich, sehr interessant und aufschlussreich wie immer. Er stellt die österreichische und auch die steirische Situation im Bereich Forschung und Entwicklung sehr gut dar. Was mir am Anfang ein bisschen aufgestoßen hat, als ich diesen Bericht gelesen habe, das waren, in den einleitenden Worten von Frau Landeshauptmann und auch von Herrn Landesrat Paierl die Begriffe Humankapital, Intellektualkapital. Das hat für mich schon so ein bisschen einen neoliberalistischen Ansatz auch in Forschung und Entwicklung. Ich glaube, das sollten wir eigentlich nicht haben.

Forschung und Entwicklung, verehrte Damen und Herren, kann man aber nicht als ein Land isoliert sehen, sondern da muss man immer den internationalen Vergleich und auch den Überblick beachten. In der EU wird die Vereinfachung der Durchführung von Förderung derzeit angestrebt. Eine stärkere Vernetzung der Akteure in Forschung und Wirtschaft wird vor allem forciert.

Ein paar Ziele aus dem sechsten EU-Rahmenprogramm mögen das erläutern. Punkt eins, stärkere Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Forschungsbereichen. Der Punkt zwei, eine engere Verbindung zwischen nationalen, regionalen und europäischen Förderinstitutionen zur Vermeidung von Parallel- und doppeltem Geldeinsatz ist ein Ziel. Punkt drei, Schaffung von Mechanismen, die es erlauben, auf politische Umstände und unvorhergesehene Ereignisse schneller und flexibler zu reagieren. Ein vierter Punkt, eine Vereinfachung und Straffung der Durchführungsbestimmungen. Ein fünfter Punkt, dezentralisierte Verwaltungsverfahren und schlussendlich neue Förderformen sollen in der EU überlegt und umgesetzt werden. Es ist außerdem eine Tendenz zu größeren Projekten mit längeren Laufzeiten zu erkennen und außerdem soll stärkere Programm- und Projektorientierung angestrebt werden. Das ist, glaube ich, ein großes Ziel, das die EU hat und davor werden wir uns nicht verschließen können.

Nun noch ein paar Worte zur Situation in Österreich. Aus dem Forschungs- und Technologiebericht 2002, der im Bund übrigens schon vorliegt, geht hervor, dass Österreich im Bereich Forschung und Entwicklung – und Herr Kollege hat es schon herausgestrichen – weiterhin großen Handlungsbedarf hat. Forschung und Entwicklung und auch diese Zahlen darf ich hier nur noch wiederholen, haben im Jahre 2002 1,91 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, das sind 4,2 Milliarden Euro. Und das, was jetzt für uns wirklich auffällig ist, ist dabei, dass die treibende Kraft hinter diesen Forschungs- und Entwicklungsgeldern, vor allem aus der öffentlichen Hand kommt, dass also die Wirtschaft da noch gewaltig nachhängt. Österreich liegt – und auch das wurde schon gesagt – im Mittelfeld in der Europäischen Union knapp unter dieser Grenze. Aber wir liegen im OECD-Vergleich deutlich darunter, denn der OECD-Schnitt liegt bei 2,21 Prozent. Wenn wir noch einen Ländervergleich anstellen, da ist natürlich nur ein Vergleich sinnvoll, der mit Ländern mit ähnlichen Einkommensstrukturen vergleicht, also Länder wie Belgien, Niederlande, Japan oder sogar Irland, dort schneidet Österreich noch um etwas schlechter ab. Das heißt also, Österreich muss sich sehr anstrengen, um hier die Anteile im Forschungsbereich aufzuwerten. Im Regierungsprogramm der jetzigen Regierung ist ja erfreulicherweise zu lesen, dass die Mittel auf 2,5 Prozent erhöht werden sollen, aber erst im Jahre 2006, versprochen ist es uns schon 2005 geworden. Das war aber noch die Vorgängerregierung, vielleicht kann es diese jetzt einhalten. Wenn Österreich die vom Europäischen Rat in Barcelona vorgegebene Forschungs- und Entwicklungsquote von 3 Prozent im Jahre 2010 tatsächlich erreichen will, dann müssten im Jahre 2010 real um 3,3 Milliarden Euro mehr Mittel für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden als 2002. Das würde eine Steigerung um 75 Prozent bedeuten. Ob das diese Regierung bei dem Sparwillen, den sie hat, auch tatsächlich umsetzt, da bin ich neugierig. Zu wünschen wäre es!

Eine weitere Vorgabe des Rates ist, dass die Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu zwei Drittel von der Industrie und nur mehr zu einem Drittel von der öffentlichen Hand erfolgen sollten. Um das Ziel, 2,5 Prozent unter den oben angeführten Bedingungen im Jahr 2006, zu erreichen, müsste die öffentliche Hand im Zeitraum 2003 bis 2006 769 Millionen Euro zusätzlich gegenüber dem Niveau von 2002 investieren. Der Brocken für die Wirtschaft würde für diesen Zeitraum, zusätzlich zu dem was 2002 bereits ausgegeben wurde, rund 1,5 Milliarden Euro betragen. Also wesentliche Anstrengungen sind notwendig.

Technologiepolitisch wäre das Erreichen dieses Zieles äußerst sinnvoll. Ob es bei den österreichischen Wirtschaftsstrukturen tatsächlich umgesetzt werden kann, ist derzeit noch zu bezweifeln. Daher ist diese Sondertranche, die diese Regierung beschlossen hat – diese 600 Millionen Euro – sicherlich zu begrüßen, aber es wird wahrscheinlich nicht reichen. Die Regierung wird im Forschungs- und Entwicklungsbereich noch einmal hineingreifen müssen.

Nun darf ich aber auch noch kurz zum Land Steiermark kommen. Herr Professor Rauch hat schon geschildert, dass wir in der Steiermark relativ gut liegen, im Bundesländervergleich. Das ist begrüßenswert, das finde ich auch wirklich toll und es ist anerkennenswert.

Im Jahre 2001 waren Landesausgaben für Forschung und Entwicklung in der Höhe von 41,27 Millionen Euro, das sind 1,2 Prozent des Gesamtbudgets. Was dabei aber zu beachten ist, dass in der Steiermark auch das Universitätsklinikum da mit eingerechnet ist und dass sich daraus schon ein bisschen ein höherer Betrag ergibt.

Erfreulich auch die Situation bei Joanneum Research. Diese Forschungsgesellschaft ist die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die im Besitz des Landes ist.

Und jetzt zu etwas ganz Erfreulichem dort: Zwei Drittel der Aufwendungen erwirtschaftet das Joanneum Research selbst, und das ist wirklich zu beachten. Dafür gilt all jenen, die dort tätig sind, dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ein herzlicher Dank. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Was aber bei den Förderstellen des Landes besonders auffällt – und jetzt komme ich schon zu etwas, wo Sie angesprochen sind, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ist die große Zersplitterung dieser Förderstellen. Es gibt insgesamt 14 Förderstellen in diesem Land, und das ist doch etwas unüberschaubar.

Deshalb ein paar Anregungen, wenn Sie erlauben, aus meiner Sicht: Bei einer Zusammenlegung der Förderstellen könnten Einsparungen gemacht werden, es könnten Synergien genutzt werden. Außerdem wäre das eine wesentliche Vereinfachung für die Förderwerber, die sich oft in diesem Dschungel nur sehr schwer zurechtfinden. Durch die Abstimmung der Aufgabenbereiche und Neufestlegung von Kompetenzen könnte man in Zukunft Mehrfachzuständigkeiten vermeiden.

Wünschenswert wäre ein forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept der Landesregierung mit konkreten und quantifizierten Unternehmenszielen.

In einem Landesförderungsprogramm, das auch aufgestellt werden sollte, müssten bereits im Vorfeld ganz klar definiert die Ziele für den Mitteleinsatz festgelegt werden. Ferner ist eine Absteckung des Einsatzbereiches und ein standardisiertes Controlling unbedingt notwendig. Die Fachabteilungen sollten sich auf ihre Kernfunktionen, das sind für mich strategische Ausrichtungen, strategisches Controlling, beschränken und den operativen Teil möglichst auslagern.

Wichtig erscheint mir auch, dass sich das Landesförderungsprogramm an den Intentionen der EU orientiert, damit wir auch von dort wirklich noch mehr Geldmittel in die Steiermark zurückbekommen.

Als besonders erfreulich würde ich es ansehen, wenn die Zusammenarbeit zwischen dem Land – auch das hat der Herr Prof. Rauch schon angeschnitten – und dem Bund, aber auch zwischen den Bundesländern noch forciert werden könnte und ausgebaut werden würde.

Abschließend, verehrte Damen und Herren, aus aktuellem Anlass noch ein paar Worte zur Fachhochschule. Wir haben 16 solcher Fachhochschulstudiengänge in der Steiermark und diese sind durchaus erfolgreich. Ich glaube, sie tragen einen großen Beitrag zur Forschung und Entwicklung.

Wenn ich heute aus der „Kleinen Zeitung“ entnehmen muss, dass es – und jetzt zitiere ich wörtlich – um Umschichtungsanträge geht es hier. „Reserven aus dem Fachhochschulbereich in der Höhe von 1,5 Millionen Euro wollte der Herr Landesrat Paierl einen Tag bevor Edlinger-Ploder das Ressort übernimmt einer Auto-Design-Ausstellung zuführen, die drei Wochen lang laufen wird und 2,1 Millionen Euro bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft aus dem Titel Zuschüsse zur Abwicklung von Fördermaßnahmen sollen in den PR-Topf gebündelt werden.“

Ich glaube, Herr Landesrat Paierl – er ist jetzt nicht da –, das wäre der falsche Weg, wenn wir Mittel aus der Forschung, aus dem Fachhochschulstudienbereich herausnehmen und das einem Designer, einem PR-Projekt, übermitteln.

Ich glaube, die neue Frau Landesrat ist hier schon gefordert. Um diese Mittel muss sie auch tatsächlich kämpfen, denn 1,5 Millionen gehen der Forschung wirklich sehr, sehr ab.

Abschließend noch einen herzlichen Dank an all jene, die diesen Wissenschaftsbericht 2001 erstellt haben. Er ist übersichtlich, er ist wirklich ein Nachschlagewerk für alle jene, die an Wissenschaft und Forschung ein Interesse haben.

Eine Hoffnung zum Abschluss: Möge uns der Wissenschaftsbericht 2002 etwas früher erreichen als der von 2001. (Beifall bei der SPÖ. – 13.06 Uhr.)



**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Graf** (13.07 Uhr): Frau Präsident, werte Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe in diesem Wissenschaftsbericht mich einerseits mit dem Bereich Universitäten auseinandergesetzt und auch mit den Fachhochschulen und ich denke, das ist ein sehr erfreulicher Bereich. Beispielsweise im Bereich der Universitäten gibt es Statistiken, die besagen, dass im Teilbereich Musik und Kunst die Studentenzahlen sehr stark angestiegen sind – von 118 im Jahr 1999 auf 183 jetzt – und in einer zweiten Statistik, betreffend Studenten allgemein, wird angeführt, dass die Studentenzahlen seit 1998 gleichbleibend sind. Ich denke doch, das ist zurückzuführen auf unsere sehr guten Universitäten, auf unser hohes Niveau und auch auf die Studienbeihilfen, die wir für Studenten gewähren, einerseits vom Bund als auch andererseits vom Land. Es gibt hierzu eine Statistik, wo angeführt ist, dass es 53 Normalstipendien vom Land Steiermark gegeben hat, 20 Begabtenstipendien und 55 Auslandsstipendien, jeweils mit Anforderungen, wie Studienerfolg, EU-Staatsbürgerschaft und Wohnsitz in der Steiermark.

Außerdem gibt es auch Studienbeihilfen für studierende Mütter und Väter – das ist auch ein erfreulicher Bereich –, Mensabeihilfen für Studierende und Stiftungsfonds der Diplomakademie.

Zum Bereich der Fachhochschulen: Neben den Unis gibt es am Campus Graz die Fachhochschulstudiengänge der Wirtschaft mit dem WIFI als Träger mit 462 Studierenden in hauptsächlich berufsbegleitenden Gängen, wie Automatisierungstechnik, IT und IT-Marketing und auch neu Rechnungswesen und Controlling. Auch das Technikum Joanneum GmbH. tritt als Träger für Fachhochschulstudiengänge auf, mit Industrieller Elektronik, Industriewirtschaft, Infrastrukturwirtschaft, Internettechnik und -management, und das alles in Kapfenberg – das freut mich natürlich besonders – und separat noch neun Studienrichtungen in Graz und eine in Bad Gleichenberg. Zusätzlich dazu hat es wieder weitere fünf neue gegeben und noch weitere sind geplant.

Ich denke, wir sollten diesen wichtigen Bereich, nämlich diese 16 Fachhochschulstudiengänge, die schon bestehen, weiter gemeinsam in diese Richtung ausbauen.

Neben diesen zwei erfreulichen Bereichen widmet sich der Wissenschaftsbericht 2001 ausführlich der Forschungslandschaft und das wurde ja schon ausführlich von meinen Vorrednern hier besprochen.

Auch wenn wir in diesem Bereich noch sehr viel tun können, wird auch im Bericht besonders hervorgehoben, dass die Steiermark mehr als ein Sechstel der Mittel aus dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erhält und ebenso bei Förderprogrammen der Europäischen Union, beispielsweise erfolgreiche Beteiligung am fünften EU-Rahmenprogramm, ganz vorne mit dabei ist und somit einen Großteil der Fördermittel im österreichischen Vergleich erhält.

Außerdem investiert die Steiermark selbst beispielsweise 2001 41,3 Millionen Euro und diese Investitionen gelten als wichtige Faktoren für den langfristigen Erfolg eines Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb.

Ich danke allen, die an diesem Bericht beteiligt waren und mitgearbeitet haben. Ich danke aber auch unserem Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, der nicht nur für den Bereich Forschung zuständig ist, sondern wirklich darum bemüht ist und sich auch damit identifizieren kann und deshalb dürfen wir uns noch auf fachlich fundierte Ausführungen zum Forschungsbereich freuen. Danke im Vorhinein!

Nun zum Entschließungsantrag der Grünen mit mehr oder weniger keinem Zusammenhang zu diesem Thema, aber es wird hier aufgefordert, davon abzusehen, dass politische Fraktionen Druck machen bei diversen Bestellungen. Ich denke, ich bin hier nicht in der Lage, für unsere Fraktion zu beurteilen, ob diese politische Einflussnahme tatsächlich passiert ist. Es ist nicht nachvollziehbar für uns und daher nicht zu beurteilen. Grundsätzlich jedoch kann ich sagen, kennen Sie unsere Haltung in diesem Bereich und es geht da nicht nur um Lehrer-, Leiterbestellungen oder auch wie in diesem Fall um Rektorenbestellungen, denn es darf keine – und ich meine wirklich keine – Partei in diesen Bereich einen derartigen Einfluss nehmen, sondern es sollte wie auch immer in objektiven Auswahlverfahren der beste Kandidat beziehungsweise die beste Kandidatin ermittelt und auch bestellt werden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Es gibt ja auch wie gesagt Schulleiter, Schuldirektorenbestellungen, wo wir auch wissen, dass es hier nicht lauter unschuldige Fraktionen gibt, sondern die SPÖ und auch die ÖVP in diesem Bereich sehr massiv intervenieren und auch hier bei den Leiterbestellungen mitunter sehr groß mitmischen. Also da bin ich sehr neugierig, wie sich die anderen Fraktionen hier bei diesem Antrag verhalten werden, wenn sie es in anderen Bereichen sehr wohl auch selbst tun. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 13.12 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Lechner-Sonnek** (13.13 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zu einer aktuellen Situation im Wissenschaftsbereich äußern und einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen. Sie haben das sicher in den Medien verfolgt, der Chef der Jungen ÖVP, Sven Pöllauer, hat mit der Aktionsgemeinschaft zusammen eine Klage angedroht, und zwar hat er angedroht, den Rektor Zechlin dafür zu klagen, dass es zu wenig Studienplätze im sozialwissenschaftlichen Bereich gibt. Das ist natürlich ein Tatbestand, den wir auch schon öfter hier angeklagt haben. In der Sache ist es auch richtig, dass es nicht haltbar ist, dass es zu wenig Studienplätze, zu wenig Studienmöglichkeiten gibt, in einer Zeit, in der wir alle wissen, dass universitäre Ausbildung auch für die Wirtschaftskraft eines Landes unerlässlich ist und in einer

Zeit, in der diese Ausbildung gefördert gehört. Was aber Sven Pöllauer hier versucht zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht vertretbar. Er versucht nämlich etwas, wofür ganz jemand anderer zuständig ist, dem Rektor aufs Auge zu drücken. Sie alle wissen, dass der Rektor nicht die Befugnis hat zu sagen, wir brauchen ein paar Studienplätze, her mit dem Geld, wir richten jetzt diese Studienplätze ein. Sven Pöllauer hätte eigentlich eine ganz andere Möglichkeit, vielleicht eine größere als die Studentenvertreterinnen und Studentenvertreter, die den Grünen oder der SPÖ oder der FPÖ nahe stehen, nämlich sich direkt an die Ministerin seiner eigenen Partei zu wenden. Das Ministerium entscheidet über die Ressourcenvergabe im Bereich der Universitäten, meine Damen und Herren, und mit Sicherheit nicht die einzelnen Rektoren, denn ich nehme doch an, dann würde die Situation an den verschiedenen Unis anders ausschauen.

Was hier versucht wird, hat, so denke ich, das ist ziemlich deutlich sichtbar, nicht wirklich mit den Studienplätzen im sozialwissenschaftlichen Bereich zu tun, ist auf jeden Fall keine taugliche Lösung, um zu mehr Studienplätzen zu kommen. Da fragt man sich natürlich unwillkürlich, was soll hier wirklich versucht werden, worum geht es denn eigentlich in dieser Aktion Klage in Bezug auf Studienplätze, Klage, die sich an den Rektor richtet, der überhaupt nichts dafür tun kann. (Abg. Gödl: „Stimmt ja nicht!“)

Es fällt auf, dass derzeit die Ausschreibung läuft für die Neubesetzung der Funktion des Rektors. Sie haben gehört, dass diese Ausschreibung schon einmal gelaufen ist, dass diese Ausschreibung nun von der Gleichbehandlungsbeauftragten beeinsprucht worden ist, und zwar deswegen, weil sich bisher nur Männer beworben haben. Die Ausschreibungsfrist läuft noch ein paar Wochen lang. Bekannt ist, dass sich neben dem Rektor Dr. Zechlin, in dessen Wadl sich Sven Pöllabauer lustvoll verbeißt, auch andere Personen bewerben. Erstmals ist ja auch möglich, dass Nichtwissenschaftler sich bewerben und es hat sich Herr Pelzl beworben, den wir alle eigentlich nur durch ein Werk kennen, also nicht wie bisher, wo Menschen, die sich für Direktorenfunktionen beworben haben, auch wissenschaftliche Arbeiten vorweisen mussten, den Herrn Pelzl kennen wir, wenn wir ihn überhaupt kennen, nur durch sein Hauptwerk und das ist der Magnolienbaum, das Heft aus dem Wahlkampf der ÖVP. (Abg. Gödl: „Jetzt machen Sie aber einen Punkt!“ – Abg. Bittmann: „Was ist das für eine Unterstellung?“)

Das schafft ein Bild, meine Damen und Herren, von dem wir uns hier im Landtag als Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik ganz entschieden distanzieren müssen. Es kann nicht sein, dass ein Bild entsteht, dass sich eine wenn auch große Partei des Landes aussuchen kann, wer Rektor oder Rektorin ist und dass sie sich dann eben jemanden aussucht, der für die eigene Partei im Wahlkampf schon mitgeholfen hat. Das ist eine schiefe Optik, dem muss man entgegentreten. (Abg. Gödl: „Eine schiefe Optik ist es, Menschen zu verhunzen!“)

Meine Damen und Herren, und deswegen möchte ich jetzt den Antrag der Grünen einbringen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, davon abzusehen, im Zuge der Bestellung eines neuen Rektors der Karl-Franzens-Universität Graz politischen Druck zu erzeugen, um einen ÖVP-Kandidaten durchzusetzen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn das gegenstandslos ist, kein Problem, dann ist es gegenstandslos und wir freuen uns alle darüber. Wenn es nicht gegenstandslos ist, dann ist es umso wichtiger, diesem Antrag zuzustimmen. Ich halte diesen Antrag für nicht gegenstandslos. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 13.18 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Bevor ich jetzt Herrn Abgeordneten Rauch nochmals das Wort erteile begrüße ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Kirchberg an der Raab unter der Leitung von Obmann Altbürgermeister Othmar Binder-Pfeiffer. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.) Herr Abgeordneter ich erteile Ihnen das Wort bitte.

**Abg. Dr. Rauch** (13.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, es stimmt, es hat den Versuch einer Politisierung der Rektorsbestellung gegeben. (Abg. Wiedner: „Wirklich wahr?“) Jawohl, den hat es gegeben und es hat ihn gegeben durch drei Personen, durch die Abgeordneten Mag. Edith Zitz, durch Ingrid Lechner-Sonnek und durch Peter Hagenauer. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich halte es für zutiefst unfair und unrichtig, von hier aus eine politische Einflussnahme in die Universitäten hineinzutragen und zu behaupten, das würden andere tun. Schauen wir uns bitte einmal die Fakten an. Faktum ist, dass tatsächlich in einer Zeitung, nämlich in der „Presse“, spekuliert worden ist, es könnte der Frau Landeshauptmann vielleicht recht sein, wenn der sehr bewährte Wissenschaftler, der viele wissenschaftliche Publikationen verfasst hat und auch Honorarprofessor einer deutschen Universität ist, sich hier bewirbt. Allerdings – und das ist der entscheidende Punkt – es hat niemals, in keiner Form irgendwelche Versuche gegeben, weder der Frau Landeshauptmann noch irgendeines Landesregierungsmitgliedes oder – und da kann ich jedenfalls für die ÖVP sprechen – eines anderen Politikers, hier irgendwie Einfluss zu nehmen. Die Zeitung hat sich den interessanten Markt der Universität durch diese Pressemeldung erwartet. Das ist legitim, so funktioniert Boulevard-Journalismus nun einmal, aber das gleich als Fakten zu nehmen ist absolut unzulässig. Ich glaube, wir sollten als Landtag, wenn wir Anträge stellen, diese einigermaßen prüfen und nur dann uns mit Dingen auseinandersetzen, wenn das auch wirklich eine sachliche und seriöse Basis hat.

Dass auf der Universität ein bisschen Sturm im Wasserglas betrieben wird, ich bringe das zweite Beispiel, das Sie angezogen haben, nämlich die ÖH-Wahl, ist daraus zu erklären, dass wir knapp vor der ÖH-Wahl stehen.

Dass da einzelne Studentenfraktionen Maßnahmen setzen, die ich persönlich nicht teile, das wissen wir. Aber auch hier zu sagen, dass es einen Einfluss von Landespolitikern der ÖVP gegeben hätte, ist schlicht und einfach falsch.

Was die Rektorswahl anlangt, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, kann ich Ihnen auch sagen, dass politischer Einfluss ganz unmöglich ist. Zu der Zeit, wo ich als Rektor gewählt worden bin, war das noch denkbar. Da war ein Gremium von 600 Leuten wahlberechtigt und da ist sicher der eine oder andere dabei, der sich durch irgendwelche unmotivierten Zeitungsberichte beeinflussen lassen kann. Aber dank des neuen UOG 2002, das wir bei dieser Rektorswahl bereits anwenden, ist das Gott sei Dank nicht mehr möglich. Es ist ein Gremium, der Konvent, der ausschließlich universitätsintern aus zwölf Personen zusammengesetzt ist, der einen Vorschlag macht. Und es ist ein zweites Gremium aus neun Personen – der Universitätsrat –, der diese Wahl vornimmt. Da ist politischer Einfluss ausgeschlossen.

Und wenn ich Ihnen die beiden Personen, die von der Regierung, soviel ich weiß unter Einfluss der ÖVP, in dieses Gremium entsandt worden sind, dann sind das Horst Pirker von der Styria-Medien AG. und Frau Irmgard Griß vom Obersten Gerichtshof. Diese beiden Personen sind so weit über jeden Zweifel erhaben, politischen Einflüsterungen auch nur das Ohr zu leihen, dass diese Formulierung in Ihrem Antrag absolut lächerlich ist.

Ich finde es schade, dass die Grüne Fraktion sich vor den Karren von solchen Leuten spannen lässt, die die Universitäten zu politisieren versuchen, sei es um persönliche Feindschaften auszutragen, sei es, weil sie Angst vor frischem Wind haben.

Der Antrag der Grünen Fraktion beruht auf Gerüchten und Klatsch. Und wir haben es nicht notwendig, uns in diesem Gremium mit Klatsch und Gerüchten auseinander zu setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Außerdem ist der Antrag, meine Damen und Herren, zutiefst scheinheilig, denn ohne Beweis, ohne Indizien zu behaupten, es hätte Interventionen gegeben, und dann entrüstet zu sein, dass das politische Einflussnahme ist, so etwas nennt man im allgemeinen Sprachgebrauch die Methode „kein Rauch ohne Feuer“. Und davon verstehe ich etwas.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich, lassen Sie die Universitäten aus Ihrem politischen Spiel draußen, lassen Sie die Universitäten in Ruhe arbeiten. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.23 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Als Nächster am Wort ist Herr Klubobmann Drexler. Ich erteile es Ihnen.

**Abg. Mag. Drexler** (13.23 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur in Ergänzung zum Wolf Rauch noch zwei, drei Sätze anfügen, weil wir einfach nicht alles unwidersprochen zur Kenntnis nehmen können, was irgendwo an Gerüchten herumschwirrt und dann, wie so vieles Positives, halt auch der Steirischen Volkspartei zugerechnet wird.

Also, wenn eine Fraktion in der ÖH, in dem Fall die Aktionsgemeinschaft, Schritte setzt, innerhalb natürlich auch einer Zeit eines ÖH-Wahlkampfes, und denen geht es um den ÖH-Wahlkampf, und nicht um die Bestellung des Rektors, wenn sie rechtliche Schritte gegen einzelne Funktionäre auf der Universität ansinnen, dann sage ich, bitte, erstens einmal ist keine Fraktion, die dort in der ÖH kandidiert, ein Teil der ÖVP und sind deren Funktionäre daher auch nicht der ÖVP zuzurechnen oder gar der Landesregierung. Das muss man einmal feststellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Zweite ist, wissen Sie, Wolf Rauch hat es an sich schön gesagt, viel mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Die ÖH ist ein Selbstverwaltungskörper. Die Fraktionen dort sind auch selbstständige Organisationen. Das lassen wir uns sicher nicht zurechnen, was die dort machen, ob es jetzt gut oder schlecht ist, das will ich an dieser Stelle hier gar nicht beurteilen.

Und wenn Sie dann so weit gehen, dass Sie einzelnen Vertretern der Aktionsgemeinschaft oder der ÖH vielleicht vorwerfen, dass sie sich jetzt auch politisch engagieren, dann ist das auch ein interessantes Zeugnis für eine Bewegung, die eigentlich, wenn ich an die Grünen denke, ja doch immer sehr für politisches Engagement war. Daher ist die Scheinheiligkeit dieses Antrages auch damit bewiesen.

Abschließend ein letzter Punkt: Wenn Sie schon einen Antrag bringen hätten wollen, der irgendwie die Regierung dazu motivieren soll, sich hier nicht über Gebühr einzubringen in die Diskussion um den Rektor, dann hätte ich mir zumindest erwartet, dass Sie die Regierung nicht nur auffordern, keinen ÖVP-Kandidaten – mir ist keiner bekannt – zu unterstützen, sondern dann hätte ich mir schon erwartet, dass der Antrag so aussieht, dass man sich halt insgesamt aus diesem Thema heraushalten soll.

In dieser Form ist das aus unserer Sicht nur entschieden zurückzuweisen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.26 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl. Ich erteile es Ihnen.

**Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggl** (13.26 Uhr): Frau Präsident, Frau Kollegin, Hohes Haus!

Der Forschungsbericht liegt vor. Es ist ein interessantes Werk. Und ich möchte mich auch in meinem Namen und im Namen unserer Fraktion bei den ausführenden Beamten, beim Abteilungsvorstand, bei allen Damen und Herren, der Vertretung des Joanneum Research, auf das ich besonders stolz bin, weil ich der zuständige Referent sein darf, für die vorgelegte Arbeit bedanken.

Ich möchte nur einige Schlaglichter auf die Zukunft werfen. Der Bericht beinhaltet die Fakten des Jahres 2001. Ich glaube, es wäre einmal wert, ein wissenschaftliches Projekt zu starten, wie kommt man zu aktuellen Zahlen. Aber das ist etwas, was uns in ganz Europa, glaube ich, in diese Richtung belastet.

Ich möchte vielleicht drei Schwerpunkte nennen, die ganz besonders wichtig für die Zukunft sind.

Es ist uns gelungen, für das Joanneum Research mit der holländischen TNO einen Partner zu finden, der außerordentliche europaweite Forschungskompetenz aufweist. Wir sind sehr stolz darauf, dass diese holländische TNO mit über 5000 Mitarbeitern sich Joanneum Research als Partner gewählt hat, als Partner für wichtige Projekte, und uns damit auch den Zugang ermöglicht, den Forschungsmarkt – und Forschung ist ein Marktartikel und ein Markenartikel – ganz europaweit zu betreiben und europaweit aktiv zu werden. Natürlich hat die holländische TNO auch Erwartungen in Joanneum Research, nämlich, dass auch wir uns einbringen und dass wir auch den Zugang zum Forschungsmarkt in unseren benachbarten, befreundeten Kandidatenländern eben entsprechend beleben und hier auch Möglichkeiten schaffen. Das ist ein wichtiger und in der Wissenschaftsszene sehr, sehr viel Beachtung findender Schritt. Und ich gratuliere dem Joanneum Research zu diesem Schritt, der also weit über die Grenzen der Steiermark hinaus den entsprechenden Niederschlag und die entsprechende Beachtung gefunden hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das muss ein erster Schritt sein, und ich bin überzeugt davon, dass es gelingen möge, so etwas wie einen steirischen Wissenscluster zu schaffen. Was meine ich damit? Wir haben einen internationalen Partner jetzt für das Joanneum Research gewonnen und ich würde mir wünschen, dass die steirischen Universitäten sich ebenfalls am Joanneum Research beteiligen mögen, um dieses Netzwerk auch nach außen hin zu dokumentieren, erfolgreich zu dokumentieren und dann auch eine Drehscheibe bilden zu können, die mir besonders wichtig ist, da wir gerade bei unserer Wirtschaftsstruktur, die den Schwerpunkt auch auf eine klein- und mittelständisch orientierte Wirtschaft bildet, und den Zugang zu Technologietransfer, zur wissenschaftlichen Erkenntnis zu verbessern. Und dieser Wissenscluster Steiermark – du entschuldigst, dass ich dieses Wort, den Cluster, von dir borge, aber du hast es ja nicht ganz für dich allein patentiert – sollte eine Marke werden, die von österreichweiter und europäischer Bedeutung sein kann und wird. Davon bin ich überzeugt.

Gerade in diesem Zusammenhang der Antrag der Grünen, der den Professor Pelzl betrifft, den ich als kompetenten und loyalen Geschäftsführer des Joanneum Research kennen gelernt habe – wir haben nie über Parteipolitik in diesem Zusammenhang gesprochen –, ich halte ihn als einen der wesentlichen Exponenten für diesen Wissenscluster Steiermark und würde seine Berufung als Rektor, wenn er die Voraussetzungen hat und wenn er der Beste ist, und davon gehe ich aus, wenn er kandidiert, dass es der Beste wird, wenn er diesen Anforderungen entspricht, dann ist es durchaus zu akzeptieren, dass diese Position so besetzt wird. Aber ich vertraue hier auf die Gremien der Universität, die also wirklich für diese verantwortungsvolle Zukunftsaufgabe die Entscheidungen zu treffen hat. Und der Beste möge diese Berufung erlangen.

Zwei weitere Schwerpunkte liegen mir am Herzen.

Der zweite Forschungsschwerpunkt für unser Land ist das Thema Wasser. Ich glaube und der Antrag liegt im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vor, weil es sich um ein Kompetenznetzwerk – Knet – handeln wird, dass die Steiermark als das Wasserland Europas auch das Wasserforschungszentrum Europas werden kann. Ich bin überzeugt davon, dass das erfolgreich sein wird. Ein weiterer Schwerpunkt, den wir uns setzen wollen, ist neben den bekannten Stärken, die die Steiermark in der Forschungspolitik hat, auch das Thema Lebensqualität, Ökologisierung, Leben als umfassender Begriff, wo wir natürlich auch einen Schwerpunkt der erneuerbaren Energie und deren Erforschung setzen werden.

Wir haben auch Sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Prof. Rauch hat es schon angesprochen, das ist die Frage, wie es mit den KPlus-Zentren nach den sieben Jahren weitergeht. Ich bin überzeugt davon, dass wir aber Lösungen finden werden. Da geht es darum, dass diese KPlus-Zentren ja Einrichtungen sind, die sich am Forschungsmarkt selbstständig behaupten sollten und sieben Jahre die Gelegenheit haben werden, so quasi das Gehen auf diesem Markt unter staatlicher Obhut und Obhut des Landes zu erlernen, aber dass sie irgendwann einmal den Schritt in die Unabhängigkeit und in die selbsttragende Wirtschaftlichkeit eben erlangen werden und ich bin überzeugt davon, dass es gelingt.

Grundsätzlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, auch ein bisschen Werbung in der Öffentlichkeit für das Thema Forschung zu machen. Forschung ist noch immer in unserer Bevölkerung ein etwas sprödes, ein etwas unbekanntes Thema. Bitte machen Sie Werbung für das Thema Forschung, vielleicht in Hinblick darauf, dass Sie sagen, Forschung von heute sind die Arbeitsplätze der Zukunft. Wenn Sie den Leuten sagen, dass etwa 80 Prozent der Produkte, die wir heute ganz selbstverständlich am Markt erhalten, vor fünf bis sechs Jahren in dieser Form noch nicht verfügbar waren, das heißt, der Anteil der Forschung an unserem Bruttonationalprodukt und der Anteil der Forschung auch an unserem Landesnationalprodukt, wenn ich so sagen darf, ist ein ganz, ganz bedeutender. Damit mehr Verständnis in der Bevölkerung für die Anliegen der Forschung geweckt wird, weil nur dann wird es in einem Hochlohnland – und das wollen wir in der Steiermark ja bleiben – gelingen, auf die Dauer längerfristig hochwertige Arbeitsplätze zu sichern, wenn es uns gelingt, Ergebnisse der Forschung, Ergebnisse der steirischen Kreativität auch in der Wirtschaft umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich nochmals bei allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, bedanke mich auch bei den Damen und Herren des Hohen Hauses für ihr Interesse an der Forschung und an der Forschungspolitik und bitte machen Sie auch im Land draußen Werbung für die Anliegen der Forschung. Danke, Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.33 Uhr.)



**Präsidentin Dr. Rieder:** Wir kommen nun zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Nicht-einmischung der Landesregierung bei der Rektorsbestellung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1264/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfel, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend eine neue Chance für die Südbahn durch eine Revision der transeuropäischen Netze und eine Überarbeitung des unausgewogenen Generalverkehrsplans und über den Antrag, Einl.-Zahl 1265/1, der Abgeordneten Straßberger und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Ausbau der „Neuen Südbahn“.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (13.35 Uhr): Mit dem Antrag der SPÖ, der sich mit der nunmehr aufgetanen neuen Chance für die Südbahn durch eine Revision der transeuropäischen Netze befasst und mit der Chance durch eine Überarbeitung des unausgewogenen Generalverkehrsplans sowie mit dem Antrag der ÖVP-Kollegen betreffend den Ausbau der neuen Südbahn hat sich der Unterausschuss gestern und der Ausschuss heute noch vor dieser Landtagssitzung befasst und einen gemeinsamen Antrag erarbeitet, der, von allen Fraktionen getragen, folgendermaßen lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten, dass sich diese mit Nachdruck bei den Entscheidungsträgern der Europäischen Union dafür einsetzt, dass die für die Steiermark so wichtige Verkehrsachse „Warschau–Prag–Wien–Graz–Adria (Pontebbana)“ auf den Trassen der „Neuen Südbahn“ (Semmeringtunnel) mit Koralmbahn und dem Abschnitt Graz–Marburg zu jenen 25 vorrangigen TEN-Projekten gehört, die von der Europäischen Union zu 20 Prozent mitfinanziert und ehemöglichst umgesetzt werden, zweitens mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, die für die Steiermark vorrangigen Infrastrukturprojekte im Bereich der Pyhrnachse, der „Neuen Südbahn“ (Semmeringbasistunnel), Koralmbahn (Koralmtunnel) und Ostbahn weiterhin mit höchster Priorität voranzutreiben, den Generalverkehrsplan diesbezüglich weiterzuentwickeln beziehungsweise allenfalls die Variante einer korridorweisen Querfinanzierung im Rahmen der von der Europäischen Union zu beschließenden Konventionen zu prüfen und drittens in Gesprächen mit den Sozialpartnern und Interessenvertretungen wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund und Industriellenvereinigung, Bündnispartner zur Durchsetzung dieser wichtigen steirischen Interessen zu suchen.

Im Sinne der übereinstimmenden Entschließung des Ausschusses ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag. (13.37 Uhr.)

**Präsidentin Dr. Rieder:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile es dir.

**Abg. Schrittwieser** (13.37 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Zuseherinnen und Zuseher hier im Hohen Haus!

Die Verkehrspolitik ist etwas, was uns schon seit Jahren oder Jahrzehnten intensiv beschäftigt, weil wir die Problematik haben, dass wir zwar im Straßenbereich an und für sich ganz gut dastehen und die letzten Bauwerke, die wir zur Schließung von Achsen, Autobahnen und Schnellstraßen brauchen, zumindest in Bau sind bis auf wenige Ausnahmen, aber wir haben bei der Schiene immer wieder eine sehr schwierige, ja um nicht zu sagen, eine sehr von der Bundesregierung benachteiligte Situation, die Jahre zurückreicht. Im innerösterreichischen Erreichbarkeitsvergleich liegt Graz von 99 Bezirken nur an 66. Stelle. Das ist ja etwas, was ich nicht erfunden habe, sondern das aus einer Studie hervorgeht und uns natürlich in keiner Weise befriedigen kann. Graz-Umgebung liegt an 60. Stelle, der Bezirk Deutschlandsberg gar erst an 79. Stelle. Das geht aus einer Studie der Arbeiterkammer hervor, wo ersichtlich ist, dass wir nicht jene Dynamik in der Verkehrspolitik oder bei unseren Verkehrswegen haben, die wir uns wünschen und die wir brauchen.

Deshalb haben wir jetzt hier im Landtag einen Antrag eingebracht, um mit der Europäischen Union gemeinsam zu erreichen, dass die Verkehrsprojekte für die Steiermark, vor allem was die Schienen betrifft, bei den transeuropäischen Netzen nach vorne gereiht werden, dass wir bessere Prioritäten bekommen, obwohl der Generalverkehrsplan der Europäischen Union und der Generalverkehrsplan der österreichischen Bundesregierung bereits beschlossen sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und wenn ich noch einen Bundesländervergleich anbringen darf, um nämlich zu verdeutlichen, dass das nicht Polemik einer politischen Gruppe oder von Personen ist, sondern es ist nachvollziehbar und darum ist es für mich auch sehr schwierig, dass vor allem immer wieder von Teilen des Hohen Hauses, vor allem von der ÖVP und von der FPÖ erklärt wird, dass dieser Generalverkehrsplan ohnedies so etwas Gutes ist und die Steiermark ohnedies so gut behandelt ist. Ich kann das, meine Damen und Herren, nicht erkennen und mein Appell auch in



den Ausschüssen war ja, endlich aufzuhören, dieser Bundesregierung die Mauer zu machen, sondern sich aktiv für die Interessen dieses Landes und der Menschen dieses Landes einzusetzen, damit wir in der Verkehrspolitik nach vorne kommen.

Wir gewinnen alle miteinander nicht bei Verkehrsprojekten, ob das Schiene oder Straße ist, irgendeine Stimme deshalb, weil wir es bauen, sondern man erwartet von uns, dass wir hier die Interessen der Wirtschaft, des Personenverkehrs der Steirer und Steirerinnen vertreten. Und mein Appell auch von diesem Rednerpult aus wieder: Ich kann mich erinnern an eine Zeit, wo es eine rote Bundesregierung gegeben hat, wo ich sehr wohl hier gestanden bin und gesagt habe, da hat der Verkehrsminister der SPÖ die Steiermark benachteiligt. Das ist auch unsere Aufgabe, das kann auch von uns erwartet werden.

Und wenn ihr lacht, weil ihr euch das gar nicht vorstellen könnt, das verstehe ich schon, aber die Protokolle könnt ihr alle nachlesen. Ich sage euch ein Beispiel: Wenn ich mir anschau, dass bei den Projekten, die bereits übertragen und finanziert sind, von 2002 bis 2006, nur 5 Prozent übrig sind, dann kann sich da wirklich keiner herstellen und sagen, das ist am besten. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das ist ja falsch. 8 Prozent!“)

Oder 8 Prozent, Entschuldigung, der Herr Landeshauptmann hat mich korrigiert, 8 Prozent.

Dort, wo die noch nicht finanzierte, sondern die geplante Realisierung zwischen 2002 und 2006 bei den Schienenprojekten stattfinden soll, sind es 5 Prozent. Und jetzt, Herr Landeshauptmann, wenn Sie mich korrigieren, weil Sie sagen, wir haben halt die Prozente anders zusammengeklaubt, als du das als Regierungsmitglied gemacht hast, dann mag das schon so sein, aber wenn ich daneben lesen muss, dass zum Beispiel in diesem Zeitraum Niederösterreich 34 Prozent der Schienen- und Verkehrsprojekte finanziert, beauftragt und umgesetzt hat, dann ist es mir, meine Damen und Herren, zu wenig. Ich stelle insgesamt fest, dass die Südbahn ohnedies als Stiefkind behandelt wird und damit die Steiermark. Und dagegen müssen wir uns endlich einmal wehren, aber gemeinsam, nicht immer der Regierung die Mauer machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Als Nächstes: Wir haben jetzt eine große Chance, meine Damen und Herren. Die Europäische Union hat dadurch, dass es zehn neue Mitgliedsstaaten geben wird, ihren Generalverkehrsplan aufgeschnürt und hat gemeint, sie wird neue Prioritäten setzen und es hat jeder Staat, der jetzt in der EU ist und auch die neuen, die da kommen, die drei wichtigsten Verkehrsprojekte an die EU zu melden, um in dieser Prioritätenliste, die 20 bis 25 Projekte enthalten wird, mit dabei zu sein.

Aber da sind wir nur glaubwürdig in der EU, wenn wir ebenfalls nachdenken und unseren Generalverkehrsplan aufschnüren und sagen, auch wir wollen die neue Südbahn, die über Prag, Warschau, Wien, Graz nach Italien führt, in unserem neuen Generalverkehrsplan nach vorne bringen in den finanzierten Bereich, weil dort ist überhaupt nur drinnen, dass wir ab 2007 zum Beispiel den Semmeringtunnel und die Südbahn in Angriff nehmen. Das heißt noch gar nicht, dass wir bauen. Daher meine ich, wir sollen ein glaubwürdiges Zeichen setzen, dass wir es ernst nehmen, sollten den Generalverkehrsplan aufschnüren und schauen, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass wir hier nach vorne kommen. Wir haben nämlich die Chance, es hat die Bundesregierung die Brennerachse, den Donaukorridor und die Achse Warschau-Prag-Wien-Adria in Brüssel beim Herrn Kommissar van Miert gemeldet. Aber wir wissen nicht, ob sie mit dieser Achse uns umfahren über Ungarn oder ob das durch Niederösterreich, die Steiermark nach Graz geht und die neue Südbahn ausgebaut wird. Darum ist diese Geschlossenheit hier in diesem Haus, um glaubwürdig zu sein, so wichtig.

Diesem gemeinsamen Ausschussantrag, der heute zur Beschlussfassung vorliegt, können wir zustimmen, aber das ist ein Mindestkonsens, meine Damen und Herren. Dort fehlt die Schärfe, dort fehlt auch die wirkliche politische Forderung, dass man spüren kann, dass da etwas dahinter ist, dass vier politische Parteien dahinter stehen. Ich habe so ein bisschen das Gefühl, dass das so ist, wir machen halt etwas, damit wir etwas gemacht haben. Und das, glaube ich, ist nicht gescheit, und Sie wissen das. (Abg. Bittmann: „Es ist lachhaft, wie du redest. Rede anders!“)

Wir verlassen uns in diesem Ausschussantrag darauf, dass wir die Bundesregierung beauftragen, wie das natürlich juristisch wichtig ist, an die Europäische Union heranzutreten, um hier nach vorne zu kommen. Ich glaube, wir sollten selbst aktiv werden, auch als steirische Landesregierung, denn ich habe mir sagen lassen, dass die Landeshauptleute von Vorarlberg, Tirol und Salzburg sehr wohl in Brüssel waren und vorgeschrieben haben, um ihren Projekten die nötige Priorität zu geben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Was haben sie erreicht?“)

Und das fehlt mir ein bisschen, weil der Antrag, Herr Landeshauptmann, muss ich auch sagen, ist jetzt vom Landtag gekommen. Im Mai bereits wird in Brüssel entschieden, an welche Stelle wir in der Prioritätenliste kommen. Ich hätte mir schon gewünscht, dass die Landesregierung vor dem Landtag, wo sie ja für die Verkehrspolitik zuständig ist, einen diesbezüglichen Antrag einbringt. Ich meine, die Zeit drängt, weil wenn wir im Mai dieses Jahres nicht dabei sind, dann fährt dieser Zug an uns vorbei, weil wenn nämlich andere Prioritäten vor uns sind, ist nicht garantiert, dass die neue Südbahn, der Semmering und die Koralmbahn, 2007 bereits gebaut und finanziert wird, dann kann uns passieren, dass wir noch weiter zurückfallen. Darum meine ich, dass das nicht das ist, was wir uns wünschen würden.

Ich sage noch etwas dazu: Die Begründung des Ausschussantrages, da stehen Dinge drinnen, die sind einfach nicht richtig. Das sind Sätze, die ihr gerne liest, wo ihr euch bestätigt fühlt in der Diskussion, aber mehr ist das nicht.

Mein Appell noch einmal: Dieser Generalverkehrsplan ist für die Steiermark eine Katastrophe. (Abg. Wiedner: „Siegi, bleib sachlich!“)

Und wenn ihr dem die Stange haltet, dann seid ihr gegen die Interessen der Steiermark, und das werden wir nie und nimmer, meine Damen und Herren, zur Kenntnis nehmen. Das sei ins Stammbuch von ÖVP und FPÖ geschrieben. (Beifall bei der SPÖ.)

Indem ich zum Schluss kommen möchte, darf ich noch einmal erklären, wir werden diesem gemeinsamen Ausschussantrag zustimmen, es ist ein minimaler Konsens, der den Interessen der Steirerinnen und Steirer nicht entspricht, wie es sein könnte.

Daher werde ich jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen und ich lade die Fraktionen des Hohen Hauses ein, hier mitzustimmen, denn ich glaube, dass hier mehr Dynamik ist als im gemeinsamen Ausschussantrag.

Ich meine daher, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt im Wissen um die Notwendigkeit einer glaubwürdigen steirischen Position und als Unterstützung für die Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung sich eindeutig zu den Zielen, die mit den an die Landesregierung gerichteten Forderungen des gemeinsamen Ausschussantrages erreicht werden sollen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) sich nicht nur auf das Handeln der Bundesregierung zu verlassen, sondern selbst Initiativen in Brüssel zu setzen, um die Ziele des gemeinsamen Ausschussantrages zu erreichen, sowie b) dem Steiermärkischen Landtag über alle von ihr gesetzten Schritte und deren Ergebnisse bis Ende Juni 2003 zu berichten, weil es uns zu wenig ist, dass wir heute das beschließen und dann wird das nach Wien oder nach Brüssel geschickt und wir erfahren nie, was damit geschehen ist; wir wollen also, dass es einen Bericht gibt und c) sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Doppelmaut (Gleinalm- und Bosrucktunnel) spätestens für den Fall, dass es auf diesen Trassen zu einer Querfinanzierung kommt, entfällt.

Meine Damen und Herren, ich ersuche euch, dieser Entschließung zuzustimmen. Diese Doppelbemaunung ist etwas, was wiederum nur die Steiermark betrifft. Mir fehlt da der Aufschrei, der riesige Aufschrei der politischen Fraktionen, denn wenn wir schon von der Wirtschaft reden und von der Wettbewerbsfähigkeit, dann ist eine Doppelbemaunung, wenn es zu dem Roadpricing kommt, eine Benachteiligung unserer Wirtschaft. Und dem können wir nicht zustimmen, wie insgesamt, meine Damen und Herren. Wir sagen immer – und der Herr Landesrat Paierl ist jetzt nicht da, der uns immer wieder erklärt, wenn er zu wenig Geld für etwas hat, ja, wir müssen auf die Wirtschaftlichkeit achten und wir müssen schauen, dass alles, was wir tun, wirtschaftlich ist und dass wir die Mittel gezielt und gut einsetzen, womit er Recht hat, weil wir müssen darauf schauen, wenn man nicht viel hat, dass man nicht irgendetwas ausgibt, was nicht notwendig ist.

Nur, meine Damen und Herren, ihr wollt nämlich diese Projekte der Schiene (Abg. Wiedner: „Siegi, da ist er!“) – ich habe dich gerade gelobt, Herr Landesrat – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nicht zu viel bitte!“) und schreibt hinein, dass wir das alles brauchen, dass wir das alles wollen. Wir wissen, dass wir vor allem bei der Straßenfinanzierung ziemlich weit sind und dass wir künftig Teile der Mauteinnahmen für den Ausbau der Schienennetze verwenden müssen, darum muss es diese Querfinanzierung geben und ihr seid da dagegen oder nur im Ansatz dafür. Bei einzelnen Korridors habt ihr in diesen Beschlussantrag hineingeschrieben, man sollte das überlegen oder in Betracht ziehen. Darum meine ich, dürft ihr da nicht alleine der Frächterlobby nachgeben, sondern müsst auch darüber nachdenken, wie wir unsere notwendigen, für die steirische Wirtschaft nötigen Schienenachsen bekommen, dann werden wir auch weiterkommen. Ich möchte heute erreichen, wenn diese Beschlüsse gefasst werden, dass man in Wien und in Brüssel das Gefühl hat, wir wollen etwas. Ich hoffe, dass ihr doch bei unserem Entschließungsantrag mitgehen könnt, dann bekommt das Ganze noch eine bessere Dynamik. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.52 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Wiedner** (13.52 Uhr): Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrter Herr Landesrat!

Ich könnte natürlich in den alten Politikerreflex verfallen und alles aufzählen, was in der Vergangenheit nicht gemacht wurde, was versäumt wurde und nicht angegangen wurde. (Abg. Schrittwieser: „Da wärst du gleich fertig!“) Da wäre ich nicht gleich fertig, da würde ich meine 20 Minuten bei weitem überziehen, was ich aber nicht machen will, weil es ja im Endeffekt nichts bringt, wenn wir uns gegenseitig vorhalten, wer was versäumt hat und wer was nicht gemacht hat, sondern wir wollen – wie du richtig sagst, Siegi – für die Zukunft etwas schaffen und in die Zukunft schauen. Aber für die Zukunft bitte schön, lieber Siegi, ist dieser Antrag der typische Sturm im Wasserglas. Es wird hier etwas gefordert, was im Endeffekt ja passiert. Das wissen wir alle. Es ist hier wieder nur ein Antrag formuliert worden, damit man einen Antrag formuliert und damit man sagen kann, wir setzen uns für die Steiermark ein. Das ist in dem Vorgehen nicht der Fall, sondern es ist ja nur etwas verstärkt worden – (Abg. Schrittwieser: „Schau, du musst doch sachlich bleiben, weil die Leute gehen jetzt alle weg, weil du so unsachlich bist!“) Ja, die sind wahrscheinlich alle von deiner Rede so frustriert, dass sie gehen, das ist vollkommen klar. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist im Endeffekt also der Sturm im Wasserglas, wenn ich das wiederholen darf. Der Antrag formuliert ja das nur noch einmal, was im Endeffekt von Seiten des Bundesministeriums und auch von Seiten des Landes bereits passiert. Du hast gesagt, dass von Österreich die drei großen Korridore gemeldet wurden, der Donaukorridor, der Brennerkorridor und ein bisschen verschwiegen hast du, dass auch die Südbahn gemeldet wurde und genau von der reden wir. (Abg. Schrittwieser: „Habe ich gesagt!“)

Das sind die drei vorrangigen Projekte, die Österreich durchbringen will. Es geht ja darum, dass wir das nicht nur durchbringen und die gewünschte Trasse durchbringen, die ja im Endeffekt auch schon durch ist, sondern es geht hierbei um die Mitfinanzierung der EU und der 20 Prozent, damit wir in die 25 prioritären Projekte hineinkommen.

Aber ich muss zuerst am Anfang etwas anderes sagen, weil man das zwar nicht hören will, aber man muss das bitte schön sagen. Es heißt immer, der GVP ist so etwas Furchtbares, etwas Grausliches für die Steiermark. Ich habe gestern in der Unterausschuss-sitzung versucht, die im Großen und Ganzen sehr konstruktiv war – und aus der wirklich ein Antrag herausgekommen ist, der sich sehen lassen kann – dem zuständigen Beamten das Wort zu erteilen, damit wir noch einmal Zahlen des GVPs präsentieren. Ich muss daran erinnern, es war nicht Wunsch und Wille der SPÖ, Fakten, Zahlen und Daten zu hören. Das habe ich gestern registriert und festgestellt. Man will keine Fakten hören, man will keine Zahlen hören, sondern man will nur darüber schimpfen über das, was präsentiert wird. Siegi deute nicht mit dem Kopf, so war es leider gestern. Und auch wenn es euch nicht passt, es wird im Bereich der Schiene – (Abg. Schrittwieser: „Unser Antrag ist eine Unterstützung für den Herrn Landeshauptmann!“)

Ja, das ist schön, wir unterstützen alle den Herrn Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann macht auch viel in dem Bereich und er braucht die Unterstützung des Landtages dabei und es ist gut, wenn wir das machen. Aber nur eines bitte, man muss auch den Realitäten ins Auge sehen, dass es nicht so grauslich ist. Es wird immerhin im Bereich der Schiene und auch im Bereich der Straße je eine Milliarde in Zukunft investiert, und zwar im finanzierten Bereich, nicht in dem Bereich, wo man sagt, das ist vielleicht einmal irgendwann. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Euro!“) Euro, das ist klar, es gibt ja nur mehr Euro jetzt. Wir haben eine Milliarde im Schienenbereich und eine Milliarde im Straßenbereich und das im finanzierten Bereich. Dass andere Bundesländer vor uns liegen wie Niederösterreich, wie Tirol und Wien ist auch bekannt. Wir sind aber – und da kann man rechnen wie man will – an vierter Stelle und wer das nicht akzeptiert, der hat die Grundrechnungsarten nicht begriffen. (Beifall bei der FPÖ.) Niederösterreich liegt weit vor uns, wir wissen es, es ist die Westbahn, wo gewaltige Mittel hineinfließen. Es liegt Tirol vor uns mit dem Unterinntal, das wissen wir auch und es liegt Wien mit dem Lainzer Tunnel und der S-Bahn vor uns, weil das sind drei große Projekte, wo gewaltig viel Geld hineinfließt. Aber dann ist bereits die Steiermark an vierter Stelle. Das brauchen wir jetzt nicht wegzudiskutieren, wir kennen alle die Aufstellungen, wie die Pakete gegliedert sind, wie viel Geld da hineinfließt und eines kennen wir auch oder haben wir wahrscheinlich in letzter Zeit gesehen, die Aufstellungen in der „Kleinen Zeitung“, was es in nächster Zeit in der Steiermark an Baustellen und an Investitionen geben wird. Da ist schon das große Problem mit dem Stau, weil es so viele Baustellen und so viele Investitionen in der Steiermark gibt und das dank des Einsatzes des Verkehrsreferenten in diesem Lande. (Beifall bei der FPÖ.)

Das muss hier auch einmal gesagt werden, weil so grauslich, Siegi, wie du das immer darstellst, ist es nicht. (Abg. Schrittwieser: „Habe ich ja nicht gesagt. Straße ist in Ordnung habe ich gesagt!“) Beides ist in Ordnung, es ist auch die Schiene in Ordnung. Ihr wisst ganz genau, dass speziell die Sache Werndorf und alles, was den Süden angeht, ein Versäumnis der ÖBB der letzten zehn Jahre war. Das muss man ja auch sehen. Es war nicht unbedingt ein Versäumnis der Regierung, das will ich jetzt nicht sagen, weil es auch eure Zuständigkeit war, sondern es war ein Versäumnis der ÖBB, die das blockiert hat. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Spange Selzthal!“) Spange Selzthal, es gibt ja jede Menge. Ich wollte auf ein anderes aktuelles Beispiel noch gehen. Man liest jetzt auch in den Zeitungen, dass die ÖBB jetzt sogar den Koralmtunnel hinterfragt. Sie sagt 200 Millionen – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das geht ja die ÖBB nichts an!“) Ja, aber man hört es von den Vorstandsdirektoren, dass es 200 Millionen weniger Budget gibt und dadurch müsste man auch über den Koralmtunnel wieder diskutieren. Über das bitte lassen wir in Zukunft nicht mehr diskutieren. Das sind Verkehrsprojekte, die wir brauchen und die wir umsetzen werden in nächster Zeit!

Ich möchte noch auf zwei Sachen zu sprechen kommen. Erstens Aufschnüren des Generalverkehrsplans. Ich will da sicherlich nicht weiter aufschnüren, denn sind wir froh mit dem Ergebnis des GVPs, der die Steiermark nicht schlecht stellt. Wer weiß, wie es nach einem Aufschnüren aussieht. Wir stehen jetzt knapp vor Ostern, da ist es üblich Päckchen zu verteilen und Geschenke zu verteilen, ich weiß nicht, ob hier dann auch Ostern wäre, wenn man den GVP aufschnürt und wir ein neues Päckchen bekommen würden. Bleiben wir bei dem Päckchen, das wir haben. Es ist gut, dass wir diesen Antrag gemacht haben, dass wir genau auf dieses Projekt hin abzielen und das mit Schwergewicht abzielen. Weil es hilft nichts, sich in x Projekte zu verzetteln, sondern auf dieses eine Projekt die Südbahn mit der Trasse durch die Steiermark über Graz und dort versuchen, mit allem Schwergewicht das zu vertreten, dass wir hier auch die Mitfinanzierung bekommen.

Eine zweite Sache noch zum Antrag der SPÖ. Ich ersuche bei diesem Antrag um eine punktuelle Abstimmung, Herr Präsident. Wir können sicherlich mit dem einen oder anderen Punkt mitgehen, nur wenn ich da lese, dass der Landtag oder Vertreter des Landtages aufgefordert werden, selbst in Brüssel aktiv zu werden und sich nicht auf die Bundesregierung zu verlassen, ist das eine Unterstellung. Das heißt, die Landesregierung beziehungsweise Bundesregierung tut in der Richtung nichts und wir müssen extra noch einmal auftreten um zu sagen, tut bitte etwas. Ich glaube, das ist eine ganz schöne Unterstellung. Und mit solchen Unterstellungen arbeiten wir hier sicher nicht. Da sind wir sicherlich nicht dabei! Aber im Großen und Ganzen noch einmal, der Antrag ist eine gute Lösung des gestrigen Unterausschusses. Es wurde mehr oder minder alles drinnen beantragt, was notwendig und wichtig war. Wir brauchen keine zusätzlichen Doppel- und Dreifachanträge und ich ersuche Sie um Unterstützung unserer Bemühungen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in unserem Lande. (Beifall bei der FPÖ. – 14.02 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (14.02 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Hohes Haus!

Diese Verkehrsdiskussionen – ich darf schon seit 1994 hier sein – verlaufen unterschiedlich, je nachdem wer die Verantwortung gerade hat, so wird dann gedeutet. Aber lassen Sie mich doch vorher noch zu diesem Antrag auch Stellung nehmen. Ich glaube auch, dass dieser Ausschussantrag sehr gezielt formuliert ist und nicht irgendetwas ist, wie hier schon auf dem Pult vor kurzer Zeit gesagt worden ist. Und dass die Formulierung total falsch ist, ich will hier den Kollegen Hagenauer mit seiner i-Punkt-Argumentation nicht zitieren, mag sein, dass das eine Wort vielleicht dort oder da stehen sollte. Aber die Damen und Herren, die diesen Antrag formuliert haben, haben sicherlich nichts Unwissendes hineingeschrieben. Es ist eine Unterstellung hier herzugehen und zu sagen, das ist falsch, was da drinnensteht. Ich glaube, das ist wirklich auf das schärfste zurückzuweisen. Es ist einmal grundsätzlich sehr erfreulich, dass eine Vierparteieneinigung erfolgt ist. Das zeigt schon, dass die Verkehrspolitik, aber vor allem die überregionalen Korridors den steirischen politischen Gruppierungen wichtig sind. Natürlich gibt es unterschiedliche Ansätze und unterschiedliche Zugänge zu dem einen oder anderen Projekt, aber in Summe gibt es hier – glaube ich – nichts Gegensätzliches zu deuten. Wir wollen alle das Gleiche, Gott sei Dank! Es war die Zeit, wo ich im Parlament war, da war das nicht so, dass alle im Parlament vertretenen Parteien für die neue Südbahn waren. Ich sage das auch sehr deutlich hier. Ich meine aber auch, dass diese Korridors, und das ist nicht nur die Südbahn, verehrte Damen und Herren, sondern auch die Nord-Süd-Verbindung, die Pyhrn-achse bis hinunter nach Marburg und natürlich auch Teile der Ostbahn sehr wichtig sind, und das muss man als Gesamtes sehen. Ich bin auch überzeugt, dass es richtig war, dass wir diese neuen Korridors aufgenommen haben. Lassen Sie mich aber auch sagen, die Nord-Süd-Verbindung und die Südbahn können nicht nur für die Steiermark oder nicht nur für Österreich wichtig sein, sie müssen auch für Europa von großer Bedeutung sein. Und wenn wir heute der EU-Erweiterung ins Auge schauen, dann kann es nicht sein, dass nur alles in den neuen Ländern, die zur Europäischen Union kommen, passiert, sondern wir müssen natürlich auch ein Augenmerk darauf legen, dass gerade im Herzen Europas – und Österreich kann sich so bezeichnen – hier auch die wichtigen Vorhaben umgesetzt werden. Mit dem Generalverkehrsplan, natürlich gibt es da oder dort andere Ansichten, aber verehrte Damen und Herren, gerade in der Regierung „Schüssel 1“ – wenn ich das so sagen darf, ist es gelungen, endlich einmal etwas auf den Tisch zu legen. Und natürlich gibt es hier unterschiedliche Wünsche. Aber es ist gut, dass man ein Grobkonzept hat und nach dem wird vorgegangen und auch die Finanzierungen sind hier bis zu einem gewissen Zeitintervall festgeschrieben.

Es ist wieder genau der gleiche Tenor. Siegfried, du darfst mir jetzt nicht böse sein, Herr Klubobmann der SPÖ, du bist heute wieder in einen Fehler verfallen, dass du grundsätzlich über alles geschimpft hast. Das Land Steiermark – ist nichts, der GVP ist nichts und, und, und. Ich werde nicht müde, das draußen immer wieder zu sagen, dass ihr jene Gruppe seid, die immer wieder das Land schlecht macht. Und ihr streitet es immer wieder ab. Aber das ist nachzulesen und es ist zu hören und es ist dokumentiert. Und so kann man auch keine Politik zum Wohle eines Landes machen. Das möchte ich jetzt einmal ganz deutlich sagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Sepp, Kollege Straßberger, einen Satz!“) Natürlich! (Abg. Schrittwieser: „Wennst das sagst von der SPÖ, dann glauben das nicht sehr viele, denn sonst hättest ihr mehr Stimmen von uns!“) Darf ich dir was sagen? Den 15. Oktober 2000 leider Gottes vergessen. Denn genau mit eurer Schlechtmacherei habt ihr die Rechnung präsentiert bekommen, dass ihr nur mehr zu Dritt da oben seid, und da sind auch ein paar Sitze weggekommen. Das möchte ich schon einmal sagen. So überzeugend seid ihr bei den Menschen draußen nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Immer noch in der Depression!“) Immer noch in der Depression! Okay, ich hoffe, er wird sich erfangen, der Siegfried.

Werte Damen und Herren, ein Wirtschaftsstandort wird nach der Erreichbarkeit bewertet und hier muss uns alles daran liegen, dass wir einfach vermehrt gute Strecken und Verkehrswege erhalten.

Lassen Sie mich noch eines sagen, wenn du gemeint hast, Siegfried, wir machen dieser neuen Regierung – Schüssel 1 und Schüssel 2 – immer die Mauer. Ja, entschuldige, wer hat denn von 1970 weg jenen Verantwortungsträgern, die ausschließlich für dieses Ressort zuständig waren, die Mauer gemacht? Ich habe das gestern gesagt. Wir müssen jetzt zusammensitzen, um die Versäumnisse von 1970 bis 1999 aufzuarbeiten und zu korrigieren. Jetzt weiß ich schon, dass das auch damals nicht so leicht gegangen ist. Das ist mir schon alles klar. Aber hier herzugehen und immer das zu fordern, was man selbst nicht im Stande war, ist ungeheuerlich. Genauso bei der Landesverkehrspolitik. Ich kann mich erinnern, wie ihr 1996 das Verkehrsressort übernommen habt, ja und jetzt geht es los und das, und das, und das. Wir kommen heute noch zu einem Punkt, wo ihr vier Jahre Zeit gehabt habt, dieses Baulos umzusetzen und heute fordert ihr es mit einem schwachen Entschließungsantrag, verehrte Damen und Herren. Man muss auch gewisse Dinge sehen, wie sie dann letztendlich in der Realität umzusetzen sind.

Zu eurem Entschließungsantrag möchte ich auch noch eines sagen. Lieber Herr Klubobmann, ich glaube, du würdest gut daran tun, auch in der Zukunft – das ist keine Vorschrift, um Gottes Willen, ich maße mir das nicht an – aber eure Einleitungen und Begründungen in den jeweiligen Anträgen und Entschließungsanträgen, die sind einfach unakzeptabel. Die sind nur vorwurfsvoll, die gehen an der Sache vorbei. Und wenn ihr glaubt, dass wir uns auf dieselbe Stufe stellen, dann geht ihr sicherlich irr, verehrte Damen und Herren. Genauso diese



Begründung für diesen Entschließungsantrag, der ist anmaßend, der ist präpotent bis zum Letzten. Da heißt es nur, die SPÖ, die SPÖ. Und wenn es immer heißt „gemeinsam“, wir haben als erstes einen Antrag eingebracht. Wir wollen aber diesbezüglich letztendlich nicht den Vaterschaftsprozess anstrengen.

Herr Präsident! Auch die steirische Volkspartei möchte bei diesem Entschließungsantrag eine punktuelle Abstimmung haben, und zwar auch im Punkt zwei, dass nach litera a, litera b und litera c abgestimmt wird, das ist eine Forderung. Ich sage zu litera c, dass man mit der Doppelmaut in der Zukunft aufräumen soll. Das ist überhaupt keine Frage, möchte aber schon dazu sagen, dass letztendlich gerade der Gleinalmtunnel und der Bosrucktunnel ganz wichtige Verkehrsstrecken sind, die einfach notwendig sind und seinerzeit nur über eine Mautfinanzierung zu errichten waren.

Ich möchte sagen, bei der neuen Mautregelung muss man alles unternehmen, dass eben diese Doppelbemaftung nicht passiert.

Und zu litera b) möchte ich sagen, es ist sicherlich in Ordnung, wenn der Steiermärkische Landtag immer wieder unterrichtet wird, wie weit die Verkehrspolitik auf europäischer Ebene für unser Steirerland fortgeschritten ist.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.11 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, darf ich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Tieschen unter der Leitung von Herrn Obmann Josef Weiß begrüßen. Recht herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Ferner darf ich begrüßen Mitglieder des Gemeinderates des Bezirkes Weiz unter der Leitung von Herrn Gütl. Recht herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (14.12 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptfrau, Regierungsmitglieder, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Es ist festgestellt worden, dass wir hier schon mehrfach über das Thema Eisenbahnausbau in der Steiermark, Verkehrslage der Steiermark diskutiert haben. Das ist richtig. Und trotzdem ist diese Debatte hier – ich sage das in der gebotenen Bescheidenheit – eine historische. Es wird in den nächsten Tagen so oder so im Zuge der Revision der wichtigsten transeuropäischen Netze in Brüssel entschieden werden, ob die Achse Warschau–Venedig, die auch mit dem Titel Pontebbana beziehungsweise in unserem Abschnitt Südbahn bezeichnet wird, ob diese Achse in diese wichtigsten transeuropäischen Projekte aufgenommen wird oder nicht. Das wird sich jetzt entscheiden. Ich gehe einmal übrigens davon aus, dass die Entscheidung in Wirklichkeit schon gefallen ist. Man spricht von Mitte Mai, weil man weiß, wir sind zwar hier nicht das europäische Parlament, nur das steirische, aber wenn man weiß, wie solche Entscheidungen laufen, wie die vorbereitet werden müssen, dann ist wenige Wochen vorher de facto ziemlich klar, wohin da die Reise geht. Alles andere wäre überraschend.

Jetzt warum ist das richtig. Es gibt zwei Möglichkeiten. Es ist schon gesagt worden, Österreich hat drei Achsen genannt, zwei davon sind ohnehin unumstritten, München–Verona, beziehungsweise München–Budapest. Aber, ob die dritte Warschau–Venedig hineinkommt ist nicht sicher, erstens und zweitens, wo sie führen wird, ist ja auch nicht sicher. Was bedeutet das für uns? Wenn die Achse überhaupt nicht aufgenommen wird, ist das noch das geringere Übel, weil dann haben wir uns in der nächsten Zeit wieder mit dem von uns so geschätzten Landeshauptmann Niederösterreichs zu beschäftigen und unseren mehr oder weniger effektiven Vertretern in der Bundesregierung. Wird sie aber aufgenommen und sie führt über Graz weiter Richtung Tarvis oder weiter, was auch eine Möglichkeit ist, über Laibach, dann haben wir zumindest das Thema Semmeringtunnel natürlich ausgestanden, weil bei aller Wertschätzung des Herrn Landeshauptmann Pröll, Brüssel wird nicht erschauern, wenn sie erfahren, dass er nicht unbedingt begeistert ist von diesem Projekt. Dann ist die Sache gelaufen, zumal ja dann auch 20 Prozent Zuschuss winkt. Umgekehrt allerdings auch. Wenn nämlich diese Entscheidung fällt, dass diese Achse kommt, aber sie fährt an Österreich vorbei, sie führt über Ungarn oder Slowenien, dann können wir uns natürlich den Koralmtunnel und den Semmeringtunnel, den ganzen Südbahnausbau endgültig in die Haare schmieren, weil dann wird mit Hochdruck gearbeitet an dieser Umfahrung der Steiermark, im Osten und im Süden und das mit EU-Unterstützung und unter dem Segen der Europäischen Union. Kurz und gut, es handelt sich tatsächlich um eine historische Phase, was den Standort Steiermark anbelangt. Ich sage das, liebe Kollegen Straßberger und Wiedner, ich habe nicht den Eindruck – und da stehe ich voll hinter der Intention des Antrages der Sozialdemokratie natürlich – dass in der öffentlichen Debatte und in den Stellungnahmen bisher, die zu diesem Thema gekommen sind, das nur einigermaßen angeklungen wäre, das Bewusstsein, dass es sich hier um eine historische Entscheidung handelt.

Meine Frage daher an Herrn Landeshauptfraustellvertreter – ich habe die Frage gestern schon angekündigt – berichten Sie uns bitte über Ihre Gespräche in den letzten Wochen über Ihre Informationen, über den aktuellen Informationsstand, was die Verhandlungen über die Revision dieser transeuropäischen Netze anbelangt, weil jetzt geht es wie gesagt ums Eingemachte.

Die zweite Geschichte, die momentan auch aktuell ist, wenn es auch hier nicht um Tage geht, ist im Zusammenhang mit der Ihnen allen wohlbekanntem Frage, wie geht es mit dem Transitvertrag weiter, ist die so genannte Wegekostenrichtlinie, wo auch jetzt in diesen Wochen ein Entwurf, das heißt eine Entscheidung von Brüssel getroffen werden wird. Das ist insofern wichtig, weil damit ein Instrumentarium auch geschaffen wird,



um Bahnausbauten zu finanzieren, insbesondere trifft es die so genannte sensible Zone Alpen, wo eine höhere Maut möglich ist und diese höhere Maut, dieser Zuschlag, für die Querfinanzierung parallelführender Bahnstrecken, also parallel zu Autobahnen und Schnellstraßen führenden Bahnen, möglich ist. Das ist ebenfalls natürlich eine sehr heikle Geschichte für die Steiermark, ist schon angeklungen in der Wortmeldung des Kollegen Straßberger. Wenn wir nämlich dagegen sind, dass die steirische Wirtschaft durch eine höhere Maut belastet wird und sagt, das mit der Wegekostenrichtlinie das gefällt uns gar nicht, wenn wir auch dagegen sind, wie insbesondere der Herr Kollege Wiedner ausgeführt hat und sagt, der Generalverkehrsplan, der war ohnedies super für die Steiermark, das war ja ein Päckchen. Übrigens Packerl, ich bin schon aus dem Alter heraus, Packerl verbinde ich immer mit Weihnachten, mit Ostern verbinde ich Eier. Der Generalverkehrsplan war ein Ei und zwar ein faules, weithin wahrnehmbar faules.

Wenn ich jetzt aber hergehe und sage, ich greife den Generalverkehrsplan nicht an, den schnüre ich nicht auf und die Wegekostenrichtlinie bei der Maut greife ich auch nicht an, dann stelle ich natürlich – und das ist jetzt keine verkehrspolitische, sondern das ist jetzt eine logische Frage – die Frage, ja, wo denn sonst das Geld hernehmen für den Ausbau der Pyhrneisenbahn. Woher sonst? Da habe ich nichts gehört. Da kann auch nichts kommen, weil von irgendwoher muss man das Geld ja nehmen. Im Generalverkehrsplan war unter anderem die Pyhrn-Eisenbahn fast gar nicht dotiert. Damit wir da hier nicht aneinander vorbeireden, bei Pyhrn-Eisenbahn meine ich den Abschnitt zwischen Selzthal und Linz, ein Abschnitt, der weitgehend in Oberösterreich liegt beziehungsweise – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Auch weiter, Tschechien!“) auch hinauf, richtig. Tschechien, richtig, was ja nicht auf steirischem Gebiet liegt, aber kein Argument sein kann, weil ein Generalverkehrsplan, wie das Wort schon sagt, hat ja den Anspruch, über die Ländergrenzen hinweg genau diese Prioritäten zu setzen.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Generalverkehrsplan war weitgehend eine Ansammlung von Wünschen von Landeshauptleuten. Und das ist auch genau eines der Probleme, an denen er von vornherein gekrankt hat.

Das heißt abschließend, wir müssen uns bewusst sein, dass es jetzt in der Steiermark auf mehreren Ebenen um wirklich fundamentale Entscheidungen geht. Das eine ist die Frage der Südbahn, das habe ich schon ausgeführt, die zweite Frage ist aber auch, wie geht es weiter mit allen anderen Bahnverbindungen, die wir brauchen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir hier Entscheidungen zu treffen haben. Wir müssen Farbe bekennen, wir müssen eine Lösung finden etwa für solche Projekte wie für die Pyhrneisenbahn. Wir müssen es schaffen, entweder aus Bundesmitteln für solche Bahnen, dasselbe gilt für die steirische Ostbahn, entweder Gelder von der Bundesebene aus dem Budget aufzustellen oder auch den Mut haben zu sagen, okay, wir werden das aus der Maut finanzieren, zumal ja die Bahn – davon bin ich überzeugt – letztlich der billigere Transportweg sein wird für die steirische Wirtschaft in Zukunft. Wir brauchen uns nichts vormachen, dass in zehn, zwanzig Jahren der Wirtschaft noch gedient sein wird, wenn ihre führenden Mitarbeiter mit dem Pkw nach München fahren müssen zu Besprechungen. Wir brauchen uns nichts vormachen, dass gerade die steirische Wirtschaft ihren hohen Anteil an Schwergütern hat, in Zukunft auf der Straße konkurrenzfähig ihre Sachen transportieren kann. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 14.22 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.

**Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl** (14.23 Uhr): Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Eine sehr interessante Debatte, nur einen breiten Bereich der Sozialdemokratie dürfte sie nicht so sehr interessieren, darum frage ich mich eigentlich, warum auch dann diese Initiative, wenn das deine eigenen Leute nicht so sehr interessiert, Herr Kollege. (Abg. Schrittwieser: „Es sind bei dir auch nur zwei da! – Abg. Kröpfel: „Es kommt nicht auf die Anzahl der Abgeordneten an, sondern auf das Thema, das ist wesentlich.“) Und es ist halt einmal so, auf der einen Seite reden und lamentieren ist halt dieses Muster, dessen man sich hier befleißigt und auf der anderen Seite kommt natürlich das Handeln. Und das Handeln liegt Gott sei Dank auch in den Händen der Regierung und das geschieht auch. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen selbstverständlich versichern, dass gerade der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ein Anliegen ist, das uns über die Parteigrenzen hinweg besonders wichtig und bedeutend ist. Und selbstverständlich, weil der Kollege Hagenauer das ja schon besprochen hat, habe ich mit dem Herrn Estermann, der der Vertreter in dieser Verhandlungsgruppe ist, die sich übrigens strengste Vertraulichkeit auferlegt hat und daher nicht in der Öffentlichkeit arbeitet, Kontakt aufgenommen und selbstverständlich beginnend mit der Frau Minister Forstinger, dem Matthias Reichhold bis jetzt zum Hubert Gorbach, haben wir diese drei Hauptkorridore in den Mittelpunkt unserer Interessen und Betrachtungen gestellt. Und da muss man schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen, wenn die SPÖ-Bundesminister seinerzeit den Semmeringbasistunnel, wie sie heute behaupten, gebaut hätten, dann bräuchten wir überhaupt nicht mehr zu diskutieren, dann würden wir schon durchfahren, schon seit langem würden wir durchfahren. Das ist halt nicht passiert. Man hat ja – ich kann mich noch an diese Werbung erinnern – man hat ja die Autos weggebeamt, ich kann mich erinnern, in der ÖBB-Werbung unter einem gewissen Minister Einem, der war auch irgendwann einmal Verkehrsminister, ist schon lange her. Aber dort liegen halt die Wurzeln. Wir arbeiten daran. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist eines, ich wiederhole das, wir haben derzeit die größten Infrastrukturausbauprojekte Österreichs in der Steiermark sowohl in der Straße als auch auf der Schiene.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, und lieber Siegi, du solltest nicht so sehr in die Ferne schweifen, deine Solidarität mit Tirol ehrt dich, dass du möchtest, dass wir bei der Querfinanzierung aktiv werden und dann womöglich die Inntaltrasse über die Querfinanzierung mit steirischen Einnahmen finanzieren, ehrt dich. Aber bleiben wir doch im Land und ich bitte dich, auch einmal direkt mit einem Kollegen Riedler in der Stadt Kontakt aufzunehmen, weil dort liegt nämlich ein wesentliches Problem. Ich lese nämlich mit Interesse, dass Riedler sagt, die Zeit des Prunks ist vorbei in der Stadt Graz, die Stadt Graz muss sparen und daher sehe ich das HL-AG.-Projekt, die Stadtentwicklung durch Graz gefährdet. Das ist das, was uns in der Steiermark besonders interessieren sollte. Und da würde ich dich bitten, einmal mit den Stadtschuldenrat zu sprechen, der soll Vorschläge bringen, um einmal diese Probleme, die wir wirklich in der Steiermark haben, zu lösen und die Finanzierung sicherzustellen.

Und wenn der Herr Abgeordnete Hagenauer eine Lanze für den Verkehrsausbau bricht, dann weiß ich, dass das ihm ein wichtiges Anliegen ist. Aber bei den Grünen generell orte ich da ein ambivalentes Verhältnis zur Verkehrsinfrastruktur.

Noch einmal zum Semmeringbasistunnel. Bevor der Landeshauptmann Pröll überhaupt draufgekommen ist, dass man aus diesem Projekt vielleicht politisches Kapital in Niederösterreich schlagen könnte, haben nämlich die Grünen schon behindert und haben versucht, dieses Projekt zu torpedieren. Und ich bin überzeugt davon, dass diese Situation um den Semmeringbasistunnel auf eine Verhinderungsstrategie, ausgehend von den Grünen, zurückgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da sollte man auch die Kirche im Dorf lassen. Ich weiß, dass der Herr Hagenauer seinerzeit, wie er noch mehr auf der ÖVP-Seite war und als Vortragender im Krainer-Haus sehr häufig gesehen wurde und dort über Raumplanung und Verkehrsplanung referiert hat, auch noch etwas andere Aspekte in den Vordergrund gestellt hat. Ich habe wirklich das Problem auch mit den Grünen, die hier den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fordern und wenn wir dann irgendwo bauen wollen, dann geht es nicht, weil irgendwo dann ein Widerstand eben lokal organisiert wird. Ich denke an wichtige Projekte, ich denke dabei zum Beispiel an eines meiner Lieblingsprojekte, es ist die Ennstalstraße, die immer wieder blockiert wurde und ich hoffe, dass wir jetzt zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Plan ist immer nur so gut wie seine Umsetzung. Wissen Sie, man kann in einen Plan alles hineinschreiben. Papier ist sehr, sehr geduldig. Aber wichtig ist die Umsetzung. Ich glaube, dass vor allem die steirische Bevölkerung sehen möchte, dass gebaut wird. Und Sie selber halten uns ja immer wieder vor, wir sollten nicht zu viel planen, sondern mehr bauen, mehr umsetzen. Und jetzt geht es darum diesen Generalverkehrsplan mit Leben zu erfüllen, umzusetzen, zu bauen. Und vor allem ist es mein Anliegen, in der Steiermark zu bauen und das ist besonders wichtig. Da habe ich mein Problem mit der von Ihnen angestrebten Querfinanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Querfinanzierung heißt natürlich Geld irgendwo aus einer zweckgebundenen Einnahme woanders hinzugeben. Und ich sage in aller Klarheit, in der Steiermark muss zuerst das hochrangige Straßennetz fertig gebaut werden, die Lücken müssen geschlossen sein und aus Sicherheitsgründen bin ich dafür und werde mich dafür einsetzen, die zweiten Tunnelröhren im Gleinalm- und im Bosruckbereich zu setzen. Und wenn diese Lückenschlüsse vollzogen sind und auf der Schiene die laufenden Projekte umgesetzt wurden, dann können wir über eine Querfinanzierung von mir aus reden, aber vorher bauen wir bitte mit Ihrem Einverständnis in der Steiermark, schließen die Lücken, ertüchtigen die Pyhrn auf der steirischen Seite, werden uns einbringen – selbstverständlich – ich war der erste Verkehrsreferent eines Bundeslandes, der beim neuen Bundesminister für Infrastruktur vorgespochen hat und der ihm die steirischen Projekte ans Herz gelegt hat. Er hat mir in die Hand versprochen, diese Projekte mit allen seinen Kräften zu unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend, wir lassen und ich lasse mir die Entwicklung in der Steiermark auf dem Verkehrssektor von niemandem schlechtreden. Es wird nirgends soviel gebaut wie in der Steiermark. Wir wollen weiterbauen, wir wollen die zweite Tunnelröhre im Gleinalmtunnel bauen, wir wollen die zweite Tunnelröhre im Bosruck fordern, wir werden die S 6, die Semmerings Schnellstraße bauen – immer wenn ich den Straßberger sehe, werde ich schon ganz blass, weil dann kommt der Ganzstein, der Seeberg wird ein bisschen warten. Aber es kommt der Ganzsteintunnel und wir werden das umsetzen, meine Damen und Herren, zum Wohle der steirischen Wirtschaft. Fahren Sie mit mir einmal mit einer Draisine vom Grazer Hauptbahnhof nach Werndorf. Fahren Sie einmal mit einer Draisine, genau da tut man auch ein bisschen etwas für den Ärmel, fahren Sie einmal mit einer Draisine vom Grazer Hauptbahnhof nach Werndorf, Sie werden sehen, wie beeindruckend die Baustellen im Schienenbereich in diesem Land sind. Seien wir stolz darauf, reden wir das nicht mies. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.30 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (14.30 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Ich erinnere mich an meine Schulzeit, als ich Ähnliches von mir gegeben hatte zu einem wirklich interessanten Thema. Jetzt kommen plötzlich ausweichend die Grazer Stadtpolitik oder irgendwelche derartige Dinge, die hier wirklich nicht herpassen. Was hier herpasst, hat Herr Hagenauer richtigerweise gesagt. Aber in meiner Schulzeit hat mir meine Lehrerin damals gesagt, Thema verfehlt, nicht genügend, setzen. Wir haben heute ganz klipp und klar nicht die Frage zu erörtern, was wir vom Generalverkehrsplan halten, das haben wir im Ausschuss gemacht. Darum haben wir im Ausschuss auch gesagt, ich brauche nicht das wiederholte Vorbeten eures

Lamentos, wie toll denn das ist. Wie wollt ihr denn irgendjemand erklären, dass 8 Prozent so toll sind, wenn Niederösterreich 28 Prozent hat. Wollt ihr das irgendjemand erklären? Mir nicht bitte schön! (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Weil das falsch ist, Herr Kollege!“) Dann erklärt das irgendjemand und erklärt irgendjemand, dass die Verkehrssituation in der Steiermark so toll ist, dass wir überhaupt nichts mehr brauchen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das sagt ja keiner!“) Sie sagen das, Herr Landeshauptmann! (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Kein Mensch sagt das!“) Ich zitiere aus Ihrer Stellungnahme, als zuständiges Mitglied der Landesregierung, das im Antragsvorspann an Ihre Kolleginnen und Kollegen. Ich zitiere: „Die gegenwärtige Situation der steirischen Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist dadurch gekennzeichnet, dass die steirischen Wirtschaftsräume im internationalen Vergleich äußerst schlecht erreichbar sind – (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das sind die Sünden der Vergangenheit!“) – und die steirischen Bezirke bei innerösterreichischen Erreichbarkeitsvergleichen schlecht abschneiden. Also nicht der Kollege Schrittwieser macht die Steiermark mies, sondern das zuständige Regierungsmitglied stellt fest, wir haben eine nicht befriedigende Verkehrslage in der Steiermark und das ist auch für die Wirtschaftslage nicht befriedigend. Nehmen wir das einmal zur Kenntnis. Das sind Fakten, die Sie uns selbst mitgeteilt haben, im Vorspann zu diesem Antrag. Erster Punkt. (Abg. Tasch: „Das ist ein echter Skandal!“)

Zweiter Punkt, Sie schließen dann daraus, dass es nicht erforderlich ist, den Generalverkehrsplan neu zu überlegen, oder wie wir gesagt haben, vielleicht weiter zu entwickeln. Übrigens haben dies Ihre Kollegen im Ausschuss und auch im Bericht das so festgeschrieben, haben sich durchaus damit angefreundet mit der Begrifflichkeit, es wäre gescheit, den Verkehrsplan in diese Richtung weiterzuentwickeln. Ja, warum denn?

Wie wollen Sie jemand in Brüssel erklären, dass wir die Hineinnahme dieses wichtigen, für Österreich wirtschaftspolitisch unerlässlichen Projektes, in die 25 wichtigsten Projekte der transeuropäischen Netze, verlangen, wenn Sie gleichzeitig permanent sagen, es ist ohnedies alles so toll und wir wollen vor allem unseren Generalverkehrsplan nicht aufschnüren, weil in diesem ist ohnedies alles so fein. Gleichzeitig ist aber in diesem Generalverkehrsplan dieses Projekt mit einer Priorität am St. Nimmerleinstag beschrieben. Das können Sie doch in Brüssel überhaupt niemanden erklären, dass Sie das dann ernst nehmen mit der prioritären Behandlung unseres Anliegens. Also wir reduzieren uns auf das, was der Kollege Hagenauer richtigerweise gemeint hat, es geht um die Frage, wie können wir für unser gemeinsames Anliegen – und erfreulicherweise ist es ein gemeinsames Anliegen – bestmögliches Lobbying in Brüssel betreiben. Da haben wir nicht mehr und nicht weniger gesagt, als das, über was die Bundesregierung hinaus selbstverständlich in unserem Sinne zu tun hat. Unsere Formulierung heißt ja das auch – Herr Kollege Wiedner, wenn du sagst, da wimmelt es vor Unterstellungen –, unsere Unterstellung heißt, dass wir uns nicht nur auf das Handeln der Bundesregierung verlassen mögen, sondern auch selbst initiativ werden sollen, indem auch die Mitglieder (Abg. Wiedner: „Wir brauchen keine Aufforderung von euch. Wer sagt, dass man nicht initiativ ist in Brüssel?“) Ich sage, dass wir uns nicht nur auf das verlassen, sondern darüber hinaus richtigerweise selbst Initiativen setzen, um die Ziele eines gemeinsamen Ausschussantrages zu erreichen. Ja, was behindert uns denn selbst initiativ zu werden? Gerade wir, die wir ständig in diesen Gremien unterwegs sind, wissen einiges. Lobbying, Lobbying, Lobbying ist entscheidend in Brüssel und nicht darauf verlassen, ob irgendjemand vielleicht irgendetwas an der geeigneten Stelle deponiert. Wir haben Lobbying zu betreiben. Und je intensiver wir das tun, desto eher haben wir eine Chance berücksichtigt zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt weiß ich schon, dass es unreell wäre, heute zu sagen, wenn die Frau Landeshauptmann morgen im Ausschuss der Regionen in Brüssel sein wird, ich weiß schon, dass das nicht mehr geht, hier terminlich etwas zu disponieren, ich weiß aber auch, dass es unrealistisch wäre und unreell jetzt zu sagen, es wäre gescheit, dass man morgen einen Termin bei van Miert oder bei Frau de Palacio erreichen könnte, das weiß ich schon. Aber dem Grunde nach ist auch eines klar, wenn man mit der Absicht, in Brüssel Lobbying betreibt, dort unsere Projekte ernsthaft und intensiv vorzutragen, dann finden wir auch Abnehmer für unsere Interessen und dann finden wir auch dort die entsprechende Aufmerksamkeit. Dieses und nichts anderes haben wir gemeint, wenn wir sagen, wir wollen uns nicht nur auf andere verlassen, sondern wir wollen auch selbst als das Land Steiermark durch die eigenen Repräsentanten dort für unsere Interessen Lobbying betreiben, von denen wir alle miteinander erfreulicherweise überzeugt sind, dass es eine ganz, ganz wichtige Sache ist und wie Kollege Hagenauer richtigerweise sagt, es gibt eine ganz dramatische Entscheidung (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist überschritten!“), nämlich die Entscheidung, kommt es zur Südumfahrung Österreichs, ist die steirische Wirtschaft abgenabelt von den gesamteuropäischen Netzen oder nehmen wir diese neu aufgetauchte Chance war, die uns dadurch in den Schoß gefallen ist, dass Brüssel die Projekte neu zu überdenken gedachte und wir nunmehr die Chance haben, innerhalb der nächsten Tage und Wochen mit unseren Anliegen noch einmal an Brüssel heranzutreten. Um Gottes willen, lassen wir uns doch diese Chance nicht deshalb verabsäumen, weil wir sagen, ach, der Wiener Verkehrsminister wird das schon richten, wir brauchen hier nichts zu tun. Betreiben wir Lobbying, indem wir unseren gemeinsamen Antrag dorthin transportieren, wo er hingehört, nämlich zu den entscheidenden Damen und Herren nach Brüssel. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin jedenfalls nicht damit zufrieden, dass du sagst, tun wir eh! Ich fordere uns alle auf – und das ist Gott sei Dank in Form eines Antrages entstanden, ich hoffe es bleibt dabei, dass es ein gemeinsamer Antrag wird – diesen Antrag über alle Kanäle dorthin hin zu tragen, wo er hingehört. (Beifall bei der SPÖ. – 14.38 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 23 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zu dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend den Ausbau der neuen Südbahn, gibt es einen Antrag zu einer punktuellen Abstimmung, ich ersuche daher um besondere Aufmerksamkeit.

Ich komme zum Punkt eins des Entschließungsantrages, der lautet: Der Landtag wolle beschließen: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich im Wissen um die Notwendigkeit einer glaubwürdigen steirischen Position und als Unterstützung für die Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung eindeutig zu den Zielen, die mit den an die Landesregierung gerichteten Forderungen des gemeinsamen Ausschussantrages erreicht werden sollen. Wer diesem Punkt eins seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich komme zum Punkt zwei. Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) sich nicht nur auf das Handeln der Bundesregierung zu verlassen, sondern selbst Initiativen in Brüssel zu setzen, um die Ziele des gemeinsamen Ausschussantrages zu erreichen. Wer dem Punkt zwei a) seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich komme zu zwei b). Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Steiermärkischen Landtag über alle von ihr gesetzten Schritte und deren Ergebnisse bis Ende Juni 2003 zu berichten. Wer dem Punkt zwei b) seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Punktes zwei b) fest.

Zwei c lautet: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Doppelpaut spätestens für den Fall, dass es auf diesen Trassen zu einer Querfinanzierung kommt, entfällt.“

Wer diesem Punkt zwei c zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme von Punkt zwei c fest.

Meine Damen und Herren, bei den Tagesordnungspunkten 7 bis 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese sechs Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

### **7. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1240/1, der Abgeordneten Wicher, Stöhrmann, Tschernko, Hammerl, Ing. Ober, Straßberger, Hamedl, Detlef Gruber und Gross, betreffend barrierefreie Gehsteige.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Josef Ober. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Ober** (14.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf den Bericht zur Einl.-Zahl 1240/1, Antrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Hammerl, Ing. Ober, Straßberger und Hamedl, betreffend barrierefreie Gehsteige, vortragen.

Trotz eindeutiger Vorgaben gibt es in der Steiermark noch immer für Rollstuhlfahrer unüberwindbare Gehsteigkanten. Gerade im Europäischen Jahr der Behinderten sollte die Steiermark hier vorbildlich sein und dafür Sorge tragen, dass diese Barrieren für Rollstuhlfahrer aber auch für ältere Personen, Kinderwagen, Dreiräder et cetera beseitigt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Gehsteige in der Steiermark etwa durch Abschrägung der Kanten im Bereich von Einfahrten und Fußgängerübergängen barrierefrei gestaltet werden. (14.42 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

### **8. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 936/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Umfahrung Neumarkt.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (14.42 Uhr): Zum Antrag betreffend die Umfahrung Neumarkt liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor, die sich in vier Punkten der Thematik widmet und Mitteilung macht über ihre Sicht der Dinge. Der Infrastruktur-Ausschuss hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 936/1, der Abgeordneten Margarethe Gruber und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend Umfahrung Neumarkt, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (14.43 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 897/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der L 114, Schanzsattelstraße, Einbindung in die L 115, Allerheiligenstraße und Thermalbohrung.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Stöhrmann** (14.44 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 897/1, und darf mich dabei auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Zu Punkt drei des Antrags wird ergänzend festgestellt:

Wie schon in der Stellungnahme der Fachabteilung 18A vom August 2002 festgehalten, hat das Bauvorhaben „Petermoarbrücke“, welches sich derzeit im Vergabestadium befindet, auf Grund der Hochwassersituation, der Verkehrssicherheit und der Bauschäden an der bestehenden Brücke Priorität gegenüber dem weiteren Ausbau an der L 114 von der Petermoarbrücke bis nach Edelsdorf.

Zu Punkt vier des Antrages wird ergänzend festgestellt:

Das Bauvorhaben „Petermoarbrücke“ wird, wie schon erwähnt, im Jahre 2003 realisiert.

Ein genauer Realisierungszeitpunkt für die Fortsetzung der Baumaßnahmen kann derzeit auf Grund der nicht bekannten Landesbudgets der folgenden Jahre nicht angegeben werden.

Die Thermalbohrung hat jedoch nach den der Fachabteilung 18A vorliegenden Informationen keinen Einfluss auf das gegenständliche Bauvorhaben.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 897/1, der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Ausbau der L 114, Schanzsattelstraße, Einbindung in die L 115, Allerheiligenstraße und Thermalbohrung, wird zur Kenntnis genommen. (14.45 Uhr).

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1250/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Kreuzung Roseggergasse–Dr.-Karl-Widdmann-Straße“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (14.46): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1250/1 der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Grund- und Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Kreuzung Roseggergasse–Dr.-Karl-Widdmann-Straße“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.

Es geht hierbei um eine Ablöse von Grundstücken und Wohnhäusern der Frau Primoschitz Maria und der Frau Schenk Ann Maria.

Es liegen Ihnen die Zahlen vor und ich ersuche um Annahme. (14.46 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1251/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Feldkirchner Straße–Flughafen“ der L 379, Thalerhofstraße.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. List** (14.47 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses!

Ich darf über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1251/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Feldkirchner Straße–Flughafen“ der L 379, Thalerhofstraße, berichten.

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grundeinlösung für das Bauvorhaben unter sinnvoller Anwendung des Eisenbahn-Enteignungsgesetzes 1954 durchgeführt.



Die seitens der gerichtsbeeideten Sachverständigen ermittelte Entschädigung von 2.236.253,38 Euro ist angemessen und vertretbar und setzt sich wie folgt zusammen: Dazu werde ich jetzt kurz die Empfänger dieser Entschädigungen vortragen:

Frau Sheila Sorger-Domenigg mit einer Gesamtentschädigung und einem Auszahlungsbetrag von 183.693,44 Euro.

Frau Waltraud Lienhart mit einer Entschädigung und einem Auszahlungsbetrag von 297.125,69 Euro.

Familie Josef und Maria Eichinger mit einem Auszahlungsbetrag von 199.755 Euro und Frau Maria Krebs mit einem Auszahlungsbetrag von 282.277 Euro als Entschädigungen.

Des Weiteren werden vier Übereinkommen angeführt, wonach näher bezeichnete bauliche Anlagen dauernd und lastenfrei in das Eigentum des Landes, die Landesstraßenverwaltung, abzutreten sind und bis längstens 31. Dezember dieses Jahres zu räumen und zu übergeben sind. Mit dem Herrn Hans Kiendl wurde eine Entschädigung von insgesamt 210.199 Euro, mit der Frau Veronika Müller ein Übereinkommen über eine Entschädigung von insgesamt 410.339 Euro, für die Frau Juliana Parzmaier eine Entschädigung von 213.130 Euro vereinbart und ein Übereinkommen über eine Entschädigung von insgesamt 277.157 Euro wurde mit dem Herrn Gerhard Sommer getroffen.

Das sind alles Entschädigungssummen über 100.000 Euro.

Zusätzlich hat die Fachabteilung 18A auf Grund der Diskussion im Ausschuss in Ergänzung zu dieser Regierungsvorlage dem Landtag die Summen unter 100.000 Euro mitgeteilt. Das sind drei Entschädigungen an die Firma Franz Binder KG. mit 22.591,25 Euro, an die Firma Segro mit 67.936 Euro und an die Gemeinde Seiersberg mit 72.050 Euro, die durch Regierungssitzungsbeschluss gefasst wurden. Diese Summen von insgesamt elf Entschädigungen durch Landtags- und Regierungssitzung zu beschließen, machen insgesamt 2.236.253,38 Euro aus.

Jetzt zum Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grund- sowie Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Feldkirchner Straße–Flughafen“ der L 379, Thalerhofstraße, im Betrag von 2.236.253,38 Euro zu Lasten Vst. 1/611203-0020, wird genehmigt. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. (14.50 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke für den äußerst ausführlichen Bericht. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1260/1, betreffend Grund- sowie Objekteinlösung 8965 Pruggern 125 für das Bauvorhaben „Begleitweg Assach–Pruggern“ der Landesstraße B 320, Ennstalstraße.**

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wiedner** (14.50 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1260 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Grund- und Objekteinlösung in Pruggern „Begleitweg Assach–Pruggern“ der Landesstraße B 320.

Es geht hierbei um die Ablöse der Liegenschaft EZ. 250 und 454, jeweils der KG. 67209 in Pruggern, bestehend aus den Grundstücksnummern 1609 Baufläche und 1607 LN im Gesamtausmaß von 1471 Quadratmeter. Diese Grundstücke wurden geschätzt und die Entschädigung beträgt 232.589 Euro. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (14.51 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatte. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihr.

**Abg. Margarethe Gruber** (14.52 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist nicht alles Gold, was glänzt, und es ist nicht immer wünschenswert, wenn man etwas übertragen beziehungsweise geschenkt bekommt, hier insbesondere die Verlängerung der Bundesstraßen.

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 8, Einl.- Zahl 936/1, betreffend Umfahrung Neumarkt sprechen. Schon jetzt frequentieren rund 11.000 Kraftfahrzeuge und davon über 1300 Lkws täglich diese stark belastete Straße. Für die Zukunft wird es eine weitere Erhöhung geben, die sich schon aus der normalen Erhöhung rekrutiert, aber vor allem auch durch das Projekt Vivarium, das für diesen Bereich nur gut ist, weil es für die Region sehr viel bringt, aber wenn man vertrauen kann, dass 70.000 Besucherinnen und Besucher jährlich erwartet werden, dann wird sich natürlich die Frequenz der Straßen erheblich erhöhen.

Zu diesem Antrag gibt es eine Stellungnahme der Landesregierung und hier wird sehr kurvenreich umschrieben und umfahren, dass die Verlängerung der Bundesstraßen eigentlich Nachteile mit sich bringt. Nachteile, weil es zu Verzögerungen für den Baubeginn der Umfahrung Neumarkt kommt.

In unserem Antrag haben wir auch gefordert, dass die Verlängerung der S 36 bis an die steirisch-kärntnerische Grenze erfolgen soll und es erscheint jetzt erfolgreich zu sein, da wieder Gespräche mit dem Bundesland Kärnten und der ASFINAG aufgenommen werden, aber es werden sich trotzdem Verzögerungen ergeben.

Ich darf einen Unselbstständigen Entschließungsantrag mit folgendem Wortlaut einbringen:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die durch die Verlängerung der Bundesstraßen entstandene Dauer der Verzögerung des Ausbaues der S 36, Murtalschnellstraße, möglichst kurz zu halten; zweitens in Gesprächen mit dem Bundesland Kärnten und der ASFINAG zu erreichen, dass die S 36 möglichst rasch bis an die steirisch-kärntnerische Grenze verlängert wird; drittens in Verhandlung mit der Bundesregierung einzutreten, mit dem Ziel, dass die betragsliche Bregrenzung der den Ländern bis Ende bis 2008 für die übertragenen Bundesstraßen zur Verfügung gestellten Budgetmittel, deren Steigerung nicht einmal die Abgeltung der Inflationsrate erreichen, aufgehoben wird und den Ländern von Bund Mittel in derselben Höhe wie vor der Verlängerung zur Verfügung gestellt werden sowie viertens in Verhandlungen mit der Bundesregierung einzutreten, mit dem Ziel, ehest möglich eine entsprechende finanzielle Dotierung seitens des Bundes für zukünftige Investitionen in die übertragenen Bundesstraßen für die Zeit nach 2008 sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie schon in Anbetracht auf die Zustände, die in dieser Region auf unseren Straßen herrschen, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.55 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Stöhrmann** (14.56 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf zu Punkt neun das Wort ergreifen und diesbezüglich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Stöhrmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa.

Am 14. Mai 2002 wurde von den oben genannten Abgeordneten unter der Einl.-Zahl 897/1 ein Antrag betreffend Ausbau der L 114, Einbindung der L 115 und Thermalbohrung eingebracht, dessen Beschlusstext lautete:

„Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zu prüfen, ob und wieweit sich die drei Projekte ‚Ausbau der L 114 zwischen Kilometer 2,6 und Edelsdorf‘, ‚Umbau der Petermoarbrücke‘ und ‚Thermalbohrung im Kreuzungsbereich‘ gegenseitig beeinflussen und welche Wechselwirkungen vorliegen, zweitens darzulegen, welche Auswirkungen die raschere Verwirklichung eines der drei Projekte auf die beiden anderen hat, drittens darzulegen, ob ein Vorziehen des Projektes ‚Ausbau der L 114 zwischen Kilometer 2,6 und Edelsdorf‘ sinnvoll und machbar ist und wenn nicht, warum nicht sowie viertens darzulegen, wie und in welchem Zeitraum die Finanzierung aller drei Projekte erfolgen soll.“

Dieser Antrag wurde der Landesregierung zur Abgabe einer Stellungnahme zugewiesen, deren Inhalt heute als Schriftlicher Bericht zur Behandlung vorliegt. In dieser Stellungnahme wird auf den schlechten Zustand des Abschnitts Kilometer 2,6 bis Edelsdorf der L 114, Schanzsattelstraße, nur am Rande eingegangen. Vielmehr sei der Ausbau der Petermoarbrücke prioritär, da diese erhebliche Bauschäden aufweist.

Dem widerspricht eine vom Gemeinderat Stanz am 4. April 2002 einstimmig beschlossene Petition, nach der in jedem Fall der Ausbau der L 114 sowie der Bau eines Radweges in diesem Abschnitt notwendig wären.

Die Schanzsattelstraße ist schon teilsaniert, es fehlen lediglich noch 2 Kilometer Straßenlänge, die zu sanieren sind. Die L 114 stellt eine wichtige Nord-Süd-Verbindung zwischen den Bezirken Mürzzuschlag und Weiz und Hartberg dar und wird täglich von insgesamt bis zu 1400 Pendlern aus der Stanz und aus der Oststeiermark benützt. Außerdem kommt noch der Schwerverkehr vom Steinbruch Possegg hinzu. Eine Benützung der L 114 mit dem Fahrrad ist bei dem momentanen Straßenzustand kaum möglich; deshalb wäre der Bau eines Radweges äußerst wünschenswert.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Ausbau des fehlenden Abschnittes der L 114 zwischen Kilometer 2,6 und Edelsdorf vorzuziehen und gemeinsam mit dem Bauvorhaben Petermoarbrücke heuer in Angriff zu nehmen, sowie zweitens in dem genannten Abschnitt einen Radweg zu errichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am vergangenen Sonntag hat die Gemeinde Stanz, ein sehr liebenswerter Ort in einem Seitental des Mürztales, einen großen Festtag gefeiert. Es wurde der Gemeinde Stanz über einstimmigen Beschluss der Landesregierung ein Gemeindewappen verliehen. Bei der Verleihung dieses Gemeindewappens wurde von den Rednern betont, dass natürlich mit der Verleihung dieses Wappens auch verschiedene Dinge verbunden sind beziehungsweise dazu geführt haben, dass dieses Wappen überhaupt verliehen wurde. Nämlich die gute und solide Entwicklung, die diese Gemeinde im Mürztal in den letzten Jahren genommen hat. Die Freude darüber war groß. Es wurde auch betont, dass dieses Gemeindewappen die sichtbare und optische Auszeichnung für gute Wirtschaftsführung sei. Sichtbare und optische Aussicht für eine Gemeinde ist aber auch, wie man in diese Gemeinde gelangt und letzten Endes sind es die Straßenverbindungen dazu. Wenn ich daran denke – wie schon im Antrag genannt – dass sehr viele Pendler täglich diese Straße benützen müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz im Mürztal zu kommen, dann wäre es nur recht und billig, wenn man diese restlichen 2 Kilometer – es ist nur mehr ein Kilometer, der zu sanieren ist – auch durchführen würde. Noch dazu, wo im vorigen Jahr die Freiheitliche Partei der Gemeinde Stanz mit einer Aussendung hinausgegangen ist und ich darf ich sie hier zitieren:

„Geschätzte Bürgerinnen und Bürger! Unser Landesrat Leopold Schögggl hat es durchgesetzt, die Schanzsattelstraße wird saniert!“ Das war ein Versprechen, das man sehr wohl aus populistischen Gründen mit Flugblättern hinausgetragen hat, aber eine Verwirklichung dessen ist bis jetzt noch in weiter Ferne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist es ja genau, es wird saniert. Es wird in den Raum gestellt, es wird versprochen, das ist die Art, wie Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, Politik betreiben. Aber das allein wäre empörend genug, wenn man sich so über eine leidtragende Bevölkerung, die in einem Seitental lebt, lustig macht. Viel zynischer wird die Sache ja noch, wenn man die Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters kennt. In der Begründung und in der Vorlage war immer davon die Rede, dass es von den finanziellen Mitteln abhängt. Ich habe mich, weil mir diese Sache wirklich am Herzen liegt, natürlich mit dem Herrn Landeshauptmann direkt in Verbindung gesetzt. Wissen Sie, was die Antwort war? Ich hätte diese Straße schon längst saniert, wenn sich die Stanzer nicht unterstanden hätten, eine Unterschriftenaktion ins Leben zu rufen, um auf diesen Umstand hinzuweisen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist empörend und es zeigt davon, wie wenig Demokratieverständnis in dieser Partei zu Hause ist, wenn man so vorgeht. Es ist einfach empörend, wenn sich Menschen um ihre berechtigten Anliegen kümmern, wenn sie sich aufrufen – es ist ja gar nicht so einfach, 1000 Unterschriften zusammenzubringen in so einem kleinen Gemeindegebiet –, wenn sie sich aufrufen und das durchführen und dann dafür bestraft werden, weil sie sich anmaßen, Unterschriften für ihre Belange zu sammeln. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe den Eindruck, Sie gehören zu jenen, die sehr gerne, wenn sie oben sitzen, austeilen, die aber nicht in der Lage sind, auch Kritik entgegenzunehmen.

Ich fordere Sie auf, Ihre mimosenhafte Art, die Sie in diesen Fragen und in anderen Fragen diesbezüglich schon öfters hier zur Schau gestellt haben, endlich einzustellen und im Sinne der Bevölkerung, die diese Straßenverbindung so notwendig braucht, zu handeln. Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ersuche ich wirklich, treten Sie unserem Entschließungsantrag bei, ganz besonders hoffe ich auf die Unterstützung des Mürztaler Abgeordneten Josef Straßberger. (Beifall bei der SPÖ. – 15.03 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Ober. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Ober** (15.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Ich darf mich zu dem Punkt zur Barrierefreiheit zu Wort melden und werde sicher nicht so lautstark auftreten, obwohl es auch eine sehr wichtige Forderung ist. Ich weiß, dass es im Land Steiermark sehr viele wichtige Vorhaben gibt, aber gerade in einem Jahr, wo man den Behinderten und vor allem auch den Barrieren sozusagen Unterstützung zugesagt hat, ist es glaube ich wichtig, dass wir auch unser Landes- und Bundesstraßennetz und auch Gemeindefußstraßennetz überdenken und vor allem auch die Gehsteige, Zufahrten und Schutzwege anschauen, wo es hier auch Barrieren gibt. Und es gibt genug dieser Barrieren, wo Menschen mit Rollstühlen Probleme haben, aber auch Benutzer von Kinderwägen, Rollerskater, Skateboarder, Radfahrer, Dreiradfahrer stoßen immer wieder an Punkte, wo sie nicht weiter können. Ich glaube, dass es im heurigen Jahr auch möglich sein muss bei allem Bemühen um Gemeinsamkeit mit dem Land Steiermark und den Gemeinden, dass man hier diese Behinderungen im Laufe dieses Jahres entfernt. Bei Neubauten muss man feststellen, dass im größten Ausmaße das berücksichtigt wird und auch schon Zufahrten, Schutzwege abgesenkt werden, damit es auch vorbildlich benutzt werden kann.

Wir haben im Ausschuss das auch einstimmig beschlossen, und ich bitte Sie, Herr Landesrat, in Ihrer Möglichkeit mit den Mitarbeitern des Landes Steiermark dafür einzutreten, damit dieses Jahr der Behinderung heuer auch zu einem guten Jahr wird und wir am Ende dieses Jahres berichten können, dass ein Gutteil all dieser Behinderungen entfernt worden ist. Im Zuge dessen, wenn Schutzwege umgebaut werden und auch untersucht werden, ob Schutzwege am richtigen Ort sind, und diese dann abgesenkt werden, ist es glaube ich auch mit wichtig, dass hier auch eine gute Beleuchtung angebracht wird und dass zumindest bei diesen Absenkungsarbeiten die Fundamentierungsarbeiten für eine spätere Beleuchtung vorgesehen werden. Es ist mir bewusst, dass natürlich diese Ausstattung einer besonderen Beleuchtung Geld kostet, aber die könnte dann ja in den nächsten Jahren auch nachgerüstet werden. So danke ich allen Mitgliedern des Landtages, den Regierungsmitgliedern, besonders dem Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, dass diese Initiative unterstützt wird und im heurigen Jahr damit, mit Jahresende, eine gute Bilanz gezogen werden darf. Ich danke herzlichst für diese Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP. – 15.07 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Straßberger** (15.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!

Nach langem ist heute wieder eine größere Verkehrsdebatte hier im Hohen Haus und das tut glaube ich gut. Ich möchte mich auch zum Tagesordnungspunkt 9 melden und möchte auch feststellen, dass diese Straßenverbindung nach Stanz in einem wirklich schlechten Zustand ist und ich darf fast sagen, in einem scheußlichen Zustand. Herr Präsident, entschuldige, wenn ich das hier so sage. Aber so leicht kann man es sich ja nicht machen, Herr Kollege Stöhrmann, du hinkst in der Verkehrspolitik und in den Vorhaben immer etwas hinten nach und das ist dein großes Problem. Du trittst da hier sehr lautstark auf, aber ich darf dir Folgendes sagen:

Bereits am 11. März 1997, da war die Verkehrspolitik in der Steiermark in SPÖ-Hand, bei Herrn Ing. Joachim Ressel. Wir haben einen Antrag eingebracht, und zwar waren es damals die Personen Straßberger, Ing. Kinsky, Ing. Löcker und Ing. Mag. Peter Hohegger. Einige sind schon lange nicht mehr hier. Da haben wir diesen Antrag eingebracht, und zwar mit dem Passus, „eine umfassende Sanierung der L 114 im Zuge des Ausbaues der Auffahrt S 6, Semmeringschnellstraße und dergleichen“. Nur damals, weil dieser Antrag – jetzt sage ich das ein bisschen überspitzt – von den Schwarzen gekommen ist, hat der rote Verkehrsreferent gesagt, kommt nicht in Frage. Heute werden die Vorzeichen umgedreht. Ich habe das heute schon einmal hier gesagt und das ist wirklich das Schleißige an dieser Verkehrsdebatte, dass man immer das sagt oder das so dreht und wendet, wie es einen passt. (Abg. Stöhrmann: „Das Schleißige ist, dass unser Landesrat Ressel bis auf 2 Kilometer die ganze Straße saniert hat und das hast du vergessen dabei!“) Werte Damen und Herren, dass man in der Verkehrspolitik, im Straßenbau zuerst die Brücken baut und dann die Straßen, ist überhaupt keine Frage. Denn zwischen Sankt Marein und Kindberg, wo an der S 6 der Vollausbau erfolgt, werden jetzt die Brücken gebaut und dann kommen die Straßenbauten. Ich habe gehört, und es ist so vorgesehen in Allerheiligen, dass diese Petermoarbrücke jetzt in Angriff genommen wird und dann kann man die Straße bauen. Aber eine Frage an dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, ich würde dich heute hier sehr höflich bitten, wenn du uns heute hier sagst, wann mit diesem Baulos wirklich begonnen wird, Ausschreibung und Baubeginn. Denn dieser Entschließungsantrag, das ist auch wieder ein Antrag für den Rundordner, denn das ist alles längst mit Anträgen und Regierungsvorlagen dokumentiert. Ich möchte heute hier von dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter und die steirische Volkspartei hören, wann dieses Baulos begonnen wird.

Ich weiß, es steht kurz vor dem Beginn. Ich glaube, ein Mann, ein Wort und wir wissen dann genau und können draußen argumentieren, wann die Bevölkerung damit rechnen kann, dass ein ordentlicher Verkehrsweg in die Stanz führt. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.10 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.

**Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl** (15.10 Uhr): Ja, es ist wirklich so, Wir haben zwar im Land eine Konzentrationsregierung, du weißt es. Nur ist es so – in der Verkehrspolitik ist es immer so – ist es ein schwarzer Landesrat werden die Straßen im roten Bereich nicht gebaut, ist es ein roter Landesrat, werden die Straßen im schwarzen Bereich nicht gebaut. Darum ist es ganz richtig, dass ich zuständig bin, weil damit ist die entsprechende Objektivität gewahrt und es werden genau jene Straßen gebaut, die notwendig sind, die berechtigt sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich könnte jetzt so weit gehen und sagen, den gleichen Vorschlag könnte ich ja auch für das Gemeindefeferat machen. Da haben wir auch zwei und wenn es da wirklich um die Objektivität geht, sollte ich wirklich dieses Referat übernehmen, dann werden alle Gemeinden richtig betreut. Aber weg vom Scherz, lieber Kollege Stöhrmann. (Abg. Gross: „Das ist wirklich ein Scherz, Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Eine gute Idee. Schauen Sie, wir haben eine sehr ausgewogene Regierung und darum ist es auch wichtig, dass dort die Kompetenzen hinkommen, wo sie am besten aufgehoben sind. Aber zum Kollegen Stöhrmann. Ich sage das ganz klar. Die Stanz liegt mir sehr am Herzen und das Mürztal ist ja jetzt momentan hier herinnen der Mittelpunkt der Steiermark. (Abg. Bacher: „Und Murau? Wann kommt Murau einmal dran?“) Murau, dort kommen wir auch noch hin. Ich sage es ganz ehrlich, wir haben eine Diskussion gehabt, welches Baulos machen wir zuerst, die Breitenau oder die Stanz, nach Maßgabe der Mittel. Ich habe den Stanzern versprochen, wir werden das so rasch wie möglich in Angriff nehmen. Was hat denn der Stanzler Vizebürgermeister, seinerzeit ein unter mir dienender Betriebsrat im Werk, mit meiner Zusage, die Straße herzurichten, gemacht? Er ist hergegangen und hat Unterschriften gesammelt, um nachher, wenn es gemacht wird, nachweisen zu können, dass er mit seiner Unterschriftensammlung mich so quasi in die Knie gezwungen hat und wollte damit politisches Kleingeld wechseln. Das habe ich dir auch gesagt und so war es auch und dazu stehe ich auch. Nur für das Wechseln politischen Kleingeldes stehe ich überhaupt nicht zur Verfügung und ich sage das auch in aller Deutlichkeit. Wir werden dieses Projekt angehen und zwar Gott sei Dank wurde jetzt zuerst die Brücke in Angriff genommen, dort wird ja schon gebaut. Beim Abtragen des Asphalts ist man draufgekommen, dass die Betonträger schwerste Schäden aufweisen und dass es richtig war, die Entscheidung so zu treffen, dass hier bei der Brücke begonnen wird. Weil wer weiß, was passiert wäre. Die SPÖ wollte ja das Projekt umdrehen und hat gesagt, wir machen zuerst die Straße und dann die Brücke. Deshalb sage ich, die Entscheidung war richtig, so zu beginnen und wir werden im heurigen Jahr noch alle Vorarbeiten abgeschlossen haben und spätestens im nächsten Jahr wird im Frühjahr die Ausschreibung abgeschlossen sein, die Angebote vorliegen – auch wichtig als beschäftigungspolitische Initiative – und im kommenden Jahr wird dieses Straßenstück gebaut und wir beide werden das dann eröffnen. Ich lade dich auch ein dazu, dann werden wir alle drei vielleicht zufrieden sein. (Abg. Straßberger: „Nächstes Jahr wird sie gebaut?“) Im kommenden Jahr, 2004 ist die Sache erledigt.

Ich möchte aber noch zwei sehr, sehr wichtige Dinge sagen. Ich habe mir einen persönlichen Schwerpunkt zurecht gelegt, der im Bereich des Schutzes der schwächsten Verkehrsteilnehmer liegt. Ich habe das mit den drei „Sch“ umschrieben: Schögggl schützt die Schwächsten“ In Zusammenarbeit mit dem Verkehrssicherheitsfonds des Landes, mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit gehen wir daran, Unfallhäufungspunkte, insbesondere im Bereich der Kindergärten, der Schulwege, auch bei Heimen entsprechende Sicherheit herzustellen, insbesondere was die Schutzwege betrifft. Das wurde hier angesprochen, Schutzwege suggerieren leider teilweise etwas wie eine Scheinsicherheit, eine Pseudosicherheit, wenn sie nicht richtig angelegt sind, wenn die Anhaltewege nicht eingehalten werden, wenn die Einsichtigkeit nicht da ist, wenn die Beleuchtung nicht passt. Da haben wir einen Kriterienkatalog für den richtigen Bau, übrigens eines der Pilotprojekte wird in Leoben stattfinden. Es hat



nur natürlich die Leobner nicht so sehr interessiert, wie ich das dort vorgestellt habe. Auch keine typisch freie Stadt Leoben, wie ihr wisst. Wir machen dort ein Pilotprojekt in diesem Bereich, Herstellung der Verkehrssicherheit vor der Pestalozzi-Hauptschule, wer die Region gut kennt. Also ein ganz wichtiger Punkt, Schwerpunkt Sicherung der Verkehrssicherheit.

Über einen Punkt freue ich mich hier heute besonders, dass es gelingt, die Flughafenzufahrt endlich in einen Zustand zu versetzen, dass der Flughafen der Steiermark – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – endlich eine Zufahrt bekommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es konnten hier die Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Für mich ist heute ein Freudentag, weil endlich der Flughafen heute erschlossen wird, wie es ein Industrie- und Wirtschaftsstandort dieses Ranges, wie es die Steiermark sein will und sein soll, verdient. Danke vielmals! (Beifall bei der FPÖ. – 15.16 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Stöhrmann** (15.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Straßberger, du magst mit deinen Ausführungen schon recht gehabt haben, was den Zeitpunkt des Antrages betrifft. Aber, es kommt wirklich ein „aber“, wie dir eigentlich bekannt sein müsste, ist die Wegstrecke von Kindberg in die Stanz ja länger als 2 Kilometer, sondern sie beträgt mehrere Kilometer. Ich stelle dir diese Unterlage gerne zur Verfügung. Diese schwarzen Teile zeigen den bereits ausgebauten Straßenteil, der unter Landesrat Ressel erfolgt ist. (Abg. Straßberger: „Jetzt wirst kindisch!“) Es dreht sich lediglich noch um 2 Kilometer Straße, die noch gebaut werden müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Kollege Straßberger, es ist schon empörend, mit welchem menschenverachtenden Zynismus Sie Dinge behandeln, die einen Großteil dieser Bevölkerung betrifft. Die Art und Weise, wie Sie diesen Tagesordnungspunkt hier abhandeln, ich finde es einfach – ich sage es einmal gerade heraus – zum Kotzen. Jawohl, Herr Präsident, Sie können das ruhig so zur Kenntnis nehmen. Ich finde es einfach zum Kotzen, wie man 1000 Unterschriften der Bevölkerung aus der Stanz umgeht, wenn es um berechnete Anliegen geht. Dann zählt die Befindlichkeit eines Landeshauptmannstellvertreters mehr, der sagt, wenn sie die Unterschriften nicht gemacht hätten, dann würde ich schon sanieren, als die berechtigten Anliegen der ganzen Bevölkerung aus Stanz im Mürztal in Form von 1000 Unterschriften. (Abg. Wiedner: „Das sind deine Populismen! Du warst schon besser!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wie immer untergriffig! Untergriffig, destruktiv, Stöhrmann!“ – Beifall bei der SPÖ. – 15.18 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1240/1, zum Tagesordnungspunkt 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 936/1, zum Tagesordnungspunkt 8 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Umfahrung Neumarkt zum Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 897/1, zum Tagesordnungspunkt 9 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ausbau der L 114, Schanzsattelstraße, Einbindung in die L 115, Allerheiligenstraße und Thermalbohrungen zum Tagesordnungspunkt 9 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1250/1, zum Tagesordnungspunkt 10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1251/1 zum Tagesordnungspunkt 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1216/1 zum Tagesordnungspunkt 12 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest.



Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**13. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1252/1, Beilage Nr. 158, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflegegeldgesetz geändert wird.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (15.20 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zur Vorlage darf ich berichten:

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen verpflichtet die Vertragsparteien unter anderem, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen bundesweit nach gleichen Zielsetzungen und Grundsätzen zu regeln.

Der Bund hat das Bundespflegegeld betreffend die Auszahlung und Vorschüsse bei Familienhospizkarenz geändert.

Mit dem vorliegenden Entwurf wird durch eine entsprechende Änderung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes im Sinne der oben zitierten Vereinbarung sichergestellt, dass den Zielen einer einheitlichen Vollziehung der Pflegegeldgesetze auf Bundes- und Landesebene grundsätzlich entsprochen wird.

Mit der Änderung des Paragraphen 11 Absatz 9 soll klargestellt werden, dass eine Bescheiderlassung über die Anrechnung von Pflegegeldern, die gemäß Absatz 1 nicht gebührt haben, aus verwaltungsökonomischen Gründen nur erfolgen soll, wenn dies der Pflegebedürftige innerhalb von drei Monaten nach Wegfall des Ruhegrundes beantragt.

Und im Paragraph 14 a ist geregelt, dass damit eine Möglichkeit geschaffen wird, dass Personen, die zum Zwecke der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen oder der Begleitung von im gemeinsamen Haushalt lebenden, schwerst erkrankten Kindern eine Familienhospizkarenz in Anspruch nehmen können, auf Antrag des Pflegebedürftigen dann das Pflegegeld ausgezahlt werden kann, sofern keine stationäre Pflege in den genannten Einrichtungen vorliegt.

Im Absatz 3 wird geregelt, dass in den Fällen der Familienhospizkarenz vor Abschluss des Verfahrens auf Gewährung oder Erhöhung des Pflegegeldes auf Antrag des Pflegebedürftigen auch Vorschüsse mindestens in Höhe des Pflegegeldes der Stufe drei unter Berücksichtigung eines bereits rechtskräftig zuerkannten Pflegegeldes und der anzurechnenden Geldleistungen zu gewähren sind. Ich ersuche um Annahme der Vorlage. (15.23 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tschernko** (15.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zu dieser Änderung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes ein paar Gedanken zur Familienhospizkarenz einbringen, weil wir und gerade wir im täglichen Leben sehr geprägt sind vom Alltag, wenig Zeit und Raum uns auch geben für Unvorhergesehenes. Wir laufen ständig unserem Terminkalender nach, ob beruflich oder privat und übersehen auch dabei, dass es auch Krankheit und Leid und auch ein Lebensende für die Mitmenschen, aber auch für uns selber gibt. Natürlich ist es für die meisten sehr schwer sich mit dem Ende des Lebens auseinander zu setzen. Schließlich orientieren wir uns ja am Fortschritt unserer Zeit, und das ist auch in Ordnung so. Und so kann aber die Krankheit wohl zu einer oft sehr störenden Nebenerscheinung werden. Ja, und die Themen Sterben, Tod und Trauer bleiben nach wie vor Tabuthemen.

Gott sei Dank setzt auch hier ein Umdenken im privaten aber insbesondere jetzt im öffentlichen Bereich ein. Ein Zeichen dieses Umdenkens hat ja die Bundesregierung gesetzt mit der Einführung der Familienhospizkarenz. Und zwar mit dem 1. Juli 2002 ist das Bundesgesetz zur Familienhospizkarenz in Kraft getreten. Hier wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die es auch Angehörigen ermöglichen, ihre Kinder, Eltern, Verwandte auf den letzten Lebensstationen zu begleiten. Und hier hat auch der Gesetzgeber einen ersten richtigen und wichtigen Schritt gesetzt, für ArbeitnehmerInnen jenen Freiraum zu schaffen, der eine Sterbebegleitung naher Angehöriger leichter möglich macht.

Geschätzte KollegInnen, mit der vorliegenden Änderung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes hat auch die Steiermark rasch auf den Artikel Paragraph 15 a des B-VG reagiert, da wir auch verpflichtet sind, Vorsorge für pflegebedürftige Personen bundesweit nach den gleichen Zielsetzungen und Grundsätzen auch zu regeln. Im Klartext heißt das, dass die Auszahlung und Vorschüsse an Pflegegeld bei Inanspruchnahme von Familienhospizkarenz geändert werden und weiters heißt das auch, dass durch diese geplanten Änderungen im Gesetz keine budgetären Mehrkosten auftreten werden und dass durch diese Auszahlungsvorschrift und auch Vorschussregelung keine neuen Ansprüche geschaffen werden.

Die Verbesserung besteht darin, dass das Pflegegeld an Personen, die Familienhospizkarenz in Anspruch nehmen werden, nur auf Antrag des Pflegebedürftigen ausbezahlt werden kann. Ist aber ein Pflegegeldverfahren anhängig auf Gewährung oder auch anhängig auf Erhöhung, so ist ein Vorschuss mindestens in der Höhe der Stufe drei zu leisten.

Ich möchte auch abschließend den Damen und Herren der Fachabteilung 6C für Jugend, Frau, Familien und Generationen für diesen hervorragenden und ausgezeichneten Leitfaden danken, den ich hier in der Hand halte, denn diese Broschüre kann und ist wirklich eine Orientierungshilfe für eine schwierige Aufgabe oder für die schwierigste Aufgabe in jedem Leben. Den letzten Weg gemeinsam zu gehen ist sicher wohl die größte Herausforderung, aber auch ein großes Geschenk, das wir uns und auch den Mitmenschen machen können.

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen, und zwar die Frau Klubobfrau der Grünen wird einen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen betreffend Paraphierung durch die behandelnden Ärzte bei der Pflegedokumentation. Ich kann jetzt schon mitteilen oder wir haben im Unterausschuss ja schon eine Besprechung geführt, dass wir beziehungsweise alle vier Parteien diesen Antrag unterstützen werden, denn ich denke, dass es notwendig ist, dass Ärztinnen, Ärzte Pflegedokumentationen in Pflegeheimen aber auch im mobilen Bereich paraphieren und unterzeichnen und vor allem die Verantwortung dafür für uns übernehmen. Für uns ist das eine Kompetenztrennung zwischen Arzt und Pflegepersonal und vielleicht können wir damit auch, wenn die Bundesregierung unseren Entschließungsantrag behandelt, vielleicht können wir hier auch ein wenig an Qualität in diesem Bereich für unsere Pfinglinge beziehungsweise für unsere KlientInnen, PatientInnen erreichen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.28 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross** (15.28 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Im internationalen Vergleich hat die Hospizbewegung in Österreich eigentlich verzögert Fuß gefasst. Bis Ende der achtziger Jahre engagierten sich allerdings nur einige wenige Personen aus den verschiedensten Arbeits- und Berufsfeldern und unterschiedlichen Motiven heraus für die Hospizidee. Vor allem von Familien- und Althelfern und -helferinnen im mobilen Bereich und vom Pflegepersonal der Spitäler und Heime wurde die Forderung erhoben, sterbenden Menschen in der letzten Phase ihres Lebens mehr Augenmerk zu schenken, das Sterben daheim wieder möglich zu machen und die betroffenen Angehörigen zu unterstützen. In der Steiermark wurde 1993 der Hospizverein gegründet. 1998 wurde vom SKAFF und von der KAGES sowie vom Hospizverein das Pilotprojekt „Stationäre Palliativbetreuung“ über Antrag des Steiermärkischen Landtages initiiert. Nach dem Projektabschluss und auch nach der Evaluierung dieses Projektes wurden im Jahr 2000 zwei Palliativ-einheiten in Graz weitergeführt. In dieser Zeit wurde auch die Lehre und die Forschung der Palliativmedizin in Graz schrittweise vorangetrieben. Der flächendeckende Aufbau, meine Damen und Herren, des ehrenamtlichen Hospizteams in allen Bezirken ist uns in der Steiermark erst 2001, mit allerdings 17 Regionalgruppen gelungen. Die Steiermark hat aber auch im Jahr 2001 schon mehr getan als der Bund, weil Kollege Tschernko gesagt hat, dass der Bund jetzt so vorrangig auf die Familienhospizkarenz eingegangen ist. Im Oktober 2001 wurden vom SKAFF zur Förderung des weiteren Auf- und Ausbaus von Hospiz- und Palliativeinrichtungen 4,7 Millionen Schilling beschlossen, und zwar aus Strukturmitteln.

Meine Damen und Herren, schwerkranke und sterbende Menschen zu begleiten ist eine verantwortungsvolle Aufgabe und erfordert eine entsprechende persönliche, aber auch eine fachliche Vorbereitung. Die vorliegende Regierungsvorlage unterstützt diese Bestrebungen im Bereich der Familienhospizkarenz und unterstützt Menschen, die zum Zweck der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen oder auch der Begleitung von gemeinsam im Haushalt lebenden schwerst erkrankten Kindern, eine Familienhospizkarenz in Anspruch nehmen. Ich bin sehr froh, dass wir dies mit dieser Vorlage unterstützen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.31 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächste zur Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Lechner-Sonnek** (15.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Tschernko hat schon kurz darauf hingewiesen, dass ich hier einen Antrag einzubringen habe. Ich möchte Ihnen aber auch noch ein bisschen von der Vorgeschichte des Antrages erzählen. Wir beraten seit einiger Zeit, ich glaube es müsste schon ein Jahr her sein, seit wir begonnen haben, das steirische Pflegeheimgesetz, das ja alles regeln soll, was es in der Steiermark gibt zum Bereich Pflegeheim und zum Bereich Pflegeplätze. Es soll vieles verbessert werden, es soll sichergestellt sein, dass die Personen, die sich im guten Glauben und im Vertrauen, gute Pflege zu bekommen, in ein Pflegeheim begeben oder auf einen Pflegeplatz. Das hat mit vielen Dingen zu tun, wie mit Festlegung von Raumgrößen, Festlegung von Personal, unter anderem auch Festlegung von Kontrolle, also, dass die Heime und die Pflegeplätze regelmäßig kontrolliert werden, dass klar ist, dass das kompetente Personen machen, dass klar ist, in welchen Abständen und was da genau überprüft wird. Das heißt, summa summarum wir bemühen uns sehr, sehr gute Grundlagen zu schaffen, die allen, die damit beschäftigt sind, klar sind. Was alles ist einzuhalten und gleichzeitig auch sicherzustellen, dass man über die Kontrolle und über begleitende beratende Einrichtungen diese Qualität auch wirklich bekommt und dass die Personen, die in einem Pflegeheim sind oder auf einem Pflegeplatz, die Qualität bekommen, die dieser Landtag gerne hätte in unseren Pflegeeinrichtungen.

Wir sind in diesem Zusammenhang auf eine Lücke gestoßen, die sehr fatal ist. Und zwar, die Lücke entsteht dadurch, dass der Arzt etwas nicht tun muss, was die behandelnde Schwester als Voraussetzung ihrer Arbeit braucht. Sie wissen alle, dass die ärztliche Versorgung zum Beispiel in einem Pflegeheim über den Hausarzt der

Bewohnerin oder des Bewohners läuft, das heißt, das Heim hat üblicherweise keinen Arzt, sondern wenn ich jetzt – ich nehme mich als Beispiel – in ein Pflegeheim gehe, dann möchte ich dort weiter von meinem Hausarzt oder meiner Hausärztin betreut werden und so soll es auch sein. Dieser Hausarzt oder diese Hausärztin kann zum Beispiel vom Pflegepersonal gefragt, angerufen werden, wenn sich mein Zustand irgendwie verschlechtern würde, also wenn ich etwas brauchen würde, was der Arzt vorher noch nicht angeordnet hat. In diesem Fall, wenn die Schwester das erkennt und den Arzt anruft und der Arzt über Telefon sagt, dann müssen Sie dieses und jenes Medikament öfter geben oder was auch immer etwas anderes tun, dann macht die Schwester das, weil der Arzt das ja angeordnet hat. Das Problem ist, dass der Arzt nicht verpflichtet ist, diese Anordnung, die er vielleicht über Telefon gegeben hat, was ja sinnvoll sein kann, im Nachhinein zu unterschreiben. Wenn er das aber nicht tut, wenn es dafür keine Unterschrift gibt, dann handelt, wenn einmal jemand das Jahre später anschaut, dann bekommt er den Eindruck, dass diese Krankenschwester aus eigenem Antrieb gehandelt hat, eigenmächtig entschieden hat, dass die Medikamentierung zu verändern ist, eigenmächtig entschieden hat, dass irgendetwas in der Pflege ganz anders gemacht werden soll. Das darf sie aber nicht. Das Gesetz, nach dem sie sich richten muss, das Kranken- und Gesundheitspflegegesetz, das erlaubt ihr das ganz dezidiert nicht. So, jetzt muss man fragen, warum ist das so, dass der Arzt das nicht unterschreibt? Das kommt nämlich oft vor, man möchte es nicht glauben. Ich habe mir ja auch gedacht, das kann es nicht sein, der Hausarzt oder die Hausärztin wird doch so viel sein, im Nachhinein zu unterschreiben. Es gibt Ärzte, die tun das nicht, die wollen das nicht, die sehen das nicht ein und die beziehen sich auf ein anderes Gesetz. Die sagen, das Krankheits- und Gesundheitspflegegesetz für das seid ihr zuständig, für mich als Ärztin oder Arzt gilt das Ärztegesetz und da steht das nicht drinnen.

Jetzt haben wir die Situation, beide halten sich nach ihren Gesetzen, die Krankenschwester steht potenziell im Regen. Also wenn jemand sie klagt wegen Fahrlässigkeit, könnte er oder sie sogar Recht kriegen. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, wenn ich Krankenschwester in einem Heim bin, fühle ich mich ja ständig in Sorge und bedroht, dass ich etwas mache, was mir dann nachgewiesen wird, dass ich das nicht darf. Also ist es ganz klar, man muss diese zwei Gesetze aneinander anpassen. Ganz einfach ausgedrückt, man muss die Ärzte in die Pflicht nehmen. Es muss klar sein, dass ein Hausarzt oder eine Hausärztin die Verpflichtung hat, wenn er oder sie eine Anordnung trifft, diese Anordnung auch abzuzeichnen, in der Pflegedokumentation auch die eigene Unterschrift darunter zu setzen, dass jede Person im Nachhinein sehen kann, aha das ist mit rechten Dingen zugegangen, die Krankenschwester hat das gemacht, was sie tun muss, und zwar die ärztlichen Anordnungen zu befolgen.

Damit wir diese Situation bekommen können, damit wir diese beiden Gesetze so harmonisieren können, dass sie zusammenpassen und dass sie zu unserem Pflegeheimgesetz passen, das wir jetzt beraten und das Ihnen und uns allen und unseren Angehörigen die Qualität der Betreuung sicherstellen soll, wollen wir die Bundesebene, also den Nationalrat auffordern, das Ärztegesetz in diesem Zusammenhang zu ändern. Das kann nur der Bund tun, denn das ist Bundesgesetzgebung. Trotzdem kann dieser Landtag sagen, es ist uns sehr wichtig, dass diese Lücke geschlossen wird, es gibt keine guten Argumente, warum er das nicht tun sollte. Die Steiermark ist jetzt daraufgekommen, dass das unbedingt geändert werden muss und wir tun es. Also ich hoffe, die Bundesebene wird das auch tun. In diesem Zusammenhang bin ich natürlich enorm froh, dass Mitglieder aller vier hier im Landtag vertretenen Parteien diesen Antrag unterstützen, denn das ist auch sehr wichtig, wenn man das an die Bundesebene weitergibt, weil das signalisiert, alle Parteien sind dafür und dann kann man auch hoffen, dass diese Botschaft bis in den Nationalrat gelangt beziehungsweise ich kann alle Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien nur bitten, dass auch innerhalb ihrer Partei weiterzugeben. Ich habe das schon gemacht im Vorfeld dieses Antrags und unser Gesundheitssprecher im Nationalrat, Kurt Grünewald, hat mir zugesagt, dass er einen entsprechenden Antrag einbringen wird und wenn das wieder ein Allparteiantrag ist, umso besser.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, eine Novelle zum Ärztegesetz in den Nationalrat einzubringen, die sicherstellt, dass ärztliche Anordnungen und deren Durchführung in Pflegeheimen von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten zu paraphieren sind.

Ich freue mich über Ihre Zustimmung, danke! (Allgemeiner Beifall. – 15.39 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 13 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag aller Fraktionen, betreffend Paraphierung durch behandelnde Ärztinnen und Ärzte ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke.

Auch hier ist die Einstimmigkeit gegeben.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1309/1, betreffend Überprüfung Marktgemeinde Unterpremstätten, Objekt Hauptstraße 136 A und 138.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Petinger** (15.40 Uhr): Verehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 1. April 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 72, betreffend Marktgemeinde Unterpremstätten, Objekt Hauptstraße 136 A und 138, Einl.-Zahl 1309/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Marktgemeinde Unterpremstätten, Objekt Hauptstraße 136 A und 138, wird zur Kenntnis genommen. Danke! (15.41 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Petinger** (15.41 Uhr): Werter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Wie Sie aus dem Bericht des Ausschusses für Kontrolle bereits entnehmen konnten, hat der Landesrechnungshof die Marktgemeinde Unterpremstätten betreffend die Errichtung der beiden Objekte Hauptstraße 136 A und 138 überprüft. Die Kontrollkompetenz des Landesrechnungshofes war gemäß Landesrechnungshofverfassungsgesetz, wonach Wohnbauträger, die Mittel aus der Wohnbauförderung erhalten, der Gebarungskontrolle unterliegen, gegeben. Gemäß Punkt 19 der Förderungszusicherung vom 13. Juni 2001 hat der Förderungswerber der Gebarungskontrolle durch den Landesrechnungshof zugestimmt. Die Überprüfung durch den Landesrechnungshof erstreckte sich auf Grund des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes auf die ziffermäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, also dem Wohnbauförderungsgesetz und den Durchführungsverordnungen zu diesem Gesetz sowie auf die Sparsamkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit.

Zum Prüfungsgegenstand wäre Folgendes zu sagen: Der Bauplatz befindet sich in der Ortsmitte von Unterpremstätten direkt an der Hauptstraße. Auf diesem Grundstücksareal befanden sich das alte Gemeindehaus, welches zu Wohnungen umgebaut wurde und zwei weitere Gebäude, welche abgetragen wurden. An deren Stelle wurden anschließend an den Bestand im rechten Winkel zueinander drei Baukörper errichtet. Im Wohnhaus A, welches unterkellert ist und aus drei Wohngeschossen besteht, sind neun Zweizimmerwohnungen mit einer Nutzfläche von 41 bis 43 Quadratmeter untergebracht. Im Wohnhaus B, welches auch teilweise unterkellert ist, wurden in zwei Wohngeschossen drei Dreizimmerwohnungen eingebaut mit einer Nutzfläche von zirka 68 Quadratmeter. Ebenfalls errichtet wurde ein Carbord mit Müllraum für die Anzahl von sechs Pkw-Abstellplätzen. Mit der Errichtung wurde im März 2000 begonnen und die Fertigstellung war im März 2001. Der Prüfungsauftrag des Landesrechnungshofes erstreckte sich auf die Qualitätskontrolle und die Quantitätskontrolle in den Bereichen Förderung, Planung, Ausschreibung, Vergabe, Ausführung und Abrechnung. Im Bereich der Überprüfung zur Förderungsabwicklung und zur Endabrechnung hält der Landesrechnungshof in seinen Feststellungen und Empfehlungen Folgendes fest:

Die ungewöhnlichen Umstände gemäß Paragraph 7 Absatz 4 der Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz sind nicht ausreichend normiert und die Steiermärkische Landesregierung hat auch keine diesbezüglichen Richtlinien erlassen. Die Gesamtkosten wurden trotz Erhöhung für ungewöhnliche Umstände, und zwar einmal mit 15 Prozent und einmal mit 1,2 Prozent im Gesamten nochmals um einen Prozent überschritten. Die nicht förderbaren Baukosten, die durch die Marktgemeinde getragen werden, betragen 28 Prozent der Gesamtbaukosten. Die Marktgemeinde hat es verabsäumt, ein eigenes Baugirokonto einzurichten. Positiv erwähnt der Landesrechnungshof, dass die widmungsgemäße Verwendung der geförderten Wohnungen durch die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung und des Einkommensnachweises in jedem Fall gegeben war, des Weiteren dass die Marktgemeinde Unterpremstätten überaus bemüht war, günstige Darlehensbedingungen zu erhalten.

Bei der Planung durch den Architekten, der Kostenermittlungsgrundlage und der Vergabe der Leistungen wird Folgendes bemerkt:

Die Voraussetzungen für eine Pauschalbeauftragung war nicht gegeben, da eine mangelhafte Leistungs- und Massenerfassung vorhanden war und die Detailplanung teilweise Mängel aufweist, jedoch die Bestimmungen des Steiermärkischen Vergabegesetzes wurden eingehalten. Und die Planungsleistungen insgesamt waren als gut zu bewerten. Ebenso tauchen diese Bemängelungen bei der Planung für die Haustechnik auf.

Bei der Position der örtlichen Bauaufsicht der beiden Teilbereiche Architektur und Haustechnik werden folgende Feststellungen durch den Landesrechnungshof getroffen:

Die Baufristen wurden nur teilweise eingehalten, das Bauaufsichtsorgan ist seinen Aufgaben nicht in vollem Umfang nachgekommen. Eine Überprüfung der Preisangemessenheit der zehn Nachtragsangebote konnte nicht vorgenommen werden, da keine Kalkulationsblätter vorliegen. Die gewählte Vergabeform bei den Planungs-

und Bauüberwachungsleistungen im Haustechnikbereich ist weder zielführend noch besonders wirtschaftlich. Bei der Erteilung des Pauschalauftrages über die Elektroinstallationsarbeiten sind die im Leistungsverzeichnis angebotenen Regiearbeiten unrichtigerweise mitgegeben worden.

Insgesamt, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen aber meinen persönlichen Eindruck oder richtiger gesagt, meine Schlussfolgerungen aus diesem Bericht mitteilen. Wie bereits im Ausschuss dargelegt, wurde dieses Bauvorhaben über weite Bereiche absolut unprofessionell und oberflächlich von der Marktgemeinde Unterpremstätten und den planenden und ausführenden Architekten sowie der Haustechnikplanung abgewickelt. Mit „unprofessionell“ meine ich die zu vollziehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ich weiß aus der Praxis, dass Gemeinden, welche nicht über eine eigene besonders auf diese Rahmenbedingungen abgestellte Bauabteilung verfügen, völlig überfordert sind. Ebenso – das muss ich leider auch sagen – Architekten und planende Baumeister, die sich nicht in diesem Bereich spezialisiert haben. Um nicht auch weiterhin mit solchen Rechnungshofberichten konfrontiert zu werden, müssen meiner Ansicht nach zwei Themen diskutiert und umgesetzt werden:

Erstens: Sollen auch weiterhin Gemeinden und Architekten ohne nachgewiesenes Fachwissen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, also des Wohnbauförderungsgesetzes und deren Durchführungsverordnungen und in weiterer Folge auch der Erlässe der Abteilung 15, solche geförderten Bauten abwickeln dürfen?

Zweitens: Müssen diese Verordnungen nicht auch endlich entrümpelt werden?

Meine Damen und Herren, das Wohnbauförderungsgesetz wurde 1993 in einer neuen Fassung beschlossen und hat bereits wieder acht Novellierungen mit 55 Paragrafen und 51 Din-A4-Seiten. Dazu die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz, welche 1993 ebenfalls beschlossen wurde und bis zum heutigen Tag bereits wieder 15-mal novelliert, beinhaltet 22 Paragrafen, 44 Din-A4-Seiten, also insgesamt 100 Seiten Verordnungen und Gesetze für die Abwicklung geförderter Wohnbauten. Die unzähligen Erlässe der Abteilung 15 zu dieser Verordnung und zu diesem Gesetz konnte ich leider nicht eruieren, kann Ihnen aber aus der Praxis sagen, dass diese sicherlich in einem hohen Ausmaß gegeben sind.

Meine Damen und Herren, dies sind die beiden Themen, die hier diskutiert werden sollten, um ein System praktikabler, ökonomischer und effizienter zu machen.

Noch zwei Empfehlungen aus dem Prüfungsbericht möchte ich in aller Kürze ansprechen, und zwar die Forderung nach Einführung einer Regelung für die Voraussetzung von unzumutbaren Belastungen und die Forderung nach eindeutiger Definierung des Grundsatzes Wirtschaftlichkeit. In beiden Fällen, meine Damen und Herren, gebe ich der Stellungnahme des ehemaligen Landesrates Dr. Gerhard Hirschmann vollinhaltlich Recht, man sollte nicht weitere Regelungen einführen für spezielle Tatsachen, die nur wirklich jetzt von Objekt zu Objekt zu beurteilen sind. Allein der Begriff „ungewöhnliche Umstände“ drückt bereits aus, dass es sich um nicht regulierbare, nicht fakultativ aufzählbare und nicht vorhersehbare Umstände handelt.

Sehr verehrte Damen und Herren! Diese Prüfungsberichte des Landesrechnungshofes sehe ich im Allgemeinen nicht nur als Kontrollberichte für einzelne Projekte und Leistungen, sondern auch als wichtiges und wertvolles Instrument für den Gesetzgeber, um über Systeme nachzudenken. In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.49 Uhr.)

**Präsident Ing. Kinsky:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer.

**Abg. Hagenauer** (15.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer!

Ich fasse mich kurz. Mein Vorredner hat sehr ausführlich und qualifiziert über diesen Bericht referiert, es werden nicht alle Berichte hier im Haus auf einem derartigen Niveau behandelt, Herr Kollege. Ich kann mich diesem Bericht nur anschließen und möchte zu einem Punkt einen Entschließungsantrag einbringen, nämlich zu einem zentralen Kritikpunkt, den es hier gegeben hat, der auch besonders ärgerlich ist, weil er schon wiederholt vom Landesrechnungshof aufgezeigt wurde, nämlich der Umstand, dass auch hier die Gemeinde kein eigenes Baugirokonto geführt hat. Sie wäre dazu verpflichtet gewesen, die Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, aber nach wie vor funktioniert das offenbar nicht.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Auszahlung von bewilligten Förderungsmitteln bei Wohnbauten von Gemeinden nicht ohne Eröffnung eines eigenen Baugirokontos erfolgt. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Danke! (15.51 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor. Doch, Herr Landesrat Pörtl hat sich gemeldet. Herr Landesrat, bitte.

**Landesrat Pörtl** (15.52 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur informativ mitteilen, dass wir selbstverständlich den Rechnungshof ähnlich als begleitende, gestaltende Institution des Landes sehen. Bei diesem Entschließungsantrag gibt es keinen Widerspruch. Ich bin sicher, dass bereits bei Beginn der Maßnahmen beziehungsweise bei Beschlussfassung ein solches zweites Girokonto schon notwendig ist, weil ja die Anweisung sechs Wochen nach Bezug der Mittel des Landes durchgeführt



wird. Es ist bereits am 1. April eine Anweisung der Abteilung 15 passiert, wo diese Maßnahmen notwendig sind. Daher ist ohne weiteres der Entschließungsantrag akzeptabel, aber wir müssen bereits weitergehen in der Maßnahme, dass das passiert, was da kritisiert worden ist. (Beifall bei der ÖVP. – 15.53 Uhr.)

**Präsident Purr:** Danke, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend eigenes Baugirokonto bei gefördertem Wohnbau, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 15 komme, begrüße ich die Seniorinnen und Senioren aus Fürstenfeld und Feldbach unter der Leitung von Herrn Dr. Franz Echsel aus Übersbach. Herzlichen Gruß Ihnen! Ich freue mich sehr, dass Sie mit Ihrer Aufmerksamkeit die Tätigkeit im Steiermärkischen Landtag beobachten. (Allgemeiner Beifall.)

**15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 999/2, zum Beschluss Nr. 671 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Ferstl, Bacher, Beutl, Bittmann, Dirnberger, Mag. Drexler, Dr. Forenbacher, Gangl, Gödl, Hamedl, Hammerl, Kasic, Ing. Kinsky, Köberl, Mag. Koller, Kreisl, Majcen, Ing. Ober, Purr, Dr. Rauch, Riebenbauer, Rieser, Straßberger, Tasch, Tschernko, Wicher und Dipl.-Ing. Wöhry, betreffend Lehrlingsausbildung in der Fliegerwerft 2 in Zeltweg.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rieser (15.54 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 999/2, zum Beschluss Nr. 671 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten der ÖVP-Fraktion, betreffend Ausbildung von Lehrlingen in der Fliegerwerft 2 in Zeltweg.

Zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2002, betreffend diese Ausbildung in der Fliegerwerft 2 in Zeltweg, erstattete die Fachabteilung 14B folgenden Bericht:

Im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung wurden am Fliegerhorst Zeltweg mit 1. September 2002 nach entsprechenden Auswahlverfahren vier Lehrlinge für den Lehrberuf Luftfahrzeugmechaniker aufgenommen. Nach derzeitiger Planung sollen in Übereinstimmung auch in Zukunft auch im heurigen Jahr mit 1. September 2003 weitere vier Lehrlinge aufgenommen werden. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (15.55 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter, Sie haben sich als Erster zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, nach Ihnen Frau Abgeordnete Gruber.

**Abg. Rieser (15.55 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Seit dem Jahre 1982 werden im Österreichischen Bundesheer Facharbeiter gemäß dem Berufsausbildungsgesetz 1997 ausgebildet, um den Nachwuchs an speziell geschultem Personal sicherzustellen. Im Laufe der Jahre wurde auf Grund des neuen Berufsbildes natürlich auch eine Erweiterung in diesem Zusammenhang gebracht. Ich erinnere mich sehr gerne an das Gespräch mit dem damaligen Bundesminister Scheibner, wie er sich spontan auf Grund unserer Bitte anlässlich eines Besuches in Zeltweg bereit erklärt hat, diese Angelegenheit zu prüfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gegenwärtig sind beim Österreichischen Bundesheer 150 Lehrlinge in Ausbildung. Im Österreichischen Bundesheer können nicht nur Männer, sondern auch Damen einen Beruf erlernen und es sind von den 150 Lehrlingen 36 Damen, die einen Lehrberuf erlernen. Was die wenigsten hier wissen werden, 24 Kraftfahrzeugtechniker, 20 Verwaltungsassistenten, 17 Nachrichtenelektroniker, 15 Köche, zwölf Mechaniker, acht Schlosser, sechs Bürokauffrauen beziehungsweise Bürokaufmann, fünf Elektroniker, vier Chemielabortechniker, vier Fotografen, vier Maschinenbautechniker, vier Kraftfahrzeug-elektroniker, vier Luftfahrzeugmechaniker in Zeltweg, drei Tischler, drei technische Zeichner, drei Kraftfahrzeugtapezierer, drei Werkzeugmacher, drei EDV-Techniker, zwei Elektroniktechniker, ein Telekommunikator, ein Dreher, ein Maschinenfertigungstechniker, ein Werkstoffprüfer, ein Betriebselektriker und einer, meine Damen und Herren, erlernt beim Bundesheer den Beruf des Schuhmachers. Wie schaut es in der Steiermark aus? In der Steiermark haben wir gegenwärtig 19 Lehrlinge beschäftigt. Zehn in der HZA Graz, vier in der Fliegerwerft Zeltweg, zwei in Straß als Köche, einer beim Militärkommando Steiermark als Verwaltungsassistent und zwei Verwaltungsassistenten werden in der Heeresbesoldungsstelle ausgebildet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin im Bericht auch berichtet, dass auch im heurigen Jahr wiederum vier junge Menschen aus der Steiermark die Möglichkeit haben, den Beruf als Luftfahrzeugmechaniker zu erlernen. Heute und morgen findet das Auswahlverfahren dazu statt. 66 junge Menschen haben sich gemeldet, das heißt aber mit anderen Worten, wenn vier genommen werden, müssen 62 nach Hause gehen beziehungsweise 62 werden enttäuscht sein.

Ich möchte in erster Linie den Verantwortlichen sehr, sehr herzlich danken, dem Bundesheer danken, dass es bereit ist, Lehrlinge auszubilden, weil wir das dringend, gerade in dieser Zeit, brauchen. Ich erinnere daran, dass wir in der Obersteiermark früher eine Lehrwerkstätte hatten, wo hunderte junge Menschen aus der Region einen Beruf erlernen konnten. Heute müssen die jungen Menschen, weil sie keinen Lehrplatz bekommen, ein Jahr, zwei Jahre länger die Schule besuchen. Deshalb will ich den Entschließungsantrag einbringen namens meiner Kollegen Bacher, Univ.-Prof. Dr. Rauch und meiner Person, betreffend Ausbildung der Lehrlinge beim Bundesheer.

In der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 999/2, wird festgehalten, dass im September 2002 in der Fliegerwerft Zeltweg vier Lehrlinge für den Lehrberuf Luftfahrzeugmechaniker aufgenommen wurden und im September dieses Jahres weitere folgen werden.

Österreichweit stehen derzeit 150 Personen, davon 19 in der Steiermark, in verschiedensten Berufssparten in einer Ausbildung. Im Sinne einer Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit wäre es daher sinnvoll, die Anzahl der Lehrlinge beim Österreichischen Bundesheer weiter zu erhöhen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, im Bereich des Österreichischen Bundesheeres vermehrt Lehrlinge auszubilden.

Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.01 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke, Herr Abgeordneter. Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Gruber. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort. Das ist vorläufig die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Abg. Margarethe Gruber** (16.02 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Wenn Peter Rieser die Lehrlingssituation beim Bundesheer vom Bund heruntergebrochen hat auf das Land, dann gestatten Sie mir die Lehrlingssituation des Bezirkes Judenburg etwas näher zu beleuchten. Er hat auch angesprochen, dass wir einmal Lehrwerkstätten hatten, in denen bis zu 80 Lehrlinge ausgebildet wurden. Wir haben noch immer Lehrwerkstätten und diese so oft totgesagte Lehrwerkstätte der ehemaligen steirischen Gusstahlwerke, jetzt Stahl Judenburg, sie gibt es noch immer und es werden noch immer Lehrlinge ausgebildet. Es sind zur Zeit zwölf Lehrlinge plus vier bis sechs Lehrlinge aus den Standortbetrieben. Der größte Lehrlingausbilder der Stadt sind allerdings die Stadtwerke Judenburg mit 20 Lehrlingen. Und die großen Betriebe der VOEST am Standort Zeltweg nehmen jährlich nur so viele Lehrlinge auf, wie sie dann auch wirklich beschäftigen können. Darum ist jeder Lehrling überall, wo er aufgenommen wird, wertvoll, weil es bedeutet, dass junge Menschen zu Hause bleiben können, dass junge Menschen in ihren Heimatgemeinden Lehre und Ausbildung finden. Es ist politisches Ziel und es muss politischer Wille sein zu sehen, dass unsere Betriebe größtmögliche Förderungen bekommen, wenn sie Lehrlinge ausbilden, und es muss politischer Wille und politisches Ziel sein die so genannte überbetriebliche Lehrlingsausbildung weiter zu fördern und dazu ersuche ich Sie, Herr Landesrat Paierl, wirklich alles in Ihrer Macht Stehende zu machen. Ich frage auch, was mit dem Projekt ist, das Herr Dr. Hannes Schreilechner in Ihrem Auftrag erarbeiten soll und ob wir als Steiermärkischer Landtag es zu Gesicht bekommen. Danke schön! (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ja!“ – Beifall bei der SPÖ. – 16.04 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Lehrlinge beim Österreichischen Bundesheer ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 16 und 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1248/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma LOGIM Software GmbH., 8142 Wundschuh, Neuschloß 1 in Höhe von 900.000 Euro.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tschernko** (16.05 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 a an der Firma LOGIM Software GmbH., 8142 Wundschuh, Neuschloß 1 in der Höhe von 900.000 Euro.

Die Steirische Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. hat mit Schreiben vom 14. Oktober 2002 mitgeteilt, dass der Aufsichtsrat der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. am 8. Oktober 2002 beschlossen hat, der Firma LOGIM Software GmbH., 8142 Wundschuh, Neuschloß 1 eine stille Beteiligung im Ausmaß von 750.000 Euro zu gewähren. Auf Grund der einschlägigen Rechtsvorschriften ist es erforderlich, dass für die stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. eine Ausfallhaftung des Landes Steiermark übernommen wird. Die näheren Bedingungen, unter denen die stille Beteiligung gewährt werden soll, sind im beiliegenden, einen integrierenden Bestandteil dieses Regierungsbeschlusses bildenden Vorlagebericht der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. und Ausfallhaftungsanbot enthalten.

Auf Grund der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ist für die Abwicklung der Ausfallhaftung die Fachabteilung 14C – Wirtschaftspolitik zuständig, wobei allerdings eine betriebswirtschaftliche Prüfung hinsichtlich der Übernahme der Ausfallhaftung durch das Land Steiermark nicht vorgenommen wird, zumal die Prüfung dieser Beteiligung eingehend von der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. vorgenommen wurde und auch der für die Gewährung erforderliche Beschluss des Aufsichtsrates einstimmig gefasst worden ist.

Es wird empfohlen, die Ausfallhaftung des Landes Steiermark für die stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. in Höhe von 900.000 Euro nach Maßgabe der im Ausfallhaftungsanbot dargestellten Bedingungen zu übernehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Februar 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma LOGIM Software GmbH., 8142 Wundschuh, Neuschloß 1 in der Höhe von 900.000 Euro wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.07 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Bevor ich zur Berichterstattung von Tagesordnungspunkt 17 komme, ersuche ich die Damen und Herren im Hohen Haus, ihren Lärmpegel bitte abzusenken, um besser die Vorgänge hier im Plenum akustisch verfolgen zu können. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

**17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1249/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung an der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Efkon AG., 8054 Graz, Andritzer Reichsstraße 66 in Höhe von einer Million Euro.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbuer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer** (16.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 a, an der Firma Efkon AG., 8054 Graz, Andritzer Reichsstraße 66 in der Höhe von einer Million Euro.

Die Steirische Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. hat mit Schreiben vom 17. Jänner 2003 mitgeteilt, dass der Aufsichtsrat der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. am 8. Oktober 2002 beziehungsweise 9. Jänner 2003 beschlossen hat, der Firma Efkon AG., 8054 Graz, Andritzer Reichsstraße 66 eine stille Beteiligung im Ausmaß von einer Million Euro zu gewähren. Auf Grund der einschlägigen Rechtsvorschriften ist es erforderlich, dass für die stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. eine Ausfallhaftung des Landes Steiermark übernommen wird.

Es wird empfohlen, die Ausfallhaftung des Landes Steiermark für die stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H. in Höhe von einer Million Euro nach Maßgabe der im Ausfallhaftungsanbot dargestellten Bedingungen zu übernehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Februar 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges.m.b.H., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma Efkon AG., 8054 Graz, Andritzer Reichsstraße 66 in der Höhe von einer Million Euro wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.10 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren, zu den Tagesordnungspunkten 16 und 17 liegt mir keine Wortmeldung vor. Deshalb komme ich nunmehr zur Abstimmung. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1248/1, das ist der Tagesordnungspunkt 16, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1249/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest, womit ich bereits beim Tagesordnungspunkt 18 angelangt bin.

**18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1263/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2003).**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Bacher** (16.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 27. Jänner bis 3. März 2003 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 1,155.211,92 Millionen Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt. Dieser Mehraufwand wurde im außerordentlichen Haushalt bei Ausgabeneinsparungen gebunden. Die Steiermärkische Landesregierung stelle zufolge ihres Beschlusses vom 17. März 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 2003 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 1,155.211,92 Millionen Euro wird hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (16.12 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren, es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt 18 keine Wortmeldung vor, weshalb ich bereits zur Abstimmung komme. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**19. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1068/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Tiertransporte.**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dietrich** (16.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 3. Dezember 2002 und 1. April 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 1068/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Tiertransporte, gab die Landesregierung folgende Stellungnahme ab: Die im Antrag angeführte Verkürzung der zulässigen Transportzeiten sowie die Streichung der Subventionen für Lebendschlachtviehtransporte ist zu begrüßen. Tiertransporte auf Straße, Schiene und Luft fallen schon jetzt in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Kontrollen sind daher auf Grund der bestehenden Tiertransportgesetze und der dazu erlassenen Verordnungen bereits bundeseinheitlich geregelt. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 1068/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Tiertransporte, wird zur Kenntnis genommen. (16.14 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren, es hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Abgeordnete Dietrich zu Wort gemeldet. Es bestünde auch hier ein Rederecht für den Bundesrat, der davon nicht Gebrauch macht. Frau Abgeordnete Dietrich, Sie sind am Wort.

**Abg. Dietrich** (16.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der EU laufen zur Zeit Beratungen über eine Änderung der EU-Richtlinie für Lebendtiertransporte. Dänemark und weitere EU-Staaten fordern einerseits die Verkürzung der Transportzeiten und andererseits die Streichung der EU-Subventionen für Lebendschlachtviehtransporte. Natürlich gibt es von den Profiteuren großen Widerstand, wie nicht anders zu erwarten sein kann. Großer Widerstand kommt, wie ich schon gesagt habe, von den Schlachtviehtransporteuren aus Frankreich, Irland sowie von den Importeuren aus Spanien. Wir stellen demzufolge noch einmal einen Entschließungsantrag, der lautet: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, dass diese sich bei der Europäischen Union für den dänischen Vorschlag, betreffend Tiertransporte, der eine Verkürzung der zulässigen Transportzeiten sowie die Streichung der Subventionen für Lebendschlachtviehtransporte vorsieht, einsetzt. Ich bitte um Annahme des Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 16.15 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke Ihnen für die Wortmeldung. Meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber ich muss es wiederholen: Ihr Lärmpegel lässt sehr zu wünschen übrig. Ich bitte Sie um mehr Rücksichtnahme. Selbst bei der Anwesenheit nicht aller Abgeordneten ist es wirklich störend, wenn jemand am Wort ist und so wenig Aufmerksamkeit ihm entgegengebracht wird.

Damit kommen wir bereits zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend die österreichische Position – Tiertransporte innerhalb der EU, ihre Zustimmung geben, ersuche ich ebenfalls um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**20. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 895/1, der Abgeordneten Halper, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend die Neueinfügung des Paragraphen 17 a des Forstgesetzes auf Grund der Novelle 2002 (bewilligungsfreie Rodung bis zu 1000 Quadratmeter).**

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Halper** (16.16 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 25. Juni 2002 und 1. April 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 895/1, der Abgeordneten Halper, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend die Neueinführung des Paragraphen 17 a des Forstgesetzes auf Grund der Novelle 2002, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird festgehalten, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft berichtet, dass Paragraph 17 a Forstgesetz die „anmeldepflichtige Rodung“ regelt. Der im Antrag verwendete Begriff „bewilligungsfreie Rodung“ findet zum einen im Forstgesetz keine Deckung und ist zum anderen irreführend. Die Forstbehörde hat die Anmeldung in diesem Fall im Hinblick auf das öffentliche Interesse an der Walderhaltung zu prüfen. Die Behörde wird somit im Regelfall eine forstfachliche Beurteilung der Rodungsfläche zu veranlassen haben. Die im Antrag dargestellte ernsthafte Bedrohung des Naherholungsraumes von Städten und Ballungsräumen kann daher aus forstrechtlicher Sicht nicht nachvollzogen werden, denn die Behörde hat gegebenenfalls die angemeldete Rodung zu untersagen. Zur Frage der Ausdehnung von forstlichen Sperrgebieten zugunsten der Jagd wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft festgehalten, dass mit der Forstgesetznovelle sichergestellt wurde, dass Sperren im Wald nicht wie bisher nur auf Antrag, sondern auch von Amts wegen auf ihre Zulässigkeit hin überprüft werden können. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 895/1, der Abgeordneten Halper, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber und Kaufmann, betreffend die Neueinführung des Paragraphen 17 a des Forstgesetzes auf Grund der Novelle 2002, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.19 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Zu diesem Tagesordnungspunkt habe ich eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Erwin Gruber. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort. Meine Damen und Herren, ich verweise darauf, dass es eine Jungferrede ist. Danke.

**Abg. Erwin Gruber** (16.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, lieber Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf heute im Landtag meine erste Rede halten und möchte mich ganz kurz vorstellen: Ich bin Landwirt, bin verheiratet und habe drei Töchter. Wir betreiben eine extensive Bergbauernwirtschaft in Gasen mit 37 Hektar und ich bin in verschiedensten regionalpolitischen Vereinen tätig gewesen. Ich bin seit fünf Jahren Bürgermeister der Gemeinde Gasen und war zwei Jahre Obmann der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft in Weiz. Daher habe ich mir das Thema heute aussuchen dürfen und möchte zur Novelle des Forstgesetzes kurz sprechen, weil ich durch die Kammerarbeit mit dem Thema stark berührt war. Ich möchte nur die Forstgesetznovelle ansprechen. Zum Bereich der forstlichen Sperrgebiete wird Kollege Köberl sprechen. Die Gesetzesnovelle ist am 1. Juni 2002 in Kraft getreten. Ich muss ganz offen und ehrlich sagen, das ist ein großer Segen für die Bauern. Sie schützt aber genauso die öffentlichen Interessen der Walderhaltung zu Erholungszwecken in der Nähe von Ballungszentren, weil einerseits der hervorragend getragenen Eigenverantwortung der Eigentümer Rechnung getragen wird und der Walderhaltung bezüglich der fortschreitenden Bewaldung nicht mehr dieses Augenmerk zukommt, aber andererseits durch die gesetzlichen Grundlagen – ich beziehe mich dabei auf die Walderhaltung – des Paragraphen 17 a Anmeldeverfahren die Ansprüche der Gesellschaft bezüglich Erholungs- und Wohlfahrtswirkung des Waldes eindeutig gewahrt bleiben. Ich darf aus meinem Bereich einige Beispiele nennen, einige Fakten nennen, die diese Bereiche, die ich jetzt angesprochen habe, auch untermauern. In der Steiermark ist es so, dass es 1970 950.000 Hektar Wald gegeben hat. 2000 sind wir jetzt so weit, dass es fast eine Million Hektar Wald gibt, das sind rund 60 Prozent der Landesfläche. Davon ist es so, dass 26 Gemeinden mittlerweile bereits über 80 Prozent Bewaldung haben und in der Steiermark 1980 rund 400 Hektar jährlich an Rodungsfläche beantragt worden sind. Im Jahr 2000 waren das nur mehr rund 170 Hektar an Rodungsfläche. Das bedeutet und heißt, dass die Waldzunahme in einem großen Ausmaß fortschreitet. Und dagegen möchte ich halten, und das bringt die neue Forstgesetz-Novelle, dass die Offenhaltung der Landschaft und der Kulturlandschaft ein großes Schlagwort geworden ist und ein wertvolles Gut der Gesellschaft ist. Und jetzt durch die Forstgesetz-Novelle – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen – ist es möglich, dass zur Verbesserung der Bewirtschaftung in Steillagen, wo Wald nur die Nutzwirkung hat, also nur eine Wirtschaftswirkung für die Bauern hat, in Eigenverantwortung kleinräumig bis zu 1000 Quadratmeter gerodet werden darf. Ich glaube, das ist eine ganz,



ganz wichtige Grundlage für unsere Bergbauern, dass hier einfach die Bewirtschaftung in peripheren Lagen verbessert werden kann. Mit der Forstgesetz-Novelle wird ein starker Beitrag zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Struktur geleistet und vor allem zur Erhaltung der Kulturlandschaft, die wir alle für sehr wertvoll empfinden.

Ich möchte aber auch kurz in einigen Beispielen darstellen, wie das öffentliche Interesse an der Wald-erhaltung geschützt und entsprechend unterstützt wird. Es gibt ja dazu für die 1000 Quadratmeter Rodung ein Anmeldeverfahren. Und das Anmeldeverfahren sagt nicht gleichzeitig oder automatisch aus, dass damit eine automatische Rodungsbewilligung erteilt wird, sondern es müssen beim Anmeldeverfahren die üblichen Unterlagen, die auch ein ordentliches Rodungsverfahren voraussetzen, auch bereitgestellt und der Behörde zur Verfügung gestellt werden. Die Unterlagen sind Lageplan, Planskizze beziehungsweise Rodungszweck. Und die Behörde hat dann die Möglichkeit, innerhalb von sechs Wochen diese Rodung zu genehmigen oder zu untersagen. Sie muss dabei Hauptaugenmerk auf folgende Punkte legen:

Erstens, sie muss einmal die Funktion des Waldes anschauen. Ist bei diesem Wald, der gerodet werden soll, nur die Nutzwirkung da oder geht es auch um eine Schutzwirkung oder um eine Erholungs- oder Wohlfahrts-wirkung oder ist seit der Entstehung eines Waldentwicklungsplanes ein anderes öffentliches Interesse ent-standen. Dann muss sich die Behörde den Rodungszweck anschauen und weiters hat die Behörde die Summen-wirkung zu prüfen. Das heißt, wenn mehrere Rodungen unter 1000 Quadratmeter beantragt werden, die an und für sich nur anmeldepflichtig wären, aber den Zweck erreichen würden, dass man eine größere Rodung im Bewilligungsverfahren umgeht, wenn das der Fall ist, hat die Behörde auch zu untersagen und muss diese bean-tragte Rodung einem ordentlichen Rodungsbewilligungsverfahren zuleiten.

Ein weiterer Punkt, wie sich die Wahrung des öffentlichen Interesses der Walderhaltung begründet: Es gibt ja die forstwirtschaftliche Raumplanung, die letztendlich im Waldentwicklungsplan gipfelt, dieser wird seitens der Behörde für einen Bezirk für die Dauer von zehn Jahren erstellt. Und bei diesem Waldentwicklungsplan sind die Kategorien der Nutzung des Waldes eindeutig ausgewiesen, das heißt, verschiedenste Kategorien, wie eben die Nutzwirkung, die Schutzwirkung, die Wohlfahrtswirkung oder die Erholungswirkung. Und es ist nur möglich von der Behörde, wenn nur die Nutzwirkung bei einem Verfahren beantragt wird, dass hier auch innerhalb des Zeitraumes von sechs Wochen dieser beantragten Rodungsbewilligung von maximal 1000 Quadratmeter zuge-stimmt wird.

Ich möchte dazu auch die Statistik sagen, dass 42,8 Prozent der Waldfläche in der Steiermark eben nur mit dieser Nutzwirkung behaftet sind. Der Rest der Waldfläche, also fast 60 Prozent, weisen andere Funktionen aus und somit muss hier seitens der Behörde ein ordentliches Bewilligungsverfahren eingeleitet werden.

Ich möchte zum Abschluss kommen – bezüglich forstlicher Sperrgebiete wird dann der Landtags-abgeordnete Köberl kurz berichten – und möchte noch einmal erwähnen, dass diese Gesetzesnovelle ein sehr positiver Schritt war, weil sie den Waldbesitzern Eigenverantwortung und einen vernünftigen Freiraum einräumt und die Eigentümerrechte wahrt, aber vor allem auch, weil der fortschreitenden Bewaldung beziehungsweise der Entwicklung der fortschrittlichen Grünlandbewirtschaftung entsprechend Rechnung getragen wird und drittens weil aber auch die notwendigen gesetzlichen Vorkehrungen erhalten bleiben, um die öffentlichen Anforderungen an den Wald dauerhaft zu sichern.

Ich sage herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, ich muss dazu sagen, ich war leider sehr nervös. Danke vielmals! (Allgemeiner Beifall. – 16.28 Uhr.)

**Präsident** Das war die erste Wortmeldung des neuen Abgeordneten Erwin Gruber. Zu Wort gemeldet hat sich nun der Abgeordnete Köberl. Ich erteile ihm das Wort. Eine weitere Wortmeldung danach liegt mir derzeit nicht vor. Herr Abgeordneter Köberl, bitte.

**Abg. Köberl** (16.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Herren Landesräte! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal Gratulation dem Herrn Kollegen Gruber für seine Jungfernrede, wie es so schön heißt. Ich glaube, er hat die Sache auf den Punkt gebracht und auch aus der Sicht eines Praktikers, eines Bürgermeisters, die Problematik geschildert, die zum einen die Vereinfachung für die Waldbesitzer, Bauern, Forstgemeinschaf-ten bringt, zum anderen aber auch die Problematik des öffentlichen Interesses darlegt. Ich darf mich in meiner kurzen Wortmeldung auf den zweiten Teil des Antrages konzentrieren. Da heißt es unter dem zweiten Punkt bei der Antragstellung: „Darüber hinaus ist Sorge zu tragen, dass es durch diese Novelle zu keiner Ausweitung der bestehenden forstlichen Sperrgebiete zu Gunsten der Jagd kommt!“ Nun schon in der Antragsbegründung sel-ber, dass durch diese Novelle österreichweit rund 580 forstliche Sperrgebiete im Gesamtausmaß von rund 40.000 Hektar zu Gunsten der Jagd ausgeweitet werden, ist ein Widerspruch für sich. Warum? Das Österreichische Forstgesetz aus 1975 mit den entsprechenden Novellen regelt im gesamten Bundesgebiet als Bundesgesetz klar und eindeutig die Erhaltung des Waldes und die Nachhaltigkeit seiner Wirkungen. Meine Damen und Herren, die Benützung des Waldes zu Erholungszwecken ist in den Paragraphen 33 bis 36 geregelt. Paragraph 33, hier geht es um die Arten der Benützung, bei Paragraph 34 geht es um die Benützungsbefristungen, die wohl angespro-chen waren. Hier geht es um befristete Benützungsbefristungen, hier sind im Wesentlichen Baustellen gemeint und Bringungsanlagen, Holzernarbeiten, Windwurfflächen, wie wir sie im vergangenen Jahr leider wieder gehabt haben, und auch die Bekämpfung von Forstschädlingen, insbesondere des Borkenkäfers. Es gibt aber auch eine befristete Sperre zu wissenschaftlichen Zwecken, wenn hier sozusagen Forschungsarbeit betrieben wird.

Bei dauerhaften Sperrungen handelt es sich meistens um Sonderkulturen, um die so genannten Christbaumkulturen. Aber auch die Tiergärten und Alpengärten sind davon betroffen, die maximal 15 Hektar betreffen dürfen, bei Gebieten, Flächen unter 10 Hektar jedoch nur ein halbes Hektar ausmachen dürfen. Bei dauerhaften Sperrungen oder Sperrungen von über vier Monaten von Flächen über fünf Hektar ist bei der Behörde eine Bewilligung zu beantragen. Diese regelt ganz klar die Zuständigkeit bei der Antragsprüfung beziehungsweise die Aufhebung unzulässiger Sperrungen. Daher ganz klar: Forstgesetz Bundessache. Hier gibt es klar definierte Bereiche, wo Sperrungen zulässig sind beziehungsweise diese auch von der Behörde verfügbar sind. In der Steiermark haben wir bekanntlich ein steirisches Jagdgesetz aus dem Jahr 1986 samt den dazugehörigen Novellen. Hier werden die jagdlichen Angelegenheiten für unser Bundesland ganz klar geregelt. Auch hier kann es zu Einschränkungen im Bereich des Waldes kommen. Gemeint sind die Wildfütterungen. Fütterungen für Rotwild sind bekanntlich nur mit Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde möglich. Hier gibt es strenge Auflagen unter Einbeziehung der Region, sprich der Gemeinden, der entsprechenden Kammern, des Waldeigentümers und auch der örtlichen Vereine, die eine so genannte maßgebliche Interessenvertretung für die Region darstellen. Paragraf 51 regelt die Wildschutzgebiete. Hier geht es um die Wintergatter. Ich habe mich erkundigt, in der Steiermark gibt es derzeit rund 115 solcher Wintergatter. Es gibt 540 genehmigte Rotwildfütterungen. Ich gehe davon aus, dass es in der Steiermark nur genehmigte Rotwildfütterungen gibt und keine so genannten Kirrfütterungen. Frau Kollegin Kaufmann nickt, denn sie weiß, wovon ich spreche, was es angeblich auch geben soll. Von diesen 540 genehmigten Rotwildfütterungen sind aber nur 305 als Wildschutzgebiete ausgewiesen. Diese Wildschutzgebiete haben durchschnittlich eine Größe zwischen 30 und 60 Hektar. Wenige sind darunter, einige gehen bis zu 80 Hektar. Wie ich schon gesagt habe, im Wesentlichen liegen wir zwischen 30 und 60 Hektar. Die Größe der Wildschutzgebiete wird auch mit Bescheiderlassung unter Einbindung der regionalen Vertreter und der Grundeigentümer festgelegt. Ich darf auch darauf verweisen, dass es in Wildschutzgebieten ein so genanntes Wegegebot gibt. Das heißt, es ist möglich, durch solche Gebiete zu gehen. Sie sind gekennzeichnet durch Tafeln, deren Aussehen von der Steiermärkischen Landesregierung festgelegt wurde. Dabei wird ausgewiesen, um welche Größe des Gebietes es sich handelt. Es wird auch ausgewiesen, wie lange sozusagen eine Sperre vorliegt. Noch einmal zurück zum Wegegebot: Wegegebot heißt, dass, falls hier Straßen, Wege oder auch Wanderwege vorhanden sind, diese selbstverständlich begehbar sind, es aber außerhalb dieser Wege nicht zulässig ist, sich zu bewegen. Gestatten Sie mir abschließend als Jäger ein paar persönliche Anmerkungen: Wir wissen um die Problematik der Einstandsgebiete und um die Beunruhigung des Wildes in diesen Einstandsgebieten. Es sind nur mehr wenige Einstandsgebiete in den einzelnen Regionen vorhanden. Die steirische Jägerschaft unter ihrem Landesjägermeister Heinz Gach hat darauf reagiert und eine so genannte wildökologische Raumplanung erarbeitet. Hier geht es ganz klar um definierte Flächen, um so genannte Kerngebiete für das Rotwild in der Steiermark, um Korridorzonen, aber auch um rotwildfreie Gebiete, um die Problematik des fortschreitenden Siedlungsraumes in den Griff zu bekommen. Noch einmal zurück zu diesen Einstandsgebieten, die auch meistens mit Wildschutzgebieten verbunden sind: Die zunehmende touristische Erschließung birgt natürliche Konfliktpunkte in sich. Beunruhigung des Hochwildes in diesen Gebieten führt unweigerlich dazu, dass sie diese Einstandsgebiete, die oft über Jahrzehnte hinweg die gleichen waren, verlassen und es dann zu Schadensmeldungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft kommt. Hier ist es sicherlich in Zukunft ratsam, sorgsam damit umzugehen. Wahrscheinlich wäre es ratsamer, noch zusätzliche solcher Wildschutzgebiete auszuweisen, um diese Kerngebiete wirklich für den Lebensraum des Rotwildes, der, und das wissen wir schon jahrezehntlang, weitestgehend zurückgedrängt wurde, auch weiter zu erhalten. (Präsident: „Ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren. Herr Abgeordneter, ich bitte fortzusetzen!“) Dieser Nutzungskonflikt ist eigentlich ein Bereich, der ein Preis dafür ist, dass natürlich auch die Landschaft, der Lebensraum einer ist, der immer geteilt wurde und immer mehr geteilt wird. Kernflächen im hochalpinen Bereich, die einst nur den Tieren vorbehalten waren, sind jetzt auch Interessengebiete der Menschen, der Touristen geworden. Ein sehr sorgsamer Umgang seitens der Verantwortlichen bei der Gesetzgebung seitens der Jägerschaft, aber auch der Touristiker wird uns eines hier garantieren, dass dieses Miteinander von Wild, von Tieren, Menschen, Touristen, Erholungssuchenden auch in Zukunft für beide Seiten ein erträgliches Ausmaß findet. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und den Grünen. – 16.36 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Wortmeldung. Eine weitere liegt mir nicht vor. Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

**21. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1019/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend steirische Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hagenauer** (16.36 Uhr): Es liegt ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz vor, wonach der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz den Antrag stellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 1019/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend steirische Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.38 Uhr.)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter Hagenauer, Sie haben sich zu Wort gemeldet und sind damit Erstredner. Nach Ihnen Herr Abgeordneter Gödl als Zweitredner, danach Herr Abgeordneter Riebenauer.

**Abg. Hagenauer** (16.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Ich beziehe mich noch einmal auf den vorhergegangenen Tagesordnungspunkt, der mit dem Vorliegenden sehr viel gemeinsam hat, nämlich nicht zuletzt die Frage der Waldbewirtschaftung. Wir haben es im Bereich der Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz in einem hohen Ausmaß auch mit der Frage der Waldbewirtschaftung zu tun, und zwar in doppelter Hinsicht, nämlich einerseits dahin gehend, dass, wie Kollege Gruber schon ausgeführt hat, die Steiermark, wenn ich das etwas salopp formuliere, zumindest in einigen Regionen dabei ist, zuzuwachsen. Das heißt, dass die Waldfläche und der Forstbestand, die Biomasse, die in unseren Wäldern steht, ständig zunimmt. Auf der anderen Seite hat der Wald aber eine große Bedeutung für das Thema vorbeugender Hochwasserschutz. Ich möchte in dem Zusammenhang nur auf diesen einen Punkt eingehen. Eigentlich wird dem Wald eine große Fähigkeit zum Zurückhalten von Hochwasser zugeschrieben. Auf der anderen Seite müssen wir aber erleben, dass trotzdem die Hochwasserschäden, die Hochwasserkatastrophen, die in den letzten Jahren eingetreten sind, steigen. Jetzt können wir sagen, okay, das ist eine Folge der Niederschläge schlicht und ergreifend. Aber da gibt es zwei Dinge zu beachten, die sind auch Gegenstand dieses unseres Antrages, Entschließungsantrages, nämlich der Wald ist nicht gleich Wald, es besteht – (Abg. Riebenauer: „Es gibt einen Fichtenwald, Tannenwald ...!“) Richtig, Herr Kollege, es besteht ein großer Unterschied gerade was die ökologische Qualität insbesondere des Hochwasserrückhaltevermögens anbelangt, es bestehen große und riesige Unterschiede zwischen einer Fichtenmonokultur und etwa einem Mischwald. Es hat im letzten Sommer im Zuge dieser Hochwasserkatastrophen, die im bairisch-österreichisch-tschechischen Raum entstanden sind durch die dortigen Niederschläge, am Anfang ein paar sehr bemerkenswerte Aussagen von Wissenschaftlern gegeben. Die haben nämlich darauf hingewiesen, dass diese Hochwasserwellen, wie sie besonders medienwirksam dann über Wochen uns verfolgt haben, entlang der Abflussverläufe der Elbe um 50 Zentimeter niedriger hätten sein können, wenn im Einzugsbereich es ein Rückhaltevermögen der Böden insbesondere der Wälder, wenn man sich das anschaut, woher dieses Hochwasser gekommen ist, um 50 Zentimeter die Welle niedriger ausgefallen wäre. Wenn Sie sich in Erinnerung rufen, wie dann vor allem auf deutschem Gebiet die Einsatzkräfte um jeden Zentimeter gekämpft haben, um jeden Zentimeter dieser Hochwasserlinie gekämpft haben, um weite Landstriche vor einer Überschwemmung zu bewahren, dann ist das eine sehr bemerkenswerte Geschichte. Worauf ich hinaus will ist, dass jeder von uns weiß, dass ohnehin in Fichtenmonokulturen das Wasser, wenn ein Niederschlag kommt, am Anfang übrigens völlig zerstäubt. Das liegt am Nadelbaum Fichte. Die ersten 5 Prozent Regen, hat man festgestellt, kommen gar nicht zum Boden. Es zerstäubt einfach, geht in die Luft, kommt übrigens dann in kurzer Zeit wieder unter Umständen als Gewitterregen zurück und dann aber, wenn es weiterregnet, vor allem bei einem Starkregen geht das voll durch, im Gegensatz zum Laubbaum, wo schon der Baum einiges an Rückhaltevermögen hat, bevor das Wasser überhaupt noch zum Boden kommt. Und dann geht es am Boden weiter. Eine Fichtenmonokultur, wo die Bäume sehr eng stehen, nicht standortgerecht, wo also der Boden nur mit diesen verharzten Nadelschichten bedeckt ist, der hat wesentlich geringeres Rückhaltevermögen. Das Wasser schießt praktisch direkt hinunter. Und unten dann bereits, wenn diese Wässer in irgendeinen Bach kommen, ist das Problem schon da, und weiter flussabwärts, dann erst recht. Worauf ich hinaus will ist das, dass vielleicht eine der allerwirksamsten Maßnahmen zur Bekämpfung von Hochwasserkatastrophen darin besteht, nach meiner Einschätzung die wirksamste überhaupt, an der Ursache zu beginnen, zumindest dort zu beginnen, im Wald selbst, noch bevor wir an die Gewässer kommen, im Wald selbst die Möglichkeit zu schaffen, dass man dort in Zukunft, was bis heute nicht gegeben ist, sofern es sich nicht um Förderungen handelt, im Förderungsbereich kann man natürlich hier die Auflagen machen und kann sagen, wir fördern bei Aufforstungen nur, wenn also ein Mischwald aufgeforstet wird, ist klar. Ist es öffentliches Geld, kann man Bedingungen stellen. In Zukunft wird man bei Aufforstungen darauf zu achten haben, dass hier standortgemäße Bestände zustande kommen. Das ist jetzt nicht der Fall. Kostet wenig, ja, ist eine Norm. Natürlich sind die betroffenen Forstbesitzer von so einer Vorschrift nicht begeistert, dafür habe ich Verständnis. Trotzdem müssen wir als Allgemeinheit diese Überlegung anstellen und sagen, können wir uns das in Zukunft noch leisten, auf dem Gebiet nicht alles zu unternehmen beziehungsweise können wir uns das leisten, Schäden in Kauf zu nehmen, mit gewaltigem Einsatz Schäden zu beseitigen beziehungsweise auch sonstige Investitionen treffen zu müssen im Flussbau und anderes, wenn wir hier eine Möglichkeit haben, in einem nicht unerheblichen Ausmaß diese Schäden erst gar nicht entstehen zu lassen.

Der zweite Aspekt, wo der Wald und der Boden – auch die natürlich landwirtschaftlich genutzten Böden, nicht nur die forstwirtschaftlich genutzten Böden – eine nicht zu unterschätzende und meiner Meinung nach auch bisher unterbeleuchtete Bedeutung haben, ist das Kleinklima. Ich bin immer wieder überrascht, wenn ich Untersuchungen sehe, in welchem Ausmaß dann doch wieder – da sind wir bei der Frage Trockenheit auf der einen Seite und Starkniederschläge auf der anderen Seite, scheinbar ein Widerspruch, in Wirklichkeit ist es das selbe – in welchem Ausmaß der Zustand der Böden Auswirkung auf das Kleinklima hat. Im positiven Sinne, dass – wenn es sich um humusreiche, ökologisch intakte Böden handelt – auch Niederschläge entstehen können einfach im kleinen Raum, weil die Verdunstung größer ist, aber auch großräumig, bin ich fest überzeugt davon, dass diese enormen Niederschläge, die in den letzten Jahren jetzt zunehmend auftreten und die enormen Schäden, die entstanden sind sowohl durch Niederschläge als auch durch Stürme, damit zu tun haben, dass es zu großen

Unterschieden kommt zwischen der Kontinentalmasse und der Meeresoberfläche. Wir haben unsere Landmasse mehr oder weniger durch intensive Bewirtschaftung in der Land- und Forstwirtschaft, natürlich auch durch ein riesiges Ausmaß an Flächenversiegelung im Zuge von Bautätigkeit aller Art trockengelegt mit dem Effekt, dass natürlich der Luftdruckunterschied immer größer wird. Eine trockene Landmasse, das lernen wir in der Volksschule, erhitzt sich stärker. Wenn sie sich stärker erhitzt, entsteht dort ein mächtiges Hochdruckgebiet. Wenn dort ein mächtiges Hochdruckgebiet entsteht, werden natürlich die Strömungen, die Stürme, aber auch die transportierten Niederschlagsmengen größer. Ich halte das für eine sehr, sehr ernste Geschichte, die weitgehend noch in der öffentlichen Debatte unbelichtet ist und nicht ausreichend behandelt wurde. So viel zu diesem Thema.

Ich komme abschließend zu unserem Entschließungsantrag. Er liegt Ihnen vor. Er ist zu umfangreich, dass ich ihn jetzt in voller Länge referieren könnte. Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 16.49 Uhr.)

**Präsident:** Die nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gödl, danach Herr Abgeordneter Riebenbauer, danach Herr Abgeordneter Stöhrmann, danach die Frau Abgeordnete Dietrich.

**Abg. Gödl** (16.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Der von den Grünen gestellte Antrag, er ist ja ident mit dem ursprünglich eingebrachten Antrag vor einem halben Jahr, bietet aus meiner Sicht die hervorragende Möglichkeit, über durchaus sehr erfolgreiche Umweltprojekte in unserem Land ein paar Ausführungen zu treffen, um den aus meiner Sicht rein populistischen Antrag, wo verschiedene Dinge vermengt werden, die gar nicht ganz zum Thema passen, Dinge reingeschrieben wurden, die längst verwirklicht sind, um darüber Ausführungen zu treffen und um diesen Antrag der Grünen auch als solchen, als populistisch zu entlarven. Und wenn man ein bisschen in der Geschichte dieses Landtages zurückblickt, wenn man Protokolle nachliest, gerade für mich als Jungen besonders interessant, dann muss ich heute eine Feststellung treffen, die sicher gewagt ist, aber die einfach zu treffen ist: Es gibt in diesem Haus einen echten Grünen und dieser echte Grüne, der sitzt auf der Regierungsbank und es ist der Erich Pörtl. (Beifall bei der ÖVP.) Ich werde es euch noch erzählen, warum das so ist. Es stimmt natürlich – und da bin ich voll auch der Meinung von Peter Hagenauer – dass gerade im Hochwasserschutz in der Vergangenheit größere Sünden passiert sind, wobei ich dazusagen möchte, nicht Sünden, die fahrlässig oder gar vorsätzlich gemacht wurden, sondern weil man es damals als die beste und zielführendste Maßnahme gehalten hat. Ich spreche aus eigener Erfahrung. Ich komme aus einer Gemeinde, die sich sehr intensiv mit dem Hochwasserschutz zu beschäftigen hat. Durch unser Gemeindegebiet fließt die Kainach, ein Fluss, der auf Grund der starken Bebauung im Oberlauf besonderen Anforderungen ausgesetzt ist. Man hat damals in den siebziger und achtziger Jahren die Meinung vertreten, engen wir den Fluss ein, bauen wir hohe Dämme. Damit schützen wir Ackerland und damit schützen wir die Bevölkerung. Man hat die Bevölkerung wirklich geschützt. Ich kann mich selbst an meine Kindheit erinnern (Abg. Stöhrmann: „Ist noch nicht so lange her!“), als wir in unserem landwirtschaftlichen Hof knöcheltief im Wasser gestanden sind, weil die Kainach aus den Ufern getreten ist und bis in die Dörfer hinein ein Hochwasser verursacht hat. Frau Landeshauptmann hat damals in ihrer Funktion bei der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen vielen betroffenen Menschen in unseren Gemeinden helfen können. Es hat sich dann eine Sünde herausgestellt, Wasser einzuengen, hohe Dämme neben den Flüssen zu errichten, einfach nicht in der Bedachtnahme, dass damit ein größeres Hochwasserszenarium geschaffen werden könnte. Beim zweiten Ausbauschritt, das war schon zu meiner Amtszeit als Bürgermeister, 1995/ 1996, haben wir einen völlig anderen Weg eingeschlagen, den so genannten naturnahen Wasserbau. Wir haben den Flusslauf so belassen, wie er in der Natur vorhanden war. Wir haben für Rückhalteflächen die Bauern entschädigt. Die Entschädigungshöhe lag um die 5 Schilling pro Quadratmeter. Die Bauern sind auch nach wie vor Eigentümer dieser Flächen. Sie werden aber immer wieder bei Hochwasserereignissen, auch bei fünf- und zehnjährigen, überflutet. Naturnaher Hochwasserschutz: Der Flusslauf wird so belassen, dass auch sehr viele Fische und sehr viele Kleinlebewesen in diesen Flüssen vorkommen. Da sind wieder ursprüngliche Altarme reaktiviert worden. Sehr gut ist übrigens auch genau jene Stelle, wo wir vor einigen wenigen Tagen diesen abgängigen Jugendlichen herausgeholt haben, der sich in einem Biotop für Fische verfangen hat. Diesen tragischen Vorfall haben Sie sicher in den Zeitungen verfolgen können. Was ich damit sagen will: Schon 1986 hat die Steiermärkische Landesregierung den Beschluss gefasst, den Hochwasserschutz auf einen naturnahen umzustellen. Es war, mit Verlaub bemerkt, weit vor der Zeit, als die Grünen in diesem Landhaus tätig geworden sind. Es war zur Zeit, als Landesrat Erich Pörtl auch auf der Abgeordnetenbank gesessen ist und diesen Umschwung zu naturnahen Hochwasserschutzmaßnahmen mitbeschlossen hat. Ein Beweis mehr, dass er ein echter Grüner ist, der uns in der Landesregierung vertritt. Sie haben in Ihrem Antrag auch die Kyoto-Ziele angeführt. Sie wissen, und ich wiederhole mich hier schon zum vielfachen Male, es gibt in Abständen von zwei Sitzungen immer Anträge zum Kyoto-Ziel, dass einige Dinge im Landtag auch in dieser Periode beschlossen wurden: Umstellung der Wohnbauförderung, die Neuformulierung in Richtung Alternativenenergien. Ganz sicher müssen wir im Wohnbau noch einiges nachjustieren. Ich denke, der Wohnbau ist bei Erich Pörtl in guten Händen. Wir müssen nachjustieren in Richtung mehr Biomasseeinsatz auch für die Raumwärmeversorgung beim Geschößwohnbau. Zum Punkt Raumordnung: Ich bin etwas betrübt über diese Forderung der Grünen im Entschließungsantrag, die Baukompetenz den Bürgermeistern abzusprechen. Eine Kompetenz im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde abzuschaffen bedürfte einer Verfassungsänderung im Bund. Dennoch bin ich insofern betrübt, weil quasi indirekt unterstellt wird, als hätten wir Bürgermeister nichts Besseres zu tun und wären dazu geneigt, bewusst Häuser in Gefahrenzonen bauen zu lassen. Ich bin schon



erstaunt über die Formulierung dieses Auftrages. Herr Hagenauer, Sie wissen ganz genau, dass es eine Frage der Raumordnung und nicht eine Frage der Baukompetenz, der Bauordnung und der Baubehörde ist, wo Häuser errichtet werden. Es stimmt, die Flächenwidmungspläne werden von den Gemeinden beschlossen. Es gibt aber eine Aufsichtsbehörde, die sehr streng ist. Ich weiß, wovon ich spreche. Wir haben im Jahre 1998 eine Hochwasserstudie an der Kainach mit Hilfe des Landes erstellen lassen. Es wurde der gesamte Kainachfluss vom Ursprung über Voitsberg bis zur Mündung in Wildon untersucht. Die Hochwasserlinien – 30-jähriges und 100-jähriges Hochwasser – wurden neu festgelegt. Es ist absolut verboten, und alle Bürgermeister halten sich daran, innerhalb dieser 30-Meter-Marke neue Baulandflächen auszuweisen. Und das ist auch in Ordnung so und wir halten uns auch daran. Nur innerhalb von Bauland kann der Bürgermeister als Baubehörde tätig werden und Häuser und andere Objekte genehmigen. Es ist ein Widerspruch, die Aufgaben der Baubehörde mit Hochwasserschutz in Verbindung zu bringen, sehr wohl die Raumordnung. Das ist keine Frage. Eines der größten Probleme im Hochwasserschutz in Zukunft ist natürlich – es ist schon richtig angesprochen worden – die Versiegelung der vielen Flächen. Daher denke ich mir, man sollte vielleicht im Baugesetz etwas offensiver werden. Es gibt zur Zeit gerade Verhandlungen. Ich habe Erwin Dirnberger gebeten, dahin gehend noch Überlegungen anzustellen, vermehrt Rückhaltemaßnahmen den einzelnen Bauwerbern vorzuschreiben. Was heißt das: Regenwässer sollen nicht über die Asphaltflächen in den nächsten Straßengraben gelangen und vom Straßengraben in den nächsten Bach und vom Bach in den nächsten Fluss, der dann Hochwasser führt. Regenwässer sollen unbedingt auf dem eigenen Grundstück zurückgehalten werden und als Brauchwasser zum Garten gießen oder zum Auto waschen genutzt werden, aber nicht direkt abgeleitet werden. Noch ein paar Anmerkungen zum Thema Bodenschutz, der vorher sehr ausführlich von meinem Vorredner angesprochen wurde: Wir haben in einigen Verordnungen und Gesetzen sehr wohl einiges für das Kleinklima getan. Ich bin selbst in meiner Gemeinde damit befasst mit einer umfassenden Strukturreform, sprich einer Grundzusammenlegung. Die Herstellung des Kleinklimas, die Herstellung von ökologischen Vorrangflächen, die Herstellung von Rückhalteflächen, von Flächen, die für die Wasserbevorratung dienen, sind ganz vordergründig zu betrachten. Was heißt das konkret: 3 Prozent von der produktiven Fläche müssen heute Bauern im Zuge eines Grundzusammenlegungsverfahrens für neue ökologische Maßnahmen abtreten. Und das ist gut so und das ist richtig so. Das ist genau die Maßnahme, die in diesem Entschließungsantrag gefordert wird, das Kleinklima, den Windschutz, den Erosionsschutz besser auszuprägen. Das ist wiederum eine Maßnahme von unserem grünen Landesrat Erich Pörtl. Ich denke auch an die Maßnahmen im Rahmen des ÖPUL-Programms. Auch hier wurde einiges in die Wege geleitet. Als Beispiel nenne ich in Graz-Umgebung das Grundwasser-schutzprogramm, wo ganz gezielt Flächen über die Winterzeit begrünt werden müssen, die so genannte Winterbegrünung, mit dem Ziel, Wasser zu speichern und Wasser, das in das Grundwasser gelangt, besser zu filtern. Und wenn im Entschließungsantrag die Kanalisation angesprochen ist, so denke ich, dass gerade die Steiermark einen sehr vernünftigen Weg gefunden hat. Dazu ein Sprichwort: „So zentral wie nötig, so dezentral wie möglich!“ Wir haben keine flächendeckend große Kanalisation. Wir haben keine Großkläranlage in Radkersburg, die vielleicht ganz Steiermark entwässert hätte. Nein, wir haben viele größere mittlere, vor allem aber sehr viele kleine Anlagen, landauf, landab. Wir werden seitens der ÖVP diesem Antrag nicht zustimmen, obwohl einige Inhalte richtig sind. Sie sind aber auch im großen Ausmaß schon längst Tagespolitik, täglicher Usus und brauchen daher nicht noch einmal neu beschlossen zu werden. Wenn ich Erich Pörtl als einen echten Grünen bezeichnet habe, dann meine ich das auch ernst. Wie heißt es so schön in Abwandlung eines Sprichwortes: „Ein echter Grüner geht nicht unter“, nicht einmal dann, wenn es ein großes Hochwasser gibt. Es wird immer Hochwasser geben und es hat immer Hochwasser gegeben. Es wird weiterhin Naturereignisse geben. Das hat es auch vor 100, 200 Jahren schon gegeben. Eines haben wir gemeinsam: Wir haben rechtzeitig wiederum die richtige Initiative ergriffen, um den Hochwasserschutz möglichst verträglich zu machen, möglichst naturverträglich zu machen, möglichst ökologisch zu machen und ökonomisch zu gestalten. Viele Initiativen sind von unserem Landesrat ausgegangen, auch von seinen Vorgängern Schaller und Riegler. Auch schon vorher sind sehr viele Initiativen in Richtung naturnaher Hochwasserschutz gesetzt worden. Ich kann daher nur sagen, wir sind auf einem sehr guten Weg und mit einem Grünen in der Landesregierung werden wir gerade in dieser Frage sehr gut vorankommen. Daher wünsche ich dir, lieber Erich, alles Gute. Ein echter Grüner geht nicht unter. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.01 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Riebenbauer, bitte, danach Herr Abgeordneter Stöhrmann, danach Frau Abgeordnete Dietrich.

Ich bitte, Herr Abgeordneter Riebenbauer.

**Abg. Riebenbauer** (17.01 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zum Kollegen Hagenauer ein paar Erklärungen:

Jede Generation, jede Zeit hat ihre Entwicklungen. Entwicklungen im positiven Sinn und leider manchmal auch Entwicklungen, wo man dann nach Jahrzehnten draufkommt, dass es nicht das Vernünftigste war, obwohl man in dieser Zeit, wo man das forciert hat, geglaubt hat, man macht das Beste. Da war einfach nach dem Krieg Fichtenmonokulturen, so hat es dort zumal ausgeschaute, das forstliche Allheilmittel. In der Zwischenzeit ist man darauf gekommen, dass das nicht das Richtige ist. In der Zwischenzeit ist es aber auch so, dass Forstbetriebe, Bauern, die Forst betreiben, wenn sie Bäumchen ansetzen, wie wir sagen, sie, wenn sie auf Förderungen zurückgreifen wollen, verpflichtet sind, Laubpflanzen mitzusetzen. Sie sind jetzt schon verpflichtet. Und ich lade Sie einmal ein, durch unsere Oststeiermark zu fahren. Im Herbst ist es durch die Farbenvielfalt schon ersichtlich,



welch buntes Bild wir haben, dass es eigentlich nicht mehr so viele Fichtenmonokulturen gibt. Und ich bin überzeugt davon, dass es nicht der richtige Weg ist, wenn wir jetzt in der Phase, wo es sehr viele Unwetter gibt, wo es Hochwasser gibt, das uns allen Sorgen macht, wenn man es eher so leichtfertig auf die Seite schiebt und sagt, na ja, die Bewirtschaftung des Waldes und die Bewirtschaftung der Landwirtschaft ist die Hauptschuld. Ich kann mich auf die 53er und 54er Jahre erinnern, da hat es auch schon sehr, sehr starke Hochwässer in unserer Region gegeben. Da war die Bewirtschaftung in dieser Form sicher nicht da und auch trotzdem haben wir Hochwasser gehabt. Selbstverständlich steigen die Unwetterkatastrophen. Es steigen die Wetterkapriolen. Wir haben das im Vorjahr in Österreich und leider Gottes auch zum Teil in unserer Steiermark massiv zu spüren bekommen. Zum Teil ist selbstverständlich auch – so glauben wir zumindest – die Klimaveränderung schuld. Und diese Klimaveränderung bereitet uns große Sorgen und fordert uns alle in diesem Hause gemeinsam auf zum Handeln, meine geschätzten Damen und Herren. Wir wissen es alle, aber es ist ein schwieriger Weg, fossile Energie muss eingespart werden und erneuerbare Energie muss vermehrt forciert werden. Die Steiermark, unser Bundesland, mit ihren Verantwortlichen an der Spitze hat in den vergangenen Jahrzehnten in diesem Bereich enorme Pioniertätigkeit geleistet. Denken wir vor allem an den Bereich Biomasse. Aber, meine geschätzten Damen und Herren, das ist geleistet worden und die Entwicklung geht weiter. Wir werden auch in Zukunft so manches leisten müssen. Und jetzt sind wir in der Steiermark dabei, vor allen Dingen verstärkt den Einsatz von Biogas zu forcieren.

Ich bedanke mich an dieser Stelle einmal recht herzlich bei der Landwirtschaftskammer in der Steiermark, beim Referat Landtechnik, und vor allen Dingen auch bei unserem steirischen Pionier, und ich darf das sagen, beim Herrn Dipl.-Ing. Plank und seinem Team. Sie haben hier wertvolle Aufbauarbeit geleistet. Sie haben wertvolle Motivation geleistet, sie haben viele Menschen davon überzeugt, auch meine bäuerlichen Berufskollegen, dass dieser Weg, dieser Weg im Bereich der Bioenergie und jetzt vor allen Dingen in diesem Bereich der Biomasse und des Biogases der richtige Weg ist und dass er Zukunft hat. Wir haben gemeinsam alle Anstrengungen zu treffen, dass wir auch in Zukunft diesen Schritt weitergehen können. Dankeswerterweise sind Mitte Dezember des Vorjahres neue Einspeistarife beschlossen worden. Ich bedanke mich bei allen, die sich dafür eingesetzt haben, auch bei dir, Frau Landeshauptmann. Und mit der Beschließung dieser Einspeistarife ist etwas passiert, was eigentlich nie passieren hätte sollen. Da sind jene vier steirischen Betriebe, die die Pionierarbeit geleistet haben, die die ersten waren, die Biogasanlagen errichtet haben, die die ersten waren, die den Mut gehabt haben, sich mit Biogas zu befassen, sind eigentlich noch in die alte Regelung gefallen. Das heißt, sie kommen nicht in die Begünstigungen der neuen Einspeistarife. Und das ist eigentlich etwas, was uns schmerzt. Das ist eigentlich etwas, was wir nicht richtig finden. Das gehört, so glaube ich persönlich, bereinigt, deshalb unser Entschließungsantrag.

Deshalb möchte ich den Entschließungsantrag der Abgeordneten Riebenbauer, Dietrich, Gangl und Ing. Ober einbringen – die Begründung ist, glaube ich, Ihnen allen bekannt – der folgend lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass erstens jene Biogasanlagen, die als Pilotprojekte vor dem 1. Jänner 2003 genehmigt wurden und im Sinne der Ökostromverordnung als „Altanlagen“ gelten, tariflich mit den Neuanlagen gleichgestellt werden sowie zweitens ein bundeseinheitliches Biogasanlagenrecht erlassen wird.

Ich glaube, im Interesse unseres Landes, ich glaube, im Interesse der wirtschaftlichen Zukunft unserer Menschen, die Biogasanlagen betreiben, und vor allem im Interesse jener, die die wertvolle Pionierarbeit geleistet haben, ersuche ich Sie, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen, damit wir diesen Menschen auch das richtige Recht zukommen lassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.07 Uhr.)

**Präsident:** Danke, nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Stöhrmann. Herr Abgeordneter, bitte!

**Abg. Stöhrmann** (17.07 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Werter Herr Kollege Hagenauer, mit sehr viel Interesse habe ich Ihrem Vortrag, den Sie vorher als Einleitung zu Ihrem Entschließungsantrag hier gebracht haben, zugehört. Und es freut mich immer wieder, nicht nur Ihre Sachkenntnisse in diesen Belangen zu hören, sondern auch das Engagement, das Sie damit verbindet, zu spüren. Grundsätzlich begrüßen wir, die sozialdemokratische Fraktion, Ihren Entschließungsantrag, muss aber dazu sagen, dass es doch ein, zwei Punkte gibt, mit denen wir uns nicht so direkt identifizieren können, wo wir glauben, dass darüber noch gesprochen werden muss. Und deswegen, Herr Präsident, beantrage ich eine punktuelle Abstimmung bezüglich des Entschließungsantrages der Grünen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

**Präsident:** Danke, nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich, Klubobfrau der Freiheitlichen. Bitte, Sie sind am Wort.

**Abg. Dietrich** (17.08 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie auch mir einige Worte zum Kollegen Hagenauer. Ich gebe Ihnen schon Recht, mit dem, was er gesagt hat bezugnehmend auf die Monokultur. Aber zum Glück liegt das einige Jahrzehnte zurück und zum Glück sind die jungen Bauern, die heute am Werk sind, die Generation, die heute Bäume pflanzt, die sind sehr gut ausgebildet. Die denken sogar darüber nach, wenn sie sich Jungpflanzen kaufen, aus welcher Seehöhe

kommen die Jungpflanzen, welches Gestein, welches Ausgangsgestein ist vorhanden. Und ich glaube, gerade die Fehler der Vergangenheit wurden zum Glück in diesem Bereich ausgemerzt. Es waren riesige Fehler zu der Zeit damals, wo auf einem Quadratmeter, auf jedem Meter ein Baum gepflanzt wurde mit Förderungen. Dieselbe Kultur wurde dann mit Förderungen durchgeschnitten. Das sind Fehler, die begangen wurden, aber Gott sei Dank liegt das in der Vergangenheit. Ich glaube, spätestens seit der Dürre 2001 und dem furchtbaren Hochwasser 2002 wissen wir alle, welche Urgewalt in der Natur herrscht, welche Urkräfte einwirken und wie ohnmächtig wir eigentlich dem Ganzen gegenüberstehen. Die Hochwasserproblematik ist eine sehr umfassende. Und wahrscheinlich können wir es aus heutiger Sicht gar nicht abschätzen, was noch alles mitwirkt und wer noch alles an dieser Klimaveränderung Schuld trägt. Es haben sich aber auch – und das muss man objektiv feststellen – riesige Chancen für die ländliche Bevölkerung gerade in den letzten Monaten und Jahren aufgetan. Wer hätte noch vor einigen Jahren gedacht, dass Energieproduktion das Standbein der Zukunft werden könnte?

Bei der Biomassetagung oder Ökostromtagung der Landwirtschaft war der Saal zum Bersten gefüllt. Man hat auch gemerkt, wie groß das Interesse bei der ländlichen Bevölkerung ist und wie groß die Zukunftsperspektiven sind, die die jungen Bauern gerade diesem Bereich Energieerzeugung, Energieproduktion beimessen. Es gibt schon einige Bereiche, wo man recht hoffnungsvoll hinschauen kann. Wenn es zum Beispiel gelingt, bei der Holzvergasung, bei der Kraft-Wärme-Kupplung, aus theoretisch vier Kilowattstunden pro Kilo Holz drei Kilowattstunden schon mit der jetzigen Technik herauszuholen, dann meine ich, das ist zukunftsweisend. Wahrscheinlich gelingt es in einigen Jahren, die Ausbeute noch mehr zu erhöhen. Es ist eine riesengroße Chance gerade für das Schleifholz, für den Holzmarkt, wo wir Schwierigkeiten jetzt schon im Absatz haben. Es ist aus meiner Sicht auch dank der Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Schögl viel passiert, weil er der Erste ist, der ressortübergreifend, nämlich gemeinsam mit Landesrat Pörtl, im Bereich der Raumordnung was zustande bringt. Es wird jetzt beim GIS ein so genanntes Internet eingerichtet, wo Bürgermeister zugreifen können. Sie bekommen dort die notwendigen Informationen, um zu wissen, wie schaut es mit Niederschlag, wie schaut es aus mit Hochwassergefährdung, wie groß ist das Gefahrenpotenzial in diesem Bereich. Der Bürgermeister kann dann auf Grund dieser zusätzlichen Information seine Entscheidung betreffend Raumordnungsmaßnahmen mit beeinflussen. Er kann vorweg abchecken, ob es sinnvoll ist, diesen Bereich umzuwidmen oder grenzen wir uns von Haus aus aus. Den zweiten Schritt, den er setzt: Es kommt zu einer Neubewertung des Gefahrenpotenzials Wasser – das ist auch ganz wichtig. Man überlegt auch, dass dort jene Bereiche vom Wasser gefährdet sind, die man bisher rein gedanklich ausgeschlossen hat. Wenn zum Beispiel ein Haus auf einem Hügel steht und das Hochwasser dort nicht hinkommen konnte, auch nicht bei der 100-jährigen Gefahrenzone des Hochwassers, so macht man sich jetzt trotzdem zusätzlich Gedanken, weil man weiß, dass Wasser auch von unten her schaden kann. Es kann aushöhlen, den Untergrund lockern, von unten her ein Gefahrenpotenzial in sich birgt. Man sieht, es passiert sehr vieles in diesem Bereich. Ich bin zuversichtlich, dass auch in den nächsten Jahren noch mehr passieren wird. Ich hoffe und ich wünsche es uns allen, dass das Hochwasser, so wie es im vergangenen Jahr war, wirklich eine Ausnahme war und uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschont bleibt. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 17.14 Uhr.)

**Präsident:** Es hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer gemeldet. Wie er mir sagt ganz kurz, ganz knapp, wie immer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

**Abg. Hagenauer** (17.14 Uhr): Es gibt eine Redezeitbeschränkung, was das immer angeht. Ich danke für die Worterteilung. Ich fühle mich doch provoziert von den beiden Wortmeldungen des Herrn Kollegen Gödl beziehungsweise Riebenbauer. Es ist zwar richtig, dass es die Grünen im Landtag erst 1986 gegeben hat, Herr Kollege. Wie Sie wissen, waren die Grünen schon öffentlich präsent und nicht nur die Grünen öffentlich präsent, was das Thema Hochwasserschutz angeht. Sie sind zu jung, Herr Kollege Gödl, Ihnen wird der Name Helena Wallner vielleicht nicht viel sagen. Mir schon. Wenn ich nur an die Artikel von Helena Wallner denke über die Hofrat-Haas-Staustufen in diesem Lande, was das für ein jahrelanger Kampf war, dann muss ich mir verbitten, – jetzt nichts gegen den geschätzten Landesrat Pörtl und sein Engagement in dieser Sache, – dass man sich hier herstellt und sagt, da hat es so ein Problem eigentlich nie gegeben – erstens. Zweitens, wenn irgendwo einmal etwas aufgetaucht sein sollte, dann waren die Zeiten schuld (Abg. Riebenbauer: „Welche Zeiten, bitte?“), wie Kollege Riebenbauer das formuliert hat „es waren andere Zeiten“ und im Übrigen haben wir sowieso deshalb alles im Griff. Das waren mühevoll Prozesse und sie wären nicht mühevoll gewesen, wenn das so wäre, wie Sie behaupten, dass nämlich alle Verantwortlichen im Lande immer nur Gewehr bei Fuß gestanden sind, um sämtliche Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. So lange ist das noch nicht her, dass man umgeschaltet hat, dass man das getan hat. Das bestreitet niemand. Die Frage ist immer nur, und jetzt komme ich zum zweiten Bild, das hier gezeichnet wurde, ob man ausreichende Schritte macht oder ob man hergeht und sagt, wir machen ohnehin etwas. Ich bringe ein anderes Beispiel, weil es aktuell ist: Feinstaub, Luftqualität nicht nur in Graz, sondern in den meisten Bezirksstädten. Jetzt bestreitet niemand, dass etwas geschieht. Aber ist das die Frage? Die Frage ist die, ob ausreichend Maßnahmen ergriffen werden, um das Problem zu lösen. Ich kann hergehen und kann sagen, ja und den Eindruck habe ich ab und zu hier im Lande, dass man hergeht und sagt, das Wichtigste ist einmal das, dass die gottgewollte Obrigkeit die Obrigkeit bleibt. Die werden das dann schon irgendwie machen und die Untertanen mögen sich bitte gedulden. Das ist der eine Zugang. Meiner ist es nicht, wie Sie vermuten werden. Ich gehe her und sage, da gibt es ein Problem. Wer ist für die Entstehung dieses Problems verantwortlich und wenn es auftaucht, was ist jetzt zu tun an ausreichenden Schritten. Ich kann nicht hergehen, kann loben und kann sagen, die machen jetzt ohnehin etwas, sondern ich muss die Frage

umgekehrt – aus meiner Sicht – stellen. Ich muss sagen, wer übernimmt die Verantwortung. Wer übernimmt denn die Verantwortung etwa jetzt in Graz dafür, dass wir Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr, soundso viele Bronchitisfälle haben. Das ist die Frage. Und da soll jemand aufstehen und sagen, ja, ich übernehme die Verantwortung, dass jetzt nur das und das getan wird, das andere Ausreichende nicht. Es soll bitte jemand sagen. Der oder die Betreffende übernimmt dann nämlich auch die Verantwortung für die auftretenden Krankheitsfälle. Das wollte ich von dieser Stelle aus nur noch einmal – wenn Sie gestatten – dazugesagt haben. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 17.19 Uhr.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Landesrat Erich Pörtl. Herr Landesrat, bitte.

**Landesrat Pörtl** (17.19 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Der heutige Tag bekommt sozusagen fast ein fulminantes Ende. Es ist nicht immer selbstverständlich, dass an einem Nachmittag, wo sich an und für sich sehr vieles bewegt hat, auch menschlich bewegt hat, noch einmal eine gewisse Spannung in die Diskussion kommt. Ich kann mir vorstellen, dass die grüne Fraktion ein bisschen unrund wird, wenn ein junger Abgeordneter sagt, ein echter Grüner sitzt auf der Regierungsbank. Wenn das so empfunden wird, so habe ich für mich persönlich eine Erklärung: Ich habe meine Kindheit erlebt so quasi in einem grünen Umfeld. Wir waren Biobauern und haben das gar nicht gewusst. Es sind sehr viele Dinge in Fleisch und Blut übergegangen. Solche Fragen von Bewegungen sind natürlich eigentlich so, dass in allen Parteien Grüne sind. Ich denke dabei daran, was die Industrie – wir hatten gestern eine tolle Veranstaltung in der HTL Weiz – für eine Strategie entwickelt hat, meine aber nicht, dass sie die Umwelt retten will. Vor allem im aggressiven Bereich wissen wir das. Ich brauche daher gar nicht weit auszuholen, dass uns auf weiten Wegen die Forschung und noch einmal die Forschung und nachher die pragmatischen am Markt befindlichen Unternehmungen uns ein sehr gutes Beispiel geliefert haben, aber immer nur gemeinsam mit dem Mut von gesetzlichen Maßnahmen, mit Verordnungen und wo der gesamte Landtag vielfach dahintergestanden ist. Und ich glaube daher sozusagen, ein echter Grüner zu sein – ich brauche den Abgeordneten Gödl nicht zu kommentieren – ist wahrscheinlich, dass dort, wenn man etwas tun kann, auch etwas tut, wenn es anderen auch nicht immer recht ist. Ich muss natürlich auch in meinem Lebensumfeld sehr oft kämpfen. Allein eine schöne Veranstaltung über Natura 2000 mit dem Pörtl Erich von jenen, die eigentlich mitten im Natura-2000-Gebiet leben und das geschaffen haben, schafft Irritationen und Spannungen, wo ich oft leide darunter und wo ich gewissermaßen fast, ich will – Autorität ist ja nicht gefragt – aber meine ganze Leidenschaft reinschmeißen muss, dass man bewusst macht, dass auch das ein ganz entscheidender Wert ist. Und die Natur ist ja unbarmherzig. Tun wir ja nicht so, dass die Natur ganz harmlos immer ausgleichend wirkt. Wissen Sie, was los ist im Wald oben? Wenn ich heute die Naturverjüngung betrachte und ich eine offene Fläche habe, habe ich eine Fichtenbürste. Wenn ich zuviel Buchen habe, habe ich die Verbuchung im Wald. Ich glaube sogar, dass der Mischwald ein Ausfluss der menschlichen Kulturhand ist, die da mitgestaltet. Und wenn wir im Herbst in den steirischen Wald hineinschauen, muss ich ehrlich sagen, ist doch eine Visitenkarte da, wo wir diesem Versöhnungsfeldzug einer irrgeleiteten Maßnahme in der Forstwirtschaft – das müssen wir auch zugeben – man hat die Fichte als den Brotbaum eine gewisse Zeit gesehen und nicht als gesamtes, wobei der Bauernwald sich hier sogar abgehoben hat, weil wir nicht so entwickelt waren in der forstlichen Strategie. Und ich glaube daher, dass wir im Bereich der Forstwirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes hier einen sehr, sehr guten Weg gehen. Wer einen Blenderwald erlebt, wo ich auf der Schattenseite weggebe, wo ich sozusagen versuche, die Laubkulturen herüberzuretten, das ist in Wahrheit eine wirtschaftlich günstige und vor allem auch eine ökologisch richtige Maßnahme. Aber was den Wasserabfluss betrifft, da könnte ich ja eine Stunde lang reden, nur feststeht, dass natürlich die Frage der Verkehrs- oder der Wegeerschließung in den Bergregionen selbstverständlich den Wasserabfluss natürlich verschärft und im Grunde weiter drängt. Ich möchte nicht bei jedem Haus von uns, die wir da sitzen, ich schließe mich da selber gar nicht aus, wie wichtig die Dachrinne ist, und möglichst schnell – husch, tschusch – weg mit dem Wasser, wenn es ein Wasser gibt, dass ja keines irgendwo in der Nähe des Hauses ist, weil die gute alte Zeit habe ich noch erlebt. Da ist das Wasser bis zur Dachrinne, da war gar keine oben, raufgekraxelt, da ist Wasser genug gewesen. Aber da ist es innen dann schimmelig, „muffig und schiach“ gewesen, sogar in den Wohnhäusern drinnen, das kann man sich heute gar nicht vorstellen. Das heißt, wir haben da instinktiv gewisse Dinge gemacht, die wir jetzt mit Recht im Grunde kritisieren und wir haben sehr erfolgreich, das möchte ich behaupten – und daher sind ja die 100-jährigen ausgewiesenen Gebiete, der Hofrat Saurer, wir wissen oft gar nicht, sind wir schuld, oder nicht schuld, durch all diese Maßnahmen sind wir auf einmal beim 30-jährigen im 100-jährigen in diesem Voitsberger Raum runter bei der Kainach und jetzt ist die Widerstandsbewegung da. Und wir haben mit dem Kollegen Schögggl ein solches Modell entwickelt, wo können wir vor allem diese ausgewiesenen Baulandgebiete noch sichern und wo gilt rigoroses Verbot. Da gibt es überhaupt nichts, weil sonst hat das sogar strafrechtliche Konsequenzen.

Meine Damen und Herren, ich muss mich da jetzt zusammenehmen. Das ist so ein breites Gebiet. Man sieht vor allem, wie vielfältig der ganze Ansatz ist. Nur, weil die Helene Wallner zitiert ist, ich muss das sagen. Ich weiß schon, dass das auch wieder kein Halleluja auslöst. Die Helene Wallner ist eine tolle Person, die nicht nur Kultur sondern auch ein feines Gefühl hat. Die sogar Dinge gesagt hat, wenn ich die da sage, sagt ihr, um Gottes willen. Die hat zu mir zum Beispiel einmal gesagt, „Erich, bitte, höre auf, in jedes Bacherl ganz oben schon mit deinen Kläranlagen reinzufahren, weil dann sind die letzten Forellen da noch gewissermaßen mit dieser Sache konfrontiert“. Und im Grunde haben wir da massiv diskutiert, ja gleich ein jedes Haus soll eine Kleinkläranlage haben und, und, und. Die denkt sehr weit mit. Aber wissen Sie, was die gesagt hat? Ich will sie da nicht

belasten, aber ich sage es nur: „Sie ist ganz überrascht, dass eigentlich die, die wirklich den Mut, die Kraft und Leidenschaft haben in Bezug auf Natur und Umwelt und Wassersicherheit, eher die bäuerlichen und sogar die Landwirtschaftskammer ist“. Das hat sie gesagt. Und denkt einmal nach, 26 Wasserschutz- und Schongebiete von uns betreut. Dort musst du den Schädel hinhalten und – links, rechts – rein. Wir haben es überwunden und haben daraus eine vernünftige Grundlage geschaffen. Ich glaube daher, dass vor allem auch der nächste Schritt – die Kollegin Dietrich hat das angesprochen im Energiebereich – wenn wer einmal die Faszination in der erneuerbaren Energie hochtechnologisch erleben will, muss zum Stift Admont fahren, in dieses Werk, wo ein europaweit exzellentes Kraftwerk in Betrieb ist. Da bleibt dir der Mund offen, was sich dort abspielt, heute, in der Technologie. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir gerade auf dem Gebiet nicht nur vom Forst, sondern längst von der Ackerszene her, wir nur an unsere Biogasanlagen denken. Diese modernen Biogasanlagen verarbeiten bis zu 100 Hektar Maisflächen plus den übrigen Grünschnitt, was dort verfügbar ist, plus den Dingen, die biogastauglich sind. Das sind tolle Entwicklungen, wo man sagen kann, das ist eine vernünftige und klare Positionierung, damit wir vor allem die verschiedenen Ansprüche, die jeder für sich und jeder Bereich für sich selber stellt, versuchen so zu entwickeln und abzustimmen, dass das im Grunde ein Netzwerk wird.

Ich möchte mich für diese Beiträge herzlichst bedanken und ich fühle mich geehrt, dass ich ein „echter Grüner“ bin. Wir müssen einmal ein Hearing machen, Herr Kollege Hagenauer und Frau Lechner-Sonnek, was ein Grüner und ein echter Grüner ist. Da kenne ich mich momentan noch nicht ganz genau aus, wer das aus welcher Perspektive macht. Es ist auf jedem Fall angenehm, dass man mit solchen Denkansätzen, ihr glaubt gar nicht, was zu mir sonst noch gesagt wurde, ich wäre mit den „Betonierern verhabert“, habe auch beim Kanalbau alles unmittelbar und live sozusagen reinbekommen. Ich werde im Bereich der Wohnbauförderung sozusagen diese sympathische, unternehmerische, aber natürlich auch klimarelevante Linie weiterhin verstärken, wie das der Kollege Schützenhöfer und vor allem auch der Gerhard Hirschmann versucht hat. Das ist, glaube ich, der gescheiteste Weg, dass man einerseits unternehmerisch, aber vor allem auch neue Schienen und Linien an neuen Chancen in punkto Arbeit und vor allem in punkto Nachhaltigkeit konkret in ein solches Gesamtmodell mit einbauen kann.

**Präsident:** Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, daher komme ich nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Berichterstatterin.

Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Vereinfachungen und Verbesserungen im Bereich von Biogasanlagen ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, und hier führe ich nunmehr auf Antrag eine punktuelle Abstimmung durch, ihre Zustimmung geben zum Thema Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz, ersuche ich um ein Handzeichen zum Punkt eins dieses Entschließungsantrages. Gegenprobe.

Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt zwei, Entschließungsantrag der Grünen, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt drei, Entschließungsantrag der Grünen, wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Punkt drei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zu Punkt vier des Entschließungsantrages der Grünen. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Punkt vier hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zu Punkt fünf des Entschließungsantrages der Grünen. Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Punkt fünf hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

## **22. Wahlen in die Landtagsausschüsse.**

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in die Landtags-Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Von der Sozialdemokratischen Partei liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ausschuss für Europäische Integration:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Landtagsabgeordneter Margarethe Gruber

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer – anstelle von Landtagsabgeordneter Michaela Halper

Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Landtagsabgeordneter Mag. Ursula Lackner

Ausschuss für Generationen und Bildung:

als Mitglied Landtagsabgeordneter Bernd Stöhrmann – anstelle von Landtagsabgeordneter Ursula Lackner

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

Ausschuss für Gesundheit und Spitäler:

als Mitglied Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Detlef Gruber – anstelle von Landtagsabgeordneter Mag. Ursula Lackner

Ausschuss für Kultur und Sport:

als Mitglied Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner – anstelle von Landtagsabgeordnetem Kurt Gennaro

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer – anstelle von Dr. Ilse Reinprecht

Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

Ausschuss für Petitionen:

als Mitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Landtagsabgeordneter Mag. Ursula Lackner

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner – anstelle von Landtagsabgeordnetem Bernd Stöhrmann

Ausschuss für Soziales und Kindergärten:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Landtagsabgeordnetem Wolfgang Böhmer

Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform:

als Mitglied Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

Ausschuss für Notsituationen:

als Mitglied Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

Ausschuss für Wohnbau:

als Mitglied Landtagsabgeordneter Werner Breithuber – anstelle von Landtagsabgeordnetem Wolfgang Böhmer

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordneter Erich Prattes – anstelle von Mag. Wolfgang Erlitz

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren auf ihren Plätzen zu bleiben, da nunmehr die 42. Sitzung des Steiermärkischen Landtages stattfindet.

Gegenstand dieser Sitzung sind die Berichte des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die eingangs erwähnten Regierungsvorlagen.

Damit ist die 41. Sitzung geschlossen. (Ende der Sitzung: 17.34 Uhr.)



